

Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz O.S.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Pyrkoš, Gleiwitz
Anzeigen-Aufnahme und Verwaltung: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, G. m. b. H., Deuthen O.S., Industriest. * Telefon Sammel-Nr. 2851
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“ Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

10. Jahrgang

März 1935

Heft 3

Inhaltsverzeichnis:

1. Heinz Rogmann, Dipl.-Volkswirt: Die Bevölkerungsentwicklung in Schlesien und im schlesischen Vorfelde	106
2. Dr. Richard Bruhn: Deutschlands Motorisierung.	109
3. Geschichtliches aus der Glasindustrie. Entwicklung der Glaserzeugung in Oberschlesien.	110
4. Wirtschaftsberichte:	111
Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im Januar/Februar 1935. — Der westoberschlesische Steinkohlenbergbau im Februar 1935. — Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im Februar 1935. — Die deutsch-oberschlesische Zementindustrie im Februar. — Die Güterwagenstellung in Oberschlesien im Monat Januar 1935. — Die Wirtschaftslage Polens im Jahre 1934 (Schluß). Von Dr. Meister. — Der polnische Steinkohlenbergbau im Januar 1935. — Die polnische Eisenindustrie im Januar 1935. — Die polnische Zinkhüttenindustrie im Jahre 1934.	
5. Mitteilungen:	118
Arbeitstagung der Einzelhandelsvertretung bei der Industrie- und Handelskammer. — Vereinheitlichte Führung im Einzelhandel. — Mithilfe der Wirtschaft bei der Rückgliederung des Saarlandes. — Bezugsquellenachweis der Gießereien und Maschinenfabriken des Saargebietes. — Organisierter Erfahrungsaustausch in der öffentlichen und privaten Wirtschaft. — Was ist Kunstleder? — Werberliste des Berliner Formularverlages. — Studienfahrten und Ferienreisen der Schiller-Akademie.	
6. Steuerwesen:	122
Die neuen Umsatzsteuerbestimmungen für den Großhandel. Von Dr. Przybylla. — Gewaltiger Erfolg steuerpolitischer Maßnahmen im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft. Verlängerung der Lieferfrist zur Inanspruchnahme von Steuerfreiheit für Erfaßbeschaffungen. — Neue Steuer Gesetze und Verordnungen. — Umsatzsteuermerkblatt.	
7. Verkehrswesen:	127
Eisenbahn: Ausnahmetarif 17 B 7. — Notstandstarif für Roggen, Weizen und Mehl beim Versand aus Schlesien. — Auskunft über Beförderungsmöglichkeiten durch die Reichsbahn-Auskunftei. — Post: Erweiterte Benutzung der „Postlagerkarte“ Gebührenermäßigung. — Postverkehr mit dem Saarland vom 18. Februar an. — Postnahmen und Postaufträge aus dem Ausland nach Deutschland. — Devisenvorschriften für den Postzahlungsverkehr. — Mitteilungen. — Schiffahrt: Bekanntmachung der Oderschiffahrt. — Die Oderschiffahrt im Monat Januar 1935 und der Stand der Oderbauten. — Änderungen im Fernsprechverzeichnis. — Bücherbesprechungen: Reichstelegramm-Adressbuch. — Die Eisenbahn ins Haus.	
8. Devisenbewirtschaftung und Außenhandel:	129
Devisenvorschriften: Auswirkung der Rückgliederung des Saargebiets auf den Zahlungsverkehr. — Zahlungen für die Einfuhr aus Sowjetrußland. — Zahlungen nach dem Ausland innerhalb der Freigrenze von 10 RM. — Stand des Verrechnungsverkehrs Deutschlands und Frankreichs. — Mitteilung des Niederländischen Clearing-Instituts über Gegenseitigkeitsgeschäfte mit Deutschland. — 2. Außenhandel: Deutschlands Anteil am polnischen Außenhandel im Jahre 1934. — Der polnische Außenhandel im Januar 1935. — Allgemeine Beschränkung der Einfuhr nach Italien. — Lieferbedingungen im Rußlandgeschäft. — Messen. —	
9. Gesetzgebung und Verwaltung:	131
Neue Gesetze und Verordnungen. — Kündigung und Mietssteigerung. — Herstellung und Vertrieb von Parteiformen usw. nur mit Erlaubnis des Reichsfachmeisters der NSDAP.	
10. Rechtsprechung:	133
Arbeitsrechtliche Entscheidungen.	
11. Soziales:	134
Arbeitszeit in den Abänderungswerkstätten der Damentonfektionsgeschäfte. — Der Arbeitseinsatz der Kaufmannsgehilfen im Januar 1935. — Leistungsausgleich für ältere Angestellte bei deren zusätzlicher Einstellung durch Betriebe. — Fest die neuen Unfallverhütungsvorschriften.	
12. Messen und Ausstellungen	135
Wanderausstellung des oberchlesischen Arbeitsdienstes. — 61. Landmaschinenmarkt-Südost-Ausstellung Breslau 1935.	
13. Firmeneintragen	136
14. Bücher und Zeitschriften	136
15. Statistisches	139

Die Bevölkerungsentwicklung in Schlesien und im schlesischen Vorfelde.

Von Diplomvolkswirt Heinz Rogmann, Breslau.

In „Oberschlesische Wirtschaft“, September- und Novemberheft 1934, ist in dem Aufsatz „Die Bevölkerungsentwicklung in Schlesien in den letzten 100 Jahren“, die völlig verschiedene Bevölkerungsentwicklung der drei schlesischen Regierungsbezirke im Verhältnis zu einander wie auch im Vergleich mit dem preußischen Osten, Reich und Staat nachgewiesen worden. Bevor das Thema mit der Darlegung der Geburtenüberschuss- und der Wanderungsbewegung abgeschlossen werden kann, scheint es erforderlich, noch kurz die gegenwärtige Lage im Verhältnis zu Polen und der Tschechoslowakei zu erörtern.

1. Die Bevölkerungsdichte Polens betrug 1933 etwa 86, der Tschechoslowakei 107. Allein von 1919 bis 1931 ist die polnische Bevölkerungsdichte von 67,6 auf 82,7 gestiegen. Das bevölkerungspolitische Spannungsverhältnis zu den Schlesien unmittelbar vorgelagerten polnischen Woiwodschaften charakterisiert sich in folgenden Ziffern: der Breslauer Dichte von 151 und der Liegnitzer Dichte von 92 steht die Woiwodschaft Posen mit einer Dichte von 81, Lodz von 139, der Oppelner Dichte von 153 aber die Woiwodschaft Schlesien

mit einer Dichte von 309 gegenüber. Engt man den räumlichen Bereich noch mehr ein, so sind die Spannungsunterschiede zwischen den relativ dünn besiedelten Ostkreisen Schlesiens und den weit dichter besiedelten Westgrenzkreisen Polens noch größer. Anders liegen die Dinge an der schlesischen Westgrenze. Denn hier ist das Sudetendeutschtum vorgelagert, dessen kreisweiser Bevölkerungsstand von Zählung zu Zählung hinter der Entwicklung in den schlesischen Westgrenzkreisen zurückgeblieben ist. Das Gebiet der höchsten raumpolitischen Spannung liegt für Schlesien demnach im Osten. Sie wird besonders deutlich in der durchschnittlich jährlichen Bevölkerungszunahme innerhalb der letzten Nachkriegszählperiode: Deutsches Reich 0,54 v. H., RB. Oppeln 0,93 v. H., RB. Breslau 0,35 v. H., RB. Liegnitz 0,20 v. H., gegen 0,75 v. H. in der Tschechoslowakei und 1,66 v. H. in Polen.

2. Die biologischen Kräfte werden beim Vergleich der natürlichen Faktoren sichtbar.

a) Die Geburtenbewegung Schlesiens und seiner Nachbarstaaten lassen die nachstehenden Geburtenziffern auf 1000 Einwohner erkennen.

	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	I. Bj. 1934	II. Bj. 1934	III. Bj. 1934
Oberschlesien	29,9	29,5	29,6	27,2	25,7	26,6	26,0	25,9	23,9	23,0	22,6	25,6	25,3	26,1
Niederschlesien	23,0	22,4	22,8	21,3	19,7	19,9	18,9	18,5	17,0	16,1	16,2	18,7	19,5	20,2
Deutsches Reich	21,1	20,5	20,7	19,5	18,4	18,6	17,9	17,5	16,0	15,1	14,7	17,2	18,1	18,3
Polen . . .	33,5	—	35,2	33,0	31,6	32,6	32,2	32,8	30,3	28,7	26,5	27,1		—
Tschechoslowak.	27,3	25,6	25,0	24,4	23,3	23,2	22,4	22,7	21,5	21,0	19,2	20,0		—

Die niederschlesische Geburtenbewegung vollzieht sich nicht mehr nur unterhalb der polnischen, sondern auch unterhalb der tschechoslowakischen, während die ober-schlesische Kurve zwar die tschechoslowakische übersteigt, aber

unter der polnischen Kurve bleibt.

b) Die Sterbebewegung ergibt sich aus den nachstehenden Sterbeziffern auf 1000 Einwohner.

	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	I. Bj. 1934	II. Bj. 1934	III. Bj. 1934
Oberschlesien	17,7	14,4	14,2	13,7	13,2	13,9	13,7	12,7	12,8	12,1	11,8	11,6	11,9	10,7
Niederschlesien	16,9	14,3	13,7	13,4	13,5	13,0	13,9	12,3	12,3	12,1	12,5	12,8	12,6	11,4
Deutsches Reich	13,9	12,3	11,9	11,7	12,0	11,6	12,6	11,1	11,2	10,8	11,2	11,8	11,1	9,8
Polen . . .	16,8	—	16,7	17,8	17,4	16,7	17,0	15,8	15,5	15,0	14,2	14,4		—
Tschechoslowak.	15,1	15,2	15,2	15,5	16,0	15,1	15,5	14,2	14,3	14,1	13,7	14,1		—

Oberschlesien und Niederschlesien haben, trotz ihrer sehr ungünstigen Sterblichkeit im Rahmen des Deutschen Reiches, eine weit günstigere Sterbebewegung als Polen und die Tschechoslowakei.

c) Die Geburtenüberschussbewegung spiegelt sich in den nachfolgenden Geburtenüberschussziffern auf 1000 Einwohner wider:

	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	I. Bj. 1934	II. Bj. 1934	III. Bj. 1934
Oberschlesien	12,2	15,1	15,3	13,5	12,5	12,6	12,2	13,2	11,2	10,9	10,8	14,0	13,4	15,4
Niederschlesien	6,1	8,1	9,1	7,9	6,2	7,0	5,0	6,2	4,6	3,9	3,6	5,9	6,9	8,8
Deutsches Reich	7,1	8,3	8,8	7,9	6,4	7,0	5,3	6,5	4,7	4,3	3,5	5,4	7,0	8,5
Polen . . .	16,7	—	18,5	15,2	14,2	15,9	15,2	17,0	14,8	13,7	12,3	12,7		—
Tschechoslowak.	12,2	10,4	9,8	8,9	7,3	8,1	6,9	8,5	7,2	6,9	5,5	5,9		—

In diesen Ziffern kommt das natürliche Bevölkerungswachstum zum Ausdruck. Die seit fast einem Jahrhundert nachweisbare biologische Schwäche Niederschlesiens tritt auch im Verhältnis zu Polen und der Tschechoslowakei hervor. Im Gegensatz dazu bleibt die obereschlesische Geburtenüberschußkurve bis 1933 zwar noch unterhalb der polnischen, übersteigt aber erheblich die tschechoslowakische Kurve.

Doch scheint sich in dieser Entwicklung ein Bruch anzukündigen. In den ersten drei Vierteljahre 1934 ist die obereschlesische und die niederschlesische Geburtenüberschußziffer erheblich gestiegen. Seit langer Zeit hat Oberschlesien zum ersten Mal sogar Polen und Niederschlesien die Tschechoslowakei überholt. Dabei sind die höheren Geburtenüberschußziffern fast ausschließlich auf höhere Geburtenziffern, weniger auf geringere Sterbeziffern zurückzuführen. Mit diesem Tatbestand ist erwiesen, daß die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik einen erheblichen Erfolg errungen hat, und daß es ihr gelungen ist, die biologische Erstarrung zu lösen und neue dynamische Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Allerdings muß wohl auch für Polen und die Tschechoslowakei, wie die Ziffern für das 1. Halbjahr 1934 erkennen lassen, mit einem Ansteigen gerechnet werden. Indes kann die Zunahme vorläufig noch keine größeren Ausmaße annehmen, da in beiden Ländern die Heiratshäufigkeit erneut zurückgegangen ist. Andererseits muß — wie fast in allen europäischen Ländern — auch für Polen und die Tschechoslowakei mit der Wahrscheinlichkeit einer weiteren Senkung der Sterbeziffern gerechnet werden. Da diese dort augenblicklich noch erheblich höher sind als in Schlesien, bleibt der polnischen und tschechoslowakischen Bevölkerung ein erheblich größerer Spielraum für diese Senkung, so daß die beiden slawischen Länder über größere Reserven für die Zukunft verfügen als Schlesien. Zudem ist mindestens der niederschlesische Volkskörper stärker überaltert als der polnische und wohl auch der tschechoslowakische, so daß für Niederschlesien alles darauf ankommt, die seit den ersten drei Vierteljahre 1934 einsetzende dynamische Tendenz durchzuhalten, da dann erst die Voraussetzung für die so notwendige Verjüngung des Volkskörpers gegeben ist. Hier liegt eine ungeheure Aufgabe vor, deren Ausmaße erst dann richtig eingeschätzt werden können, wenn man berücksichtigt, daß seit Burdörfers Veröffentlichungen alle unbereinigten Bevölkerungsbewegungsziffern problematisch sind und erst die bereinigten erhoben würden, wie weit wir auf dem Wege des Verfalls schon fortgeschritten waren. Weit günstiger liegen die Dinge in Oberschlesien. Denn der obereschlesische Volkskörper ist jung und in der Lage, den biologischen Wettlauf mit seinen Nachbarvölkern ohne besondere Anstrengung fortzusetzen.

3. Das schlesische und deutsche Vorfeld kann bei dieser Betrachtung nicht außer acht gelassen werden, wenn wir die Begriffe Volk und Bevölkerung zeitgemäß begreifen. Danach aber ist Volk der sich seiner selbst willensmäßig bewußte und nicht an staatliche Begrenzung gebundene Generationenzusammenhang auf der Grundlage seiner biologischen Existenz (vorwiegend Rasse und Stamm), der ihn verbindenden Kulturwerte (Sprache, Sitte, Brauch, Religion usw.) und des geschichtlichen Schicksals, wogegen Bevölkerung die jeweils gegenwärtige Gesamtheit der Bewohner eines Gebiets darstellt. Das schlesische Volk ist also mehr als die schlesische Bevölkerung, zeitlich wie räumlich.

Unter diesem Aspekt ist die bevölkerungspolitische Entwicklung im schlesischen Vorfeld nicht minder wichtig als die Entwicklung in der reichsdeutschen Provinz Schlesien. Es ist Dr. von Voelckh zuzustimmen: daß die Bevölkerungsentwicklung im schlesischen Vorfeld (Sudeten-schlesien, Randposen usw.) wie auch im ganzen östlichen und südöstlichen Vorfeld des Reiches unablässig zum Schaden des Deutschtums vor sich geht.

a) P o l e n. Soeben geht durch die Presse der Ruf „Deutsche Osteuropas in Gefahr“. Danach kommen gegenwärtig in den ehemals deutschen Gebieten von P o s e n und W e s t p r e u ß e n auf 1000 Deutsche 16,1 Todesfälle und nur 17 Geburten. Zwar besteht in Polen allgemein ein starkes Gefälle, der Geburtenhäufigkeit von Osten nach Westen. Aber selbst innerhalb dieses Gefälles erscheinen die Deutschen stets mit den ungünstigsten Ziffern. — Die nachfolgend verwendeten Ziffern verdanken wir zum großen Teil der Untersuchung von Hans Harnsen über „Die Bevölkerungsbewegung der Deutschen im osteuropäischen und südosteuropäischen Raum“, Archiv für Bevölkerungswissenschaften usw., Heft 4 und 5, 1933—34, Verlag Hirzel, Leipzig. — Für 1932 lassen sich die Verhältnisse anhand der Statistik der evangelischen Landeskirche, die in Posen und Westpreußen etwa 300 000 Köpfe zählte, noch genauer darlegen. Danach betrug die Geburtenziffer der Deutschen in Posen und Pommerellen auf das Tausend der Bevölkerung 17,0 (gegen 28,7 in Gesamtpolen), die Sterbeziffer 16,6 (gegen 15,0), die Geburtenüberschußziffer 0,4 (gegen 13,7). In diesen Ziffern kommt der abnorme Altersaufbau der Deutschen in diesen Gebieten zum Ausdruck, der in hohem Grade durch die starke Abwanderung der erwachsenen deutschen Kinder bedingt wird, die sich im Deutschen Reich eine neue Existenz suchten, während die alten Leute meist zurückblieben. Günstiger liegen die Dinge in O s t o b e r s c h l e s i e n. Hier ergab die Be-

völkerungsbewegung der Deutschen in der Unierten evangelischen Kirche Ostoberschlesiens im Jahre 1932 auf das Tausend der Bevölkerung 20,0 Geburten, 13,3 Sterbefälle und einen Geburtenüberschuß von 6,7. Noch etwas günstiger als in Ostoberschlesien ist die Bevölkerungsbewegung der Deutschen in G a l i z i e n. Nach Erhebungen der evangelischen Kirchenleitung betrug im Jahre 1931 die Geburtenziffer der Deutschen 22,4 (gegen 30,3 in Gesamtpolen), die Sterbeziffer 14,3 (gegen 15,5), mithin die Geburtenüberschußziffer 8,1 (gegen 14,8). Alle bisher genannten in Polen siedelnden deutschen Volksgruppen weisen eine erheblich ungünstigere Bevölkerungsbewegung auf als die polnische Bevölkerung insgesamt. In W o l h y n i e n indes ermittelte eine Kirchenzählung bei rund 8000 deutschen Familien im Jahre 1932 eine Geburtenziffer von 36,0 (gegen 28,7 in Gesamtpolen), eine Sterbeziffer von 13,8 (gegen 15,0) und eine Geburtenüberschußziffer von 22,2 (gegen 13,7). Im C h o l m e r Gebiet ergab sich im Jahre 1930 bei den Deutschen eine Geburtenüberschußziffer von 36,4 (gegen 17,0 in Gesamtpolen). Mit diesen Ziffern übertrifft das Deutschtum Wolhyniens und des Cholmer Gebietes nicht nur erheblich die Bevölkerungsbewegung der übrigen deutschen Volksgruppen in Polen, sondern auch der polnischen Bevölkerung insgesamt. Leider sind die Deutschen Wolhyniens und des Cholmer Gebietes nicht besonders zahlreich, so daß ihre günstige Bevölkerungsbewegung kein Gegengewicht gegen die sehr ungünstige Bevölkerungsbewegung der übrigen deutschen Volksgruppen in Polen zu sein vermag.

b) T s c h e c h o s l o w a k e i. Laut Angaben des Statistischen Staatsamtes in Prag wurden im zweiten Vierteljahr 1934 47 657 tschechoslowakische und 12 978 deutsche Kinder geboren, in der gleichen Zeit starben 32 928 Tschechoslowaken und 10 979 Deutsche, der Geburtenüberschuß betrug demnach 14 729 bei den Tschechoslowaken, aber nur 1999 bei den Deutschen. In v. S. der Geburtenzahl betrug mithin der Geburtenüberschuß bei den Tschechoslowaken 30,9, bei den Deutschen nur 15,4. In dieser Gegenüberstellung kommt die sehr viel höhere Sterblichkeit der Deutschen zum Ausdruck, die nicht zuletzt durch die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen des Staates gegen das Sudetendeutschtum verschuldet ist. Seit dem Beginn der Krise im zweiten Vierteljahr 1931 ist der Geburtenüberschuß bei den Tschechoslowaken um 24 v. S., bei den Deutschen aber um 37 v. S. zurückgegangen. Die Bevölkerungsbewegung der Deutschen in den verschiedenen Gebieten der Tschechoslowakei ergab für das Jahr 1932 eine Geburtenüberschußziffer von 2,78 in Böhmen, 2,91 in Mähren-Schlesien, 5,72 in der Slowakei und von 14,43 in Karpathorußland gegen 6,86 im Gesamtgebiet der Tschechoslowakei. Ähnlich wie in Polen steigt auch in der Tschechoslowakei die biologische Kraft der Deutschen, je weiter östlich sie siedeln. Aber auch hier, ebenso wie in Polen, spielt der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung der Slowakei und Karpathorußlands keine große Rolle. Die Deutschen konzentrieren sich in Böhmen und Mähren-Schlesien. Dort aber ist ihre Bevölkerungsbewegung in stetem und starkem Rückgang begriffen. Dr. Bohac veröffentlichte im „Statistický obzor“ eine Uebersicht über die Zunahme der Nationalitäten in Böhmen seit dem Jahre 1881, und zwar unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Volkszählung. Die Zunahme betrug in v. S.:

	Gesamtbevölkerung	Tschechen	Deutsche
Von 1881 bis 1890	5,08	4,89	5,35
Von 1891 bis 1900	8,16	7,83	8,30
Von 1901 bis 1910	7,15	7,89	5,71
Von 1911 bis 1921	1,64	3,25	— 12,30*)
Von 1921 bis 1930	6,54	7,57	4,60

*) Abnahme

Im Gesamtgebiet der Tschechoslowakei entfielen auf das Tausend der gesamten Bevölkerung in den Jahren 1921 bzw. 1930 in Böhmen 330,4 bzw. 328,8 Deutsche, in Mähren-Schlesien 246,7 bzw. 228,5, in der Slowakei 47,3 bzw. 45,3, in Karpathorußland 17,3 bzw. 18,7 Deutsche. Abgesehen von Karpathorußland ist mithin der Anteil der Deutschen an der tschechoslowakischen Gesamtbevölkerung in allen anderen Gebieten zurückgegangen.

Damit ist erwiesen, daß die biologische Gefahrenlage des Sudetendeutschtums bereits seit langem besteht. Gegenwärtig aber übertrifft sie alles bisher Dagewesene. (Vergl. Erber, „Wirtschaftskrieg gegen die Sudetendeutschen“, Volk und Reich, Januar 1935).

c) D e s t e r r e i c h u n d U n g a r n. Sehr ungünstig ist auch die Bevölkerungsbewegung in D e s t e r r e i c h. Dort betrug die Geburtenüberschußziffer im Jahre 1930 noch 3,3, 1931 nur noch 1,9, 1932 sank sie bereits auf 1,3.

Längst nicht so ungünstig wie in Polen, der Tschechoslowakei und Desterreich ist die Bevölkerungsbewegung der Deutschen in U n g a r n. Im Jahre 1930 betrug die Geburtenüberschußziffer der Deutschen in Ungarn 8,5 gegen 9,4 der Gesamtbevölkerung. Die ungarische Geburtenüberschußziffer war bis 1932 auf 5,5 gesunken, stieg 1933 dann allerdings wieder auf 6,9 und im ersten Halbjahr 1934 sogar auf 7,5.

Ueber die Bevölkerungsbewegung der Deutschen in Ungarn sind neuere Ziffern nicht bekannt. Man wird aber für das Deutschtum in Ungarn die Möglichkeit einer Vernichtung durch Geburtenrückgang und Aussterben fürs erste verneinen können.

d) J u g o s l a w i e n u n d R u m ä n i e n. Innerhalb Jugoslawiens ist die Lage des Deutschtums in der Batschka besonders bedenklich. Hier siedeln etwa 174 000 Deutsche. Nach den Berechnungen Burdörfers ergab sich bei den Deutschkatholiken im Durchschnitt der Jahre 1921/1923 von Generation zu Generation noch eine Zunahme von 24 v. S., 1927/28 bereits ein Rückgang um 4 v. S. Bei den evangelischen Deutschen ergab sich für 1921/23 ein Rückgang um rund 12 v. S., für 1927/28 von 22 v. S. und für 1929/30 bereits von 31 v. S. Das Geburtendefizit der deutschen Volksgruppe in der Batschka ist ebenso groß wie das der Reichsbevölkerung.

Nicht besser als in der Batschka sieht es bei den deutschen Volksgruppen in R u m ä n i e n aus. In S i e b e n b ü r g e n ergab eine Kirchenzählung für das Jahr 1931 eine Geburtenüberschußziffer von 7,0 (gegen 12,5 in Gesamtromänien), im Kirchenbezirk Bukarest ermittelte dieselbe Zählung einen Geburtenüberschuß von nur 2,6, in Czernowitz von 8,0, in Temeschwar (B a n a t) sogar von nur 1,9.

Eine günstigere Bevölkerungsbewegung haben die Deutschen in Bessarabien und in der Dobrußja, ebenso in den südwestlichen Gebieten Sowjetrußlands.

Zusammenfassend muß die biologische Lage der Deutschen im schlesischen wie auch im ganzen deutschen Vorfeld des Ostens und Südostens als außerordentlich ernst bezeichnet werden.

4. Die zukünftigen Aufgaben stellen sich bei Berücksichtigung dieser wie auch der früheren Darlegungen klar heraus. Alles vollzieht sich in geschichtlichem Rhythmus: auf die Völkerwanderung folgte das slawische Nachdrängen, im Mittelalter nahm eine neue große deutsche Welle den ostdeutschen Raum wieder in Besitz, Friedrich der Große befestigte die Stellung, aber seitdem bröckelten die deutschen Positionen langsam ab, bis schließlich das Versailler Diktat einen gewaltsamen Schlußstrich unter die Bilanz zog. Der gegenwärtige Zustand ist indes nicht der Abschluß eines endgültigen geschichtlichen Vorgangs. Deutschland steht in einer geschichtlichen Wende. Geistige und ökonomisch-soziologische Wandlungen konzentrieren sich mit dem Blick nach

den östlichen Schicksalslanden unseres Volkes. Wir haben jetzt eine entschlossene quantitative und qualitative Bevölkerungspolitik, deren erste Erfolge fast wie ein Wunder anmuten. Unserem Jahrhundert ist eine große Aufgabe gestellt: wie es einst im Mittelalter geschah, von neuem Schlesien, die Brücke zum Osten, mit gesunden und zukunftsstarken Menschen zu erfüllen. Wenn die Polska Zachodnia das in ihrer Ausgabe vom 4. 1. 1935 mit Bezug auf einen vom Verfasser dieser Zeilen für die Korrespondenz „Nation im Aufbau“ bearbeiteten und in anderen Zeitungen nachgedruckten Artikel als neue Art des „Dranges nach dem Osten“ bezeichnen zu müssen glaubte, so ist unsere Ansicht eine ungleich andere: nicht zu irgendwelchem imperialistischen Drang ist das deutsche und damit auch das schlesische Volk aufgerufen, sondern zur Erfüllung seiner natürlichen Verpflichtung, sich selbst zu erhalten und damit den Raum zu behaupten, auf den es kraft seiner Geschichte und seiner Leistung ein unverlierbares Besitzrecht hat. Das schlesische Volk wird glücklich sein, auf der Grundlage dieser seiner nationalen Aufgabe friedlich mit allen Völkern in Wettstreit zu treten, die ihm das Schicksal zu Nachbarn gegeben hat.

Deutschlands Motorisierung — ein entscheidender Kampfabchnitt unserer wirtschaftlichen Gesundung.

Von Dr. Richard Bruhn, Vorstandsmitglied der Auto Union AG.

In Berlin fand vom 14.—24. Februar die diesjährige Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung statt, die infolge des außerordentlich starken Interesses, das der Ausstellung entgegengebracht wurde, bis zum 3. März verlängert wurde. Im Zusammenhang damit werden uns folgende Ausführungen zur Verfügung gestellt, die auch nach Abschluß der Ausstellung von wesentlicher Bedeutung sind.

Die Schriftleitung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der seit der Machtübernahme durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler vordringlich und systematisch betriebenen Förderung der Motorisierung Deutschlands zeigen in den inzwischen mannigfaltig abgehandelten Ziffern über die Zulassung fabrikneuer Automobile und Motorräder einen derart eindeutigen Erfolg, daß auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet werden kann. Ebenso kann kein Zweifel mehr bestehen über die von einer wirtschaftlich wieder gekräftigten und technisch mit neuem Optimismus vorwärts arbeitenden nationalen Kraftfahrzeugindustrie ausgehenden Belebung vielfacher Art im Rahmen der gesamten übrigen deutschen Wirtschaft. Eine fast endlose Zahl von Gewerbebezügen, sowie industrieller als auch handwerksmäßiger Kennzeichnung, ließen sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Verflechtung zusammenstellen, um den ungeheuren volkswirtschaftlichen Wert einer vom deutschen Volk in seiner Wichtigkeit voll erkannten und freudig unterstützten, verstärkten Motorisierung Deutschlands erkennen zu lassen.

Die Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung hat ein eindrucksvolles Gesamtbild von den in knapp zwei Jahren erzielten Fortschritten und dem wirtschaftlichen Aufschwung der deutschen Kraftfahrzeugindustrie vermittelt. Wir sollten uns aber alle darüber

klar sein, daß wir noch einen beträchtlichen Weg weiterer intensiver Arbeit und gemeinsamer Anstrengungen vor uns sehen, ehe wir mit dem Erreichten zufrieden sein können, ehe vor allem das vom Führer gewollte Ziel annähernd erreicht ist. Sehen wir uns an, welche einen gewaltigen Vorsprung die übrigen großen Industrieländer gerade auf dem Gebiete der Motorisierung und ihrer viel intensiveren nationalen Kraftverkehrswirtschaft vor uns voraus haben. Wir haben in den letzten zwei Jahren ohne Frage beträchtlich aufgeholt. Soll Deutschland aber auf dem Gebiete der Motorisierung und der Kraftverkehrswirtschaft mit den anderen führenden Nationen gleichberechtigt werden, so müssen weite Volkskreise immer wieder erkennen, wie stark wir auch heute noch zurückgeblieben sind.

Wieviel haben wir allein nachzuholen an der Neuausbildung und Schulung junger Techniker, gewerblicher Facharbeiter, ebenso eines tüchtigen Nachwuchses an guten kaufmännischen Mitarbeitern, um die bereits sehr deutlichen Lücken in dem personellen Unterbau der deutschen Kraftfahrzeugindustrie auszufüllen und die notwendige zahlenmäßige Erweiterung der künftig in ihr beschäftigten Menschen rechtzeitig sicherzustellen.

Es muß von technischer und wissenschaftlicher Seite ein stärkerer Impuls kommen, um Konstruktion und Forschung auf vielerlei technischen Einzelgebieten, besonders aber bei den vorhandenen Entwicklungsproblemen enger zusammenzubringen, auf daß Deutschland künftig durch zielbewusste Arbeit und enge Verbundenheit zwischen Wissenschaft und Technik seinen Platz in vorderster Linie erfolgreich wahrnehmen kann. Eine besondere Rolle fällt hierbei der Materialforschung und der Erprobung fremdländischer Rohstoffe zu.

Der deutsche Automobil- und Motorradhändler muß nach den überstandenen schweren Krisenjahren sich in vollem Umfang der Verantwortung bewußt bleiben, ein unerlässliches Bindeglied zwischen Fabrik und dem Publikum zu bilden. Hervorragende Fachkenntnis, einwandfreier Kunden- und Reparaturdienst, solide kaufmännische Gebahrung müssen hier die Voraussetzungen dafür abgeben, daß der Begriff eines deutschen Automobil- oder Motorradhändlers ebenfalls Gewähr für beste Pflichterfüllung ist, um Deutschlands Motorisierung zu pflegen und auszubauen.

Für die deutschen Automobil- und Motorradfabriken muß angesichts einer jetzt wohl alljährlich wiederkehrenden Schau ihrer Erzeugnisse der Mut gefordert werden, die Gefahr zu raschen Typenwechsels auf ein kalkulatorisch und im ganzen wirtschaftlich erträgliches Maß herabzudrücken. Dazu gehört andererseits aber auch die Einsicht beim Publikum, von einer Automobil- und Motorrad-Ausstellung nicht einfach und wie selbstverständlich jedes Jahr neue Wunder an technischen Neuerungen und Schaffung neuer Fahrzeugtypen zu erwarten. Vor allem sollte man endlich aufhören, das vielzitierte Volksautomobil als ein technisches und preisliches Fabelwesen zu erwarten. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie kann sich keinerlei Experimente leisten, und alle Beteiligten sollten wirklich dahin streben, um hier das große Publikum vor bedenklichen Illusionen zu

schützen. Der Führer selbst hat eindeutig darauf verwiesen, daß wir auch in Deutschland im Zuge weiterer Entwicklung zu Volkswagentypen kommen müssen und werden, welche für breitere Käuferkreise erschwinglich sind.

Nur auf dem Boden zusammengefaßter konsequenter Arbeit kann Deutschland auch auf dem Weltmarkt wieder einen größeren Anteil an dem großen internationalen Geschäft in Kraftfahrzeugen erringen. Wir müssen aber gerade in dieser Richtung auf längere Sicht vorarbeiten. Die heute noch bestehenden unterschiedlichen Währungs- und Zollverhältnisse werden in kommenden Jahren im Zuge weiterer Konsolidierung der Weltwirtschaft eine Korrektur erfahren müssen. Dann heißt es, mit der wirklichen Leistung und Qualität unserer Fabrikate den Kampf um den Absatz auf den Auslandsmärkten bestehen!

So ist die Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung 1935 ein verheißungsvoller neuer Auftakt, gleichzeitig ein Gelöbnis an den Führer und Reichskanzler dafür, daß alle Kräfte in Deutschland sich zusammenfinden, um auch in diesem Jahre den Fortschritt in der Motorisierung Deutschlands und deren gewaltige wirtschaftliche Bedeutung im Rahmen unserer nationalen Arbeitsfront zu einem Eckpfeiler des nationalsozialistischen Aufbauprogramms und zu Deutschlands weiterer Wohlfahrt zu machen.

Geschichtliches aus der Glasindustrie.

Entwicklung der Glaserzeugung in Oberschlesien.

Das älteste bei Ausgrabungen zu Tage gekommene Glasfundstück ist ein Erzeugnis ägyptischer Glasmacherkunst, ein perlenartiger, undurchsichtiger Gegenstand aus dem 4. Jahrtausend v. Chr. Aus dem 3. Jahrtausend v. Chr. stammt ein Amulett aus blauem Glase. Ein Hauptsitz der ältesten Glasfabrikation war Alexandria, das Handel mit farbigem Glase und Mosaik betrieb. Zur Zeit der römischen Kaiser kam die Glasherstellung nach Rom. Im 3. Jahrhundert nach Chr. waren Glasgegenstände ziemlich allgemein in Verwendung. Gelegentlich wurden kleine Glaskästchen als Fensterglas oder zur Wandbekleidung benützt. Infolge des Niederganges des weströmischen Reiches in der Zeit der Völkerwanderung kam die römische Kunstglashütte in Verfall. Die Glasarbeiter wanderten nach Byzanz aus und gründeten dort eine den Weltmarkt beherrschende Glasindustrie. Nach dem Untergange des oströmischen Reiches zogen die Glasmacher nach Venedig, wo sie auf der Insel Murano, „mit besonderen Privilegien ausgestattet“, hervorragende Kunstwerke schufen. Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts verfiel auch hier die Industrie, indem Böhmen die führende Stelle mit seinem farblosen Kristallglas, das alle anderen Erzeugnisse übertraf, übernahm. Jedoch auch in anderen Ländern Mitteleuropas hatten sich inzwischen Glasindustrien niedergelassen, die Böhmen die Weltstellung streitig machten. Wann Fensterglas zur Einführung gelang, ist nicht bekannt. Erst im 3. Jahrhundert nach Christi werden mit Bestimmtheit Glasfenster erwähnt. Noch zu Luthers Zeiten waren Glasfenster eine Seltenheit.

Die antiken Gläser waren Natrongläser; später hatte man mit Pottasche geschmolzen und Kaliglas erzeugt. Nach der Einführung der Leblanc-Soda schmolz man wieder mit Soda. Diese Leblanc-Soda enthielt als Verunreinigung Glaubersalz. So lag der Gedanke nahe, statt der teuren Soda Sulfat zu verwenden, was auch in den 50. Jahren des vorigen Jahrhunderts in den meisten Glashütten getan wurde. Daraus ergab sich jedoch die Notwendigkeit, bei höherer Temperatur zu schmelzen; die Schmelzdauer mußte verlängert, Reduktionsmittel zugefetzt werden, entweichende schweflige Säure Gase erzeugten Flussschäden, das Ofenmaterial

wurde vermehrt angegriffen, sodaß man, je nach dem Preisunterschiede zwischen Sulfat und Soda, mit diesem oder jenem schmolz.

Die Ofen, in denen vor Jahrhunderten geschmolzen wurde, dürften sich im Wesentlichen nicht von den uns noch bekannten Hafenoöfen mit direkter Holzfeuerung über ein einfaches Rostes unterscheiden haben. Einen großen Fortschritt bedeutete die Einführung der Generatorglasfeuerung, die Verwendung der Kohle statt des Holzes, und die Verwertung der Wärmemengen der aus dem Ofen abströmenden Gase durch Wärmespeicherung nach dem Regenerativsystem oder durch indirekte Übertragung nach dem Recuperativsystem um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Während im Hafenoöfen das Eintragen des Gemenges, das Schmelzen, Läutern, Absteifen und Verarbeiten des Glases nacheinander an ein und derselben Stelle geschieht und somit der Hafenofenbetrieb nur ein unterbrochener sein konnte, hat der seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts bekannte Wannenofen ein ununterbrochenes Verarbeiten des Glasflusses ermöglicht, indem obige Prozesse und Verarbeitung des Glasflusses gleichzeitig und örtlich getrennt erfolgen können. Außerdem sind neuere maschinelle Verarbeitungsmethoden des Glases nur an Wannenöfen durchführbar.

Die Verarbeitung des geschmolzenen Glases zu Gefäßen geschah anfangs aus freier Hand. Das Blasen mit Hilfe der Glasmacherpfeife dürfte seit zweitausend Jahren angewendet werden. Seit dem 11. Jahrhundert sind zwei Methoden zur Herstellung des Tafelglases angewendet worden: außer dem Walzenblasen kannte man bis vor 60 bis 70 Jahren noch das Windglas. Walzenblasen wurde nach verschiedenen Arbeitsverfahren geblasen. Man unterschied eine deutsche, böhmische oder schlesische Art, wonach kurze aber ziemlich weite Walzen geblasen wurden und man durch Blasen die Walze geöffnet hat, und eine rheinische französische Art, wonach ziemlich lange Walzen herzustellen wurden, die mit der Schere geöffnet wurden. Die Walzen wurden aufgesprengt oder aufgeschnitten und zu Tafeln gestreckt.

Die Versuche, der menschlichen Lunge einen Teil der großen Anstrengung abzunehmen, welche sie beim Glas-

blasen zu leisten hat, reichen weit zurück. Patentpfefen mit dauernder Preßluftversorgung wurden konstruiert. Alle Versuche dieser Art scheiterten an ihrer Unzulänglichkeit oder dem Mißtrauen der Arbeiter. Nur vorübergehenden Erfolg hatte das Blasverfahren des P. T. Sievert, ebenso das aus Amerika stammende maschinelle Walzenziehen nach Lubbers; beide Fabrikationsmethoden waren dem Mundblasverfahren wirtschaftlich überlegen, mußten aber nach dem Weltkriege aufgegeben werden, da inzwischen das Tafelglas-Ziehverfahren nach Fourcault soweit entwickelt war, daß es zur wirtschaftlichen Anwendung gebracht wurde. Wird nach Fourcault das durch den Schlig einer in das Glasbad gedrückten Schamottebüße herausquellende Glas aufgenommen und zwischen Walzen in einem vertikalen Röhlschacht zu einem endlosen Glasbande gesponnen, so entsteht nach Colburn das Glasband durch Ziehen aus dem Glasbade und Biegen des Glasbandes um eine Biegevalze in den horizontalen Röhlschacht. Die deutschen Tafelglasfabriken haben sich nach dem Kriege auf das Fourcault-Verfahren umgestellt, nur eine Glasfabrik arbeitet nach dem Colburn-Verfahren (Deflog).

In Schlesien entstanden, begünstigt durch die Nachbarschaft des Glasmacherlandes Böhmen, durch Holzreichtum und Sandvorkommen, ziemlich zeitig Glashütten. In Oberschlesien hat es wohl schon im 16. Jahrhundert die erste Glashütte gegeben. In der Literatur werden um diese Zeit in Ujeß Bürgerhäuser mit Glasfenstern erwähnt. Etwa um 1710 befanden sich Glashütten in Elawenitz und bei Sowada und Drzeische, während es vorher schon Glashütten in Mokrau und Myslowitz gegeben haben soll. Eine der ältesten Glashütten Schlesiens ist die Czarnowanzer Glashütte in Murrow, die 1755 von Mönchen des Czarnowanzer Klosters gegründet wurde. Diese Glashütte blieb bis zum Jahre 1810 im Besitze des Klosters Czarnowanz und kam dann durch Säkularisation in den Staatsbesitz. Friedrich der Große, der den Wert und Nutzen der Glashütten erkannt hat, förderte die Anlegung weiterer Glashütten und berief tüchtige Glasbläser aus Thüringen und Böhmen nach Schlesien und auch nach Oberschlesien, um gleichzeitig die Qualität zu heben. Um die tüchtigen Glasmacher festhaft zu machen, erhielten sie allerhand Vergünstigungen. Auch wurde ihnen neben dem Steuererlaß das zum Schmelzen benötigte Brennholz unentgeltlich geliefert. Dabei nahm der Holzreichtum sehr stark ab und man begann sich auf die obereschlesischen großen Steinkohlenlager. Natürlich war der Uebergang von der Holzfeuerung zur Kohlenfeuerung nicht so einfach und an diesem Problem mußte unermüdlich gearbeitet werden und erst nach vielen Studienreisen nach England und Hannover hatte man den Erfolg. Die erste Glashütte, die Kohlenfeuerung hatte, war die zu Wessolla, dem Fürsten von Pleß gehörig. Nachdem aber erst einmal dieses Problem

gelöst war, blühte die Glasindustrie auf und die damaligen Handelsbeziehungen erstreckten sich über eine ganze Anzahl ausländischer Städte. Ihre Glanzzeit erlebte die handarbeitende Glasindustrie nach dem Jahr 1870. Unverändert aber blieb die Arbeitsweise der Glasbläser. Erst nach dem großen Weltkriege konnte in Schlesien die maschinelle Fensterlaserzeugung, an Stelle der unrentabel gewordenen Handarbeit, Eingang finden.

Die Czarnowanzer Glashütte in Murrow wurde vom Staat im Jahre 1840 an die Firma Obstein verkauft, in deren Besitz sie bis zum Jahre 1895 verblieb. Sie und die Glasfabrik Eisner in Hindenburg sind heute die einzigen noch tätigen Unternehmungen der Glasindustrie in Oberschlesien. Mannigfaltig waren die Erzeugnisse, die in Murrow hergestellt und künstlerisch bearbeitet wurden. Es wurde Fensterlas erzeugt, Flaschen und Hohlgläser geblasen, auch Kristallglas stellte man in Murrow her; es gab da eine Schleiferei, Glasmaler und Graveure arbeiteten hier. 1895 erwarben Hallenser Glaskaufleute die Glashütte und vergrößerten sie. Die neu erbaute Eisenbahnstrecke Oppeln—Namslau förderte die Entwicklung, sodaß die Glasfabrik mit über 300 Glasarbeitern die zweitgrößte Fensterlaserzeugung Deutschlands wurde. Während des Krieges stand der Fensterlaserbetrieb still. Nach dem Kriege wurde der Mundblasbetrieb wieder aufgenommen. 1923 wurde die Czarnowanzer Glashütte G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft verwandelt. Die Handarbeit wurde noch bis zum Jahre 1930 aufrechterhalten, um dann wegen vollkommener Unrentabilität für immer eingestellt zu werden. — Das Werk wäre nunmehr einer dauernden Stilllegung und die darin beschäftigten Arbeiter bezw. der ganze Ort Murrow einer dauernden Arbeitslosigkeit anheimgefallen, wenn nicht mit ganzer Tatkraft die Modernisierung der bestehenden Anlagen betrieben worden wäre. Noch im gleichen Jahr wurde die Umstellung auf Maschinenglas nach dem Fourcault-Ziehverfahren durchgeführt und mit der Produktion von Maschinenglas begonnen. Das Werk erzeugt heute jährlich über 1 Million Quadratmeter Flachglas, und beschäftigt zirka 200 Arbeiter.

Die Glasfabrik von Wilhelm Eisner in Hindenburg beschäftigte bei ihrer Gründung im Jahre 1864 25 Arbeiter und stellte monatlich etwa 50 000 Flaschen und 2000 Quadratmeter Fensterlas her. Jetzt könnten, Vollbetrieb vorausgesetzt, monatlich bis zu 1 Million Flaschen und etwa 90 000 Quadratmeter Tafellas fabriziert werden, wobei eine Belegschaft von 400 Arbeitern Beschäftigung finden könnte. Das Hauptproduktionsgeschäft der Firma ist die Erzeugung von Flaschen, Glasballons und Korbflaschen. Eine dritte Betriebsstätte der Glasindustrie in Gleiwitz hatte vor dem Kriege ebenfalls eine gewisse Bedeutung, ist jedoch in der Nachkriegszeit bald stillgelegt worden.

Wirtschaftsberichte

Die Wirtschaftslage

in Deutsch-Oberschlesien im Januar/Februar 1935.

Im Januar 1935 trat aus rein jahreszeitlichen Gründen erneut eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien ein. Die Zunahme gegenüber dem Vormonat betrug 16 581 Köpfe, d. i. 22,9%. Die Arbeitslosenzahl war nur noch um 7,5% niedriger als Ende Januar 1934, aber um 62,3% höher als zur Zeit der größten Entlastung im Vorjahre, am 30. 4. 1934. Die starke Zunahme ist rein jahreszeitlich zu erklären. Ende Januar 1935 entfielen in Oberschlesien 57,5% der Arbeitslosen auf die überwiegenden Saisonarbeitslosen, während im Reichsdurchschnitt der Anteil dieser Berufsgruppen an der gesamten Arbeitslosigkeit nur 47,6% betrug. Von den einzelnen Berufsgruppen hatte die größte Zunahme das Bauergewerbe mit 31% zu verzeichnen. Es folgte die Land- und Forstwirtschaft mit 30,3%, die Gruppe ungelerner Arbeiter mit 28,4%. In der Industrie der Steine und Erden betrug die Zunahme 19,3%. Von den übrigen Berufs-

gruppen verzeichnete wegen des Darniederliegens der Dampfschiffahrt das Verkehrsgewerbe einen Zuwachs an Arbeitslosen in Höhe von 31,1%. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe betrug die Zunahme 27,2%. Auch die Zahl der arbeitslosen Angestellten vermehrte sich insgesamt um 8,5%. Von den verschiedenen geographischen Bezirken Oberschlesiens war die Zunahme gegenüber dem Vormonat am größten im Bezirk Gleiwitz mit 36,6%. Es folgte Ratibor mit 35% und Oppeln mit 30,3%. Das obereschlesische Industriegebiet insgesamt stand infolge des starken Anwachsens der Arbeitslosenziffer hinter Gesamtoberschlesien zurück. Bei einem Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres ist in sämtlichen Arbeitsamtsbezirken mit einer Ausnahme die Arbeitslosenziffer niedriger. Eine Ausnahme bildet nur Reike, wo um 10,9% mehr Arbeitslose gezählt wurden als Ende Januar 1934. Die Zahl der Rotstandsarbeiter, die ja fast ausnahmslos Außenarbeiten durchführen, verminderte sich im Januar sehr stark auf 2645 gegen 8027 Ende Dezember 1934, also um 67%.

Arbeitslose Arbeitsuchende in Oberschlesien.
Monat Januar 1935.

Arbeits- amts- bezirk	Stand am		Zu- bzw. Ab- nahme gegen Vormonat + bzw. -		Ende Januar 1934	Abnahme gegen den gleichen Monat des Vorjahres	
	31. Jan. 1935	31. Dez. 1934	absolut	%		absolut	%
Beuthen .	9 796	8 994	+ 802	8,9	12 425	-2 629	21,2
Gleiwitz .	12 311	9 011	+3300	36,6	13 718	-1 407	10,3
Hindenburg.	10 925	9 986	+ 939	9,4	13 377	-2 452	18,3
Industrieg.	33 032	27 991	+5041	18,0	39 520	-6 488	16,4
Kreuzburg	6 292	5 418	+ 874	16,1	7 137	- 845	11,8
Reiße .	6 294	5 146	+1148	22,3	5 673	+ 621	10,9
Neustadt .	10 772	9 207	+1565	17,0	10 773	- 1	0,01
Oppeln .	17 577	13 487	+4090	30,3	17 853	- 276	1,5
Ratibor .	14 911	11 048	+3863	35,0	15 154	- 243	1,6
Oberschl.	88 878	72 297	+16581	22,9	96 110	-7 232	7,5

Die Zunahme der Belegschaftsziffern in der Großindustrie betrug im Januar gegenüber dem Vormonat im Kohlenbergbau 80, in den Eisenhütten 214, in den Zink- und Bleierzgruben 73. Unverändert blieb die Belegschaft der Bricketfabriken. Ein geringer Rückgang trat ein in den Koksanstalten um 2 und in den Zinkwalzwerken um 5 Köpfe. Etwas stärker verminderte sich aus jahreszeitlichen Gründen die Arbeiterzahl in der Zementindustrie, nämlich um 56. Die gesamte Großindustrie beschäftigte also in Oberschlesien im Januar um 304 Kräfte mehr als im Vormonat. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat war Ende Januar die Beschäftigung in den Steinkohlengruben um 4,7%, in den Koksanstalten um 19,2%, in der eisen-schaffenden Industrie um 23,5%, in den Erzgruben um 14,8%, in den Zinkwalzwerken um 16,6%, in der Zementindustrie um 56,5% größer, jedoch in den Bricketfabriken um 15% kleiner als Ende Januar 1934. Infolge des winterlichen Wetters mußten sämtliche großen öffentlichen Arbeiten in Oberschlesien, wie Stauden, Turawa, Bahnbau Groß Strehlitz-Heydebreck, Adolf-Hitler-Kanal, Reichsautobahn, und die Großfließungsbauten im Industriegebiet eingestellt werden. Mit der vorübergehenden Besserung der Witterung Ende Januar trat bereits eine Verminderung der Zugänge an Arbeitslosen ein. Jedoch verhinderte der in der ersten Februarhälfte eintretende Kälteeinbruch vielfach die beabsichtigten Neueinstellungen.

Die Entlastung von der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Einstellung von Arbeitskräften, die in der Zeit des Niederganges der deutschen Wirtschaft, von 1928 bis Anfang 1933, brotlos geworden waren, hat sich im Berichtsmonat für Oberschlesien weiter verschlechtert. Die Entlastung betrug am 31. 1. 1935 für Oberschlesien nur noch 42,2% gegen 63,4% im ganzen Reich. Oberschlesien stand hinter sämtlichen Landesarbeitsamtsbezirken, auch hinter Gesamt-schlesien (mit 49,1%) zurück.

Im Kohlenbergbau entwickelte sich die Lage im Februar nicht besonders günstig. Der durchschnittliche Tagesabsatz ging, nach vorläufigen Angaben, gegenüber dem Vormonat noch um einige Prozent zurück, war jedoch höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Haldbestände erhöhten sich weiter um etwa 50 000 To. gegenüber Ende Januar 1935. Während im Dezember die Einlegung von Feierschichten vermieden werden konnte, fielen im Januar bereits wieder rund 40 500 (je Kopf 1,02) Schichten wegen Abjahrmangels aus. Im Februar wird man mit einer noch etwas größeren Zahl von Feierschichten zu rechnen haben. Der Inlandsabsatz erfährt eine Abschwächung besonders von Mitte des Monats ab. Auch die Bestellungen der Reichsbahn wurden weiter eingeschränkt. Das Industriefohlengeschäft erhielt erst gegen Ende des Monats durch den Aufgang der Oberschiffahrt einen stärkeren Auftrieb. Die Industrie bestellte besonders Staubschollen. Das Koks-geschäft hielt sich im Inlande im Februar nicht ganz auf der Höhe des Vormonats. Jedoch

war eine starke Ausfuhr möglich, wodurch der Gesamtabsatz mindestens auf der Höhe des Vormonats geblieben ist. Die Haldbestände konnten weiter vermindert werden. Am Bricketmarkt ließ infolge der milden Witterung der Auf-tragseingang zu wünschen übrig.

In der eisen-schaffenden Industrie hielt die günstige Lage unverändert an. Die Produktion stieg in sämtlichen Haupt-abteilungen, abgesehen von Gußwaren. Das Hochofenwerk Zülchen setzte Ende Januar einen zweiten Hochofen in Betrieb, da sich die Abbrüche von Roheisen verstärkt haben. Die Stahl- und Walzwerke wiesen eine gegenüber dem Vor-monat leicht erhöhte Erzeugung auf. Das Edelfahlwerk Malapane konnte infolge größeren Auftrags-einganges neue Kräfte einstellen. Auch das Hüttenwerk Zawadzki war be-friedigend beschäftigt. Das Frühjahrs-geschäft in Königs-bulder Artfeln für die Landwirtschaft hat sich im Inlande und Auslande befriedigend entwickelt. Die Erz- und Schrott-verformung war unverändert ausreichend. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat wurden im Januar um 32,5% mehr Roheisen, um 57,3% mehr Rohstahl und um 48,3% mehr Walzwerkserzeugnisse (einschließlich Schmiede- und Prekwerke) hergestellt. Hingegen zeigte sich bei Gußwaren ein Rückgang um 17%, offenbar hat die Gußwarenerzeugung ihren Höhepunkt im Vorjahre überschritten und kann zur Zeit die damalige Produktion noch nicht wieder erreichen. In den Zink- und Bleierzgruben war die Zinkblendeförde-rung um 5,8% geringer als im Januar 1934, hingegen die Bleierzförderung um 19,7% höher. An Zinkblech wurde 38,2% mehr erzeugt als im gleichen Vorjahresmonat. Beim Absatz von Zinkblech im Inlande trat gegenüber dem Vor-monat keine wesentliche Veränderung ein.

Wie schon erwähnt, mußte die Bautätigkeit sowohl im Hochbau wie im Tiefbau im Januar so gut wie ganz ein-gestellt werden. Es konnten im Hochbau nur einige wenige Innenarbeiten, im Tiefbau Notstandsarbeiten wie Meliora-tionsarbeiten, Rodungs-, Steinschlag- und Forstarbeiten durchgeführt werden.

Die Industrie der Steine und Erden bereitete sich im Februar für eine verstärkte Produktion vor, mußte jedoch die Produktionserhöhung und die damit verbundenen Neu-einstellungen infolge des Kälteeinbruchs noch hinausz-schieben. Das gilt auch für die ursprünglich bereits für Mitte Februar vorgesehene Inbetriebnahme der Zement-fabrik Silesia. Der Verband lag im Februar um etwa 23% unter dem des gleichen Vorjahresmonats. Auch die Be-stellungen auf Kalk zu Düngezwecken gehen bei den Kalt-werken nur zögernd ein. Sobald endgültig wärmere Wit-terung eintritt, ist mit voller Inbetriebnahme der Kalkwerke zu rechnen. Die Basaltsteinbrüche im Kreise Falkenberg und in St. Annaberg arbeiteten mit voller Belegschaft weiter, da genügend Aufträge vorlagen.

Die arbeitstägliche Wagengestellung der Reichsbahn in Oberschlesien war im Januar bzw. Februar gegenüber dem Vormonat um 19,7% bzw. 1,7% kleiner, jedoch um 6,8% bzw. 5,9% größer als im gleichen Vorjahresmonat. Im Reich war die Wagengestellung im Januar nur um 4,5% kleiner als im Vormonat und um 3% größer als im Januar 1934. Die ober-schlesische Wagengestellung für Brennstoffe ging gegenüber dem Dezember 1934 um 16,5% zurück, war jedoch um 6,5% größer als im Januar 1934. Die Wagengestellung für Zement ging erheblich, die für Kalk nur unwesentlich zurück. Der Wasserumschlag im Talverkehr von Bahn zu Schiff ging im Januar auf etwa 1/4 der im Vor-monat beförderten Mengen zurück. Der Bergverkehr von Schiff zur Bahn betrug wenig mehr als 1/4 der Vormonats-mengen, da die Oberschiffahrt vom 10. Januar ab eingestellt war.

Dr. M.

Der westerschlesische Steinkohlenbergbau im Februar 1935.

Die Steinkohlenförderung betrug im Februar bei 23,4 Arbeitstagen nach vorläufigen Angaben 1 421 275 To. oder arbeitstäglich 60 738 To. gegenüber 1 673 940 To. oder 64 382 To. im Januar 1935 bei 26 Arbeitstagen und 1 519 311 To. oder 66 057 To. im Dezember 1934 bei 23 Ar-beitstagen. Im Februar 1934 sind bei 23,5 Arbeitstagen 1 342 891 To. oder im Tagesdurchschnitt 57 144 To. gefördert worden.

Der Gesamtabatz an Steinkohlen betrug:

	Dezember 1934 t	Januar 1935 t	Februar 1935 (vorl. Zahlen) t
nach dem Inland	1 377 579	1 373 074	1 200 002
nach dem Ausland	115 055	96 892	82 237
Insgesamt	1 492 634	1 469 966	1 282 239
Arbeitstäglich	64 897	56 537	54 797
D a v o n :			
mit der Hauptbahn	1 337 132	1 307 552	1 145 263
Wasserumschlag	113 565	24 240	46 625

Die Lage am Kohlenmarkt, dessen Entwicklung in dieser Jahreszeit sehr wesentlich von der Gestaltung der Witterung abhängt, hat sich nicht gebessert. Im arbeitstäglichen Durchschnitt trat beim Steinkohlenabsatz gegenüber dem keineswegs günstigen Ergebnis des Vormonats eine weitere Abschwächung um reichlich 3% ein; gegenüber Februar 1934 mit 51 247 To. ergab sich jedoch immerhin noch ein Mehrabsatz von 6,9%. Am Markt für Hausbrandkohlen hat sich die Lage weiter verschlechtert. Während in der ersten Monatshälfte infolge des Frostes der Auftragseingang noch einigermaßen befriedigte, gingen von etwa Mitte des Monats ab mit dem Eintritt nahezu frühjahrsmäßiger Temperaturen die Bestellungen erheblich zurück. Auch die Bezüge der Landwirtschaft hielten sich in verhältnismäßig engen Grenzen. Ebenso hat sich der Bedarf der Reichsbahn weiter verringert. Nach einer Einschränkung von reichlich 10% im Februar blieben die Bestellungen für März weiter um etwa 9% zurück. Das Industriefohlengeschäft war zunächst noch sehr flau, erhielt jedoch gegen Ende des Monats durch den Aufgang der Dampfschiffahrt einen stärkeren Auftrieb; besonders in Staubkohlen sind die Gruben reichlich besetzt. Die Abrufe der Zementindustrie hielten sich unverändert auf beachtlicher Höhe, während sich die Bezüge der Kalkwerke in letzter Zeit etwas gebessert haben. Die Ziegeleien haben den Vertrieb noch nicht aufnehmen können und infolgedessen Brennstoffbestellungen noch nicht herausgegeben.

Die Halbenbestände an Steinkohlen nahmen im Berichtsmonat trotz Einschränkung der Förderung weiter zu. Ende Februar lagen rund 1 415 000 To. auf Halbe gegenüber 1 359 492 To. Ende Januar 1935 und 1 243 614 To. Ende Dezember 1934. Während in der ersten Monatshälfte in der Hauptsache die kleinen Sortimente in den Bestand genommen werden mußten, haben sich von etwa Mitte des Monats ab die Verhältnisse umgekehrt, indem jetzt in zunehmendem Umfange Grobkohle gestürzt werden muß, während in den kleinen Sortimenten und Staubkohle sogar Halbenverladungen möglich sind. Hier zeigen sich wieder deutlich die Schwierigkeiten, die das Sortenproblem den Grubenverwaltungen bereitet. Der Gesamthalbenbestand (Roß und Briffetts in Kohle umgerechnet) stieg von 1,68 Millionen To. auf 1,73 Millionen To.

Die Dampfschiffahrt konnte in diesem Jahre verhältnismäßig frühzeitig wieder eröffnet werden. Das Tauwetter, das in der zweiten Monatshälfte eintrat, brachte der Ober starken Wasserzufluß. Auf der mittleren Oder konnte der Betrieb bei vollschiffigem Wasserstande am 19. Februar aufgenommen werden. Die im Breslauer Gebiet verwinterten 215 Fahrzeuge waren bis 21. Februar durch Ranfarn geschleppt worden. Auf der oberen Oder wurde von Mitte des Monats ab das Eis in den Häfen aufgebrochen und mit dem Aufrichten der Wehre begonnen. Für den Bezirk des Wasserbauamts Oppeln ist die Winterliegezeit mit dem 22. Februar für beendet erklärt worden, sodaß am 23. Februar bereits die ersten beladenen Fahrzeuge aus Cosel-Hafen abschwimmen konnten. Für den 25. Februar wurden den Gruben die ersten Ausgangsgenehmigungen für den Umschlag in Cosel-Hafen erteilt. Kahnraum war ausreichend vorhanden. Die Instandsetzungsarbeiten an der Schleppzugschleuse Ohlau wurden durch das Hochwasser behindert und konnten erst am 28. Februar beendet werden.

Die Steinkohlenausfuhr zeigte folgende Entwicklung:

	Dezbr. 1934 t	Januar 1935 t	Februar 1935 (vorl. Zahlen) t
nach der Tschechoslowakei . .	45 885	58 427	47 669
„ Oesterreich	6 500	3 859	4 290
„ Ungarn	760	390	455
„ dem übrigen Ausland .	61 910	34 216	29 823
Insgesamt	115 055	96 892	82 237

Die Belegschaft der Steinkohlengruben betrug Ende Februar 38 870 Arbeiter gegenüber 39 082 Mann am Ende des Vormonats. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß für etwa 250 Arbeiter, die im Herbst befristet eingestellt worden waren, die Beschäftigungsdauer inzwischen abgelaufen ist. Die Beschäftigungsmöglichkeit der Gruben hat sich wesentlich verschlechtert. Während im Dezember Feierschichten noch vermieden werden konnten, sind im Januar bereits wieder 40 491 (je Kopf 1,04) Schichten wegen Absatzmangels ausgefallen. Für Februar steht das zahlenmäßige Ergebnis noch nicht fest; man wird aber wohl mit einer etwas höheren Zahl von Feierschichten rechnen müssen.

Am Roßmarkt war die Lage im großen und ganzen noch befriedigend. Erzeugung und Absatz betrugen:

	Dezbr. 1934 t	Januar 1935 t	Februar 1935 (vorl. Zahlen) t
Erzeugung:			
insgesamt	96 '96	102 550	94 618
kalendertäglich	3 103	3 308	3 379
Abatz:			
nach dem Inland	78 074	90 265	75 097
nach dem Ausland . . .	27 771	20 685	21 598
Insgesamt	105 845	110 950	96 695

Der Inlandsabsatz hat sich zunächst etwa auf der Höhe des Vormonats gehalten; in der zweiten Monatshälfte ging der Versand infolge des geringeren Bedarfs an Heizkohle jedoch stark zurück, sodaß der Gesamtabatz wesentlich hinter dem Ergebnis des Vormonats zurückgeblieben ist. Die Ausfuhr war im Gegensatz hierzu noch verhältnismäßig günstig und hat trotz der geringeren Zahl der Arbeitstage die Januar-menge noch etwas übertroffen. Die Halbenbestände konnten noch etwas vermindert werden; sie betrugen Ende Februar rund 245 000 To. gegenüber 250 393 To. Ende Januar und 262 744 To. Ende Dezember.

Am Briffettmarkt ließ infolge der milden Witterung der Auftragseingang zu wünschen übrig. Die Briffetterzeugung betrug im Dezember 22 557 oder arbeitstäglich 981 To., im Januar 22 859 To. oder 879 To. und im Februar 19 257 To. oder 837 To. Abgesetzt wurden im Dezember 22 134 To., im Januar 21 709 To. und im Februar 17 972 To. Der Halbenbestand ist im Berichtsmonat von 559 To. auf 1274 To. gestiegen.

Die deutsch-obereschlesische Eisenindustrie im Februar 1935.

Im Hochofenwerk Sulzenhütte konnte seit Ende Januar 1935 wieder der zweite Ofen in Betrieb genommen werden. Die Abrufe in Roheisen haben stärker eingesetzt. Die Stahl- und Walzwerke wiesen eine gegen den Vormonat leicht erhöhte Erzeugung auf. In Stabeisen hat der Auftragseingang etwa die Höhe des Vormonats beibehalten. Das Bandeisengeschäft lag unverändert befriedigend. Erhebliche Steigerung hat der Auftragseingang in gewaltem S. M.-Stahl zu verzeichnen. Auch in gezogenem Material, in Werkzeug- und Rapidstählen einschließlich nichtrostendem Stahl und in Konstruktionsstahl eine weitere Steigerung des Auftragseingangs eingetreten. Für Gegenstückmiederstücke wird nach der Automobil-ausstellung eine weitere Steigerung erwartet. In fast-

gewalztem Material hielt sich der Umsatz etwa auf der Höhe des Vormonats. Das Drahtgeschäft gestaltete sich auch im Berichtsmonat befriedigend. Der Auftrags-
eingang für das Frühjahrsgeschäft kann als gut bezeichnet werden. Auch konnten wiederum Auslandsaufträge hereingekommen werden. In Schmiedeeisernen Röhren hat die Besserung des Geschäfts angehalten. Im Gußrohr-
geschäft wird eine Besserung für den Monat März erwartet. In den Gießereibetrieben war die Beschäftigung durch-
gehend gut. In den Stahlgießereien konnte infolge der wesentlich höheren Anforderungen eine größere Anzahl
Formen neu eingestellt werden. Die Stahlgießereien sind bis in den nächsten Monat voll besetzt. Darüber hinaus ist für
die nächsten Monate eine Beschäftigung in gleichem Umfange gewährleistet. In den übrigen Betrieben der Weiterver-
arbeitung ist der Auftragszugang stetig und in den einzelnen Artikeln verschieden. Sämtliche Betriebe sind auf Wochen
hinaus beschäftigt. Die Reichsbahn ist wiederum an den ein-
gegangenen Aufträgen stark beteiligt. In Schüttelrut-
schen und eisernem Grubenausbau hat der Berg-
bau große Bestellungen untergebracht. Ebenso gehen laufend
Aufträge seitens der Automobil- und Maschinenfabriken ein,

wie auch der Waggonbau eine Anzahl Bestellungen auf Re-
paraturarbeiten und Förderwagen erhalten hat. In Königs-
hulder Artikeln für die Landwirtschaft hat sich das Frühjahrsgeschäft weiter entwickelt; auch aus dem
Auslande gingen Aufträge in befriedigendem Umfange ein.

Die Abteilungen Eisenbahn und Kessel-
schmiede sind weiterhin ausreichend beschäftigt, nur die
Maschinenbauanstalt leidet weiterhin an Arbeits-
mangel.

Die Erzversorgung ist ausreichend, die Oderdampfschiffahrt ist
wieder offen und die überwinterten Rähne kommen in Bewe-
gung. Die Schrottpreise haben keine Minderung erfahren.

Die deutsch-oberschlesische Zementindustrie im Februar 1935.

Von den vorhandenen Zementfabriken waren im Berichts-
monat drei in Betrieb. In der ersten Hälfte des Februar
wurde der Zementverkauf durch den Frost weiter stark beein-
trächtigt und lag etwa 23 Proz. unter dem des Februar 1934.
Mit dem Beginn milderer Witters setzte auch ein höherer
Abbruch ein.

Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Januar 1935.

An Güterwagen wurden gestellt:

Im Januar 1935 (26 Arbeitstage)	O-Wagen				G-Wagen		Sonstige Wagen	
	für Kohle, Koks und Briketts	für andere Güter	davon für		insge- samt	davon für Zement	insge- samt	davon für Kalk
			Rüben	Schnitzel				
	zu je 10 t				wirkliche Wagen			
a) insgesamt:								
angefordert	145 409	14 078	—	—	10 163	832	4 477	1 062
rechtzeitig gestellt	145 409	14 078	—	—	10 163	832	4 477	1 062
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
b. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
b) arbeitsfähig:								
angefordert	5 593	541	—	—	391	32	172	41
rechtzeitig gestellt	5 593	541	—	—	391	32	172	41
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
b. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Wirtschaftslage Polens im Jahre 1934.

(Schluß.)

Produktionszunahme der Verarbeitungsindustrie. — Zahl
der Gewerbebetriebe. — Binnenhandel. — Preisbewegung.
— Landwirtschaftliche Preise sinkend. — Getreidernte. —
Steigender Güterverkehr.

Von Dr. M. Meister.

Von einem leichten Aufschwung der industri-
ellen Erzeugung in Polen legen die im ersten Teil des
Aufsatzes angeführten Indizes der Produktion Zeugnis
ab. Bei den Produktionsgütern beschleunigte sich die Be-
lebung deutlich im zweiten Halbjahr, bei den Verbrauchs-
gütern hingegen lag der Durchschnitt des zweiten Halbjahres
unter dem der ersten Jahreshälfte. Zusammenfassend ist fest-
zustellen, daß von der Rohstoffproduktion der Steinkohlen-
bergbau, die Kokszerzeugung, die Steinsalzförderung, die
Roheisengewinnung und Röhrenproduktion und nach der end-
gültigen Statistik — im Gegensatz zu der Angabe im ersten
Teil dieses Berichtes — auch die Zinkgewinnung*) nicht
unwesentlich (um 6—25%) gegenüber dem Vorjahre gestiegen
sind. Unbedeutend (unter 5%) blieb die Zunahme bei Kali-
salzen, Rohstahl, Walzwerkserzeugnissen. Einen Rückgang er-

fuhr die Briketterzeugung, die Rohölförderung, die Blei-
erzeugung.

In der verarbeitenden Industrie nahm die Produktion
gegenüber dem Vorjahr zu in der Zellstoff- und Papier-
industrie, in der Ledererzeugung, teilweise in der chemischen
Industrie (z. B. Farbstoffe, Kunstseidengarn), teilweise in
der Textilindustrie (Baumwollgarn, Zuteerzeugnisse), sodann
in der Zementindustrie und bei der Erzeugung von Schmier-
ölen. Ein Rückgang zeigte sich in Einzelzweigen der chemischen
Industrie (kaustische Soda, gewisse Düngemittel) und bei
sämtlichen Produkten der Erdölraffinerien außer Schmier-
ölen.

Die wichtigsten Produktionsziffern der Ver-
arbeitungsindustrien lauten für das Jahr 1934
laut den vorläufigen Veröffentlichungen des Warschauer
Statistischen Hauptamtes, wie folgt:

Die Zellstoff- und Papierindustrie erzeugte
im Berichtsjahr 71 986 (Vorjahr 57 813) To. Zellstoff, davon
55 353 (47 033) To. Sulfatzellstoff im Wert von 17,1 (13,5)
Mill. Zł. und 16 633 (10 780) To. Natronzellstoff im Wert
von 3,6 (2,9) Mill. Zł., ferner 46 700 (41 100) To. Holzmasse
im Wert von 8,5 (8,2) Mill. Zł. und 32 700 (29 500) To.
Papier im Wert von 13,1 (9,9) Mill. Zł. Die Lederindus-
trie verzeichnete eine Sohlenlederherzeugung von 14 950
(12 380) To. im Werte von 51,9 (46,7) Mill. Zł. In der
chemischen Industrie war die Produktionsentwick-
lung in den Einzelzweigen verschieden, doch wurde in den
meisten Untergruppen eine erhöhte Herstellung verzeichnet.

*) Nach den letzten Angaben betrug die Jahreserzeugung
1934 an Rohzink 92 000 To., nicht, wie das Statistische
Hauptamt in Warschau amtlich angegeben hatte, 72 000 To.

Die Sodaindustrie meldete eine Erzeugung von 62 200 (75 000) To. kalzinierte Soda, d. i. ein Rückgang um 20,6%. Hingegen stieg die Herstellung von kautschuk Soda auf 18 518 (16 906) To., d. i. um 9,5% und von Kristallsoda auf 10 644 (8822) To., d. i. um 20,6%. Der Gesamtwert der Erzeugung der Sodaindustrie betrug im Jahre 1934 auf 28,3 Mill. Zł. gegen 25,7 Mill. Zł. im Vorjahre, erhöhte sich also um 10,1%. Die Farbstoffherstellung stieg von 1447 To. im Vorjahre auf 1770 To. im Jahre 1934, d. i. um 22,3% und wertmäßig von 14,6 Mill. Zł. auf 20 Mill. Zł., d. i. um 37%. Die Kunstseideherstellung hob sich auf 4390 To. gegen 3600 To. im Vorjahre, d. i. um 21,9% und wertmäßig von 34 auf 47 Mill. Zł., d. i. um 38,2%. Die Stickstoffindustrie in den staatlichen Fabriken Chorzów und Mosice, die zu einem einheitlichen Unternehmen zusammengefaßt worden sind, konnte die Produktion von chemisch erzeugten Düngemitteln insgesamt steigern, abgesehen von gewissen Umstellungen bei der Herstellung von Mischdüngemitteln. Der Produktionswert der Erzeugung von Stickstoffdüngemitteln stieg von 30,4 Mill. Zł. im Vorjahre auf 34,6 Mill. Zł. im Jahre 1934, also um 13,8%. Da das Düngemittelgeschäft nicht genügt, um die Fabriken voll zu beschäftigen, so wenden sich diese daneben in steigendem Maße der Erzeugung anderer Chemikalien zu.

Die Erdöl-Raffinerieindustrie Polens hatte im Jahre 1934 einen dem Rückgang der Rohölförderung entsprechenden leichten Produktionsrückgang zu verzeichnen. An Leuchtöl (Petroleum) wurden 171 000 (Vorjahr 174 000) To., an Benzin 86 000 (91 000) To., an Gas- und Heizöl 83 000 (101 000) To. erzeugt. Ansteigend war hingegen die Gewinnung von Schmierölen mit 86 000 (80 000) To., fast gleich blieb die Paraffinerzeugung mit 28 000 (29 000) To.

Die polnische Textilindustrie verzeichnete eine Erzeugung von 54 700 To. dünnfädigem Baumwollgarn gegen 49 600 To. im Vorjahre, d. i. eine Zunahme um 10,2%. An Wollkammgarn wurden 8143 To. im Werte von 91,3 Mill. Zł. erzeugt gegen 9414 To. im Wert von 105 Mill. Zł. im Vormonat. Der Wert der Kammgarnherzeugung stieg also, entsprechend der Preisbewegung auf dem Weltmarkt, um 15%, während die Menge zurückging. Die Produktion von Zwerggarn betrug 14 300 (12 300) To., von Zwergfäden und -geweben 11 900 (9600) To. An Nähzwirn wurden 739 (461) To. im Wert von 11,4 (9,2) Mill. Zł. hergestellt. In der polnischen Textilindustrie war im Berichtsjahr eine lebhafteste Bewegung auf dem Gebiet des Organisationswesens zu beobachten. Die vielfach angestrebte Zusammenlegung des „Verbandes der Textilindustrie im polnischen Staat“, der die Großunternehmen umfaßt, mit der Vereinigung der mittleren Industrie, konnte bisher nicht durchgeführt werden, die Verhandlungen schufen jedoch eine günstigere Stimmung für die Vereinigung kleinerer Verbände. Die zum Teil ganz ungeordneten Produktions- und Absatzverhältnisse in der polnischen Textilindustrie drängen in der Richtung auf eine straffere Organisation. Zusammenschlußbestrebungen traten hervor bei den Baumwoll-, Kammgarn- und Streichgarnspinnereien, in der Strumpfwarenindustrie und bei den Wollfärbereien. Die „Vereinigung der Baumwollgarnproduzenten in Polen“, deren Vertrag am 1. 1. 1935 abgelaufen war, wurde zunächst bis zum 15. 2. 1935 provisorisch verlängert. Eine weitere Verlängerung über den 15. 2. war bisher nicht möglich, damit ist also ein kartelloser Zustand eingetreten. Die „Konvention der Kammgarnspinnereien“ wurde nach Ablauf des Konventionsvertrages am 31. 12. 1934 auf drei Jahre verlängert und ein gemeinsames Infassbüro für die Mitgliederfirmen gegründet. Zwischen den Streichgarn- und Wollgarnspinnereien wurde eine Einschränkung der Beschäftigung auf vier Tage in der Woche verhandelt, angesichts der Vielzahl der in Frage kommenden Verbände bisher ohne Erfolg. Die Wollfärbereien wandten sich an die Regierung mit dem Antrag auf Durchführung einer Zwangsorganisation ihres Gewerbezweiges. Gegen diesen Antrag wandten sich die Verbände der übrigen Textilindustrie, sowie die Lodzer Industrie- und Handelskammer. Den Einigungsbestrebungen in der polnischen Textilindustrie stellen sich noch ernste Hindernisse verschiedener Art entgegen, und mit einer wirklichen Ordnung der verworrenen Marktverhältnisse hat es noch gute Wege.

Die Industrie der Steine und Erden verzeichnete gleichfalls einen lebhaften Produktionsanstieg. Die Erzeugung von Portlandzement erhöhte sich von 411 000 To. im

Vorjahr auf 716 000 To. im Jahre 1934, also um 74,2%. Diese außerordentliche Steigerung ist eine Folge der im Herbst 1933 erfolgten Auflösung des Zementkartells und dürfte in nicht allzu ferner Zeit zu einem Rückschlag führen, da eine Bedarfssteigerung entsprechenden Umfanges nicht vorliegt und auch nicht zu erwarten ist. Eine Aufrechterhaltung des hohen Absatzes wäre nur dann mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, wenn Polen durch eine ausländische Investitionsanleihe die Möglichkeit zu größeren Neuanlagen, Straßenbauten usw. erhalten würde. An Schamotte-material (Ziegel, Platten und Formstücke) betrug die Produktion 57 000 (52 000) To., an Dinasmaterial 14 400 (14 700) To. An Steingutgrößen und -platten wurden 8950 (5300) To. hergestellt.

Die Gesamtzahl der in Polen bestehenden Gewerbebetriebe aller Art (Industrie und Handel) betrug am Anfang des Jahres 1934 aufgrund der gelösten sog. „Gewerbe-patente“ 252 421, Anfang 1935 aber 279 257, war also um 10,6% größer als am Anfang des Vorjahres. Auf Industrieunternehmen entfielen 79 111 (69 459), auf Handelsgeschäfte 186 776 (171 046) Patente. Die Zahl der Industrieunternehmen stieg also um 14%, die der Handelsunternehmen um 9,2%. Der Zahl der Unternehmungen nach standen Anfang 1935 an der Spitze die Woiwodschaft Warschau, einschließlich der Hauptstadt, mit zusammen 41 800 Unternehmungen; es folgten Posen mit 30 400 und Lodz mit 22 900 Unternehmen. Erst an 11. Stelle folgt die Woiwodschaft Schlesien mit 14 100 Unternehmen. Allerdings ist die Durchschnittsgröße eines Unternehmens in Ostoberschlesien erheblich größer als in den übrigen Wirtschaftsgebieten.

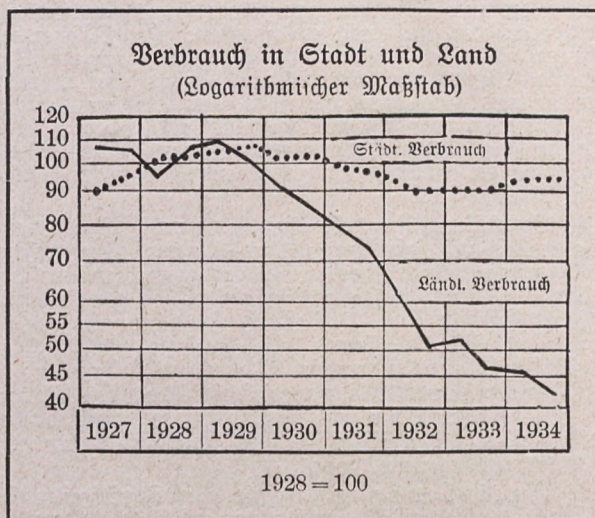
Der Binnenhandel zeigte im Jahre 1934 keine besonders starken Schwankungen. Die Frühjahrsbelebung war in den Monaten April und Mai zwar zu beobachten, aber nur von geringem Umfang; sie betraf hauptsächlich Textil- und Metallwaren, ferner Bauartikel. Im Sommer hielten sich die Umsätze auf niedrigem Stande. Erst von Ende August ab setzte mit der üblichen Herbstbelebung ein etwas besserer Geschäftsgang ein, namentlich in der Schuhbranche und im Buchhandel. Vom 18. 8. bis 9. 9. fand die Wilnaer Pelzmesse statt, die sich in letzter Zeit dadurch stärkere Beachtung zu erwerben suchte, daß gewisse Handelskreise in Polen Leipzig aus dem internationalen Pelzgeschäft zu verdrängen und mit Hilfe Sowjetrußlands den Pelzhandel über Wilna zu leiten streben. Der Getreidehandel war in den Herbstmonaten lebhaft und wußte die Notlage der Landwirte, die nach der Ernte infolge drückender Steuerlasten und Schulden um jeden Preis ihr Getreide verkaufen mußten, spekulativ auszunutzen. Im Oktober und November hielt die Belebung, die sich namentlich auf Kleidung und Schuhwaren wie auch auf Brennstoffe erstreckte, weiter an und ging dann gleich in das Weihnachtsgeschäft über. Dieses wird als besser bezeichnet als das vorjährige. Namentlich in Kolonialwaren und anderen Lebensmitteln wie auch in Bekleidungs- und Geschenkgegenständen fanden stärkere Umsätze statt.

Die Entwicklung des polnischen Außenhandels war im Jahre 1934 noch günstiger als im Vorjahr. Der Gesamtumsatz verringerte sich zwar noch etwas gegenüber dem Vorjahr, doch kam dies durch eine Einfuhrrentung von 827 Mill. Złoty im Vorjahr auf 798,7 Mill. Złoty im Jahre 1934 zustande. Gleichzeitig konnte die Ausfuhr von 959,6 auf 975,6 Mill. Złoty erhöht werden. Dadurch verbesserte sich der Ueberschuß der Handelsbilanz zugunsten Polens von 132,6 auf 176,9 Mill. Złoty. Ueber die Entwicklung des Außenhandels mit Deutschland, der gleichfalls für Polen aktiv war, vgl. S. 130 des vorliegenden Heftes.

Die Preisbewegung zeigte ein Zurückgehen der Großhandelspreise von 57,8 im Januar auf 53,5 im Dezember (gegen 58,4 im Dezember 1933). Dabei bewegte sich der Index der Industrieartikel von 61,9 auf 57,4 (61,1), die Messziffer der unmittelbar vom Landwirt verkauften Waren von 38,4 auf 34,8 (39,6). Die Großhandelspreise für Getreide sanken in der ersten Jahreshälfte von einem Januarindex von 33,9 auf 31,7 im Mai, stiegen im August auf 38,3, um im November schlagartig auf 33,3 zu fallen und das Jahr mit 34,3 zu schließen (gegen 44,0 im Dezember 1933). Ebenso war die Gesamtentwicklung des Preisindex für Schlachtvieh abwärts gerichtet. Diese Ziffer sank von 40,8 im Januar auf 32,5 im Dezember (Vorjahr 42,5). Die ungünstige Entwicklung der beiden Hauptproduktionsgruppen der Landwirtschaft: Getreide und Schlachtvieh hatte für die polnische

Landwirtschaft die Folge einer weiteren Verschärfung der Krise. Der polnische Landwirtschaftsminister stellte kürzlich in einer Sejmrede fest, daß die gesamten Bargeleinnahmen der polnischen Landwirtschaft einschließlich Forstwirtschaft in den Jahren 1928/29 4170 Mill. Zł., 1934 aber nur noch 1540 Mill. Zł. ausmachten, d. i. ein Rückgang um 63%. Infolge dieses Rückganges der Bargeleinnahme, der übrigens die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe in verschiedenem Umfange betrifft, werden die Schulden- und Steuerlasten für den größeren Teil der polnischen Landwirtschaft untragbar. Das Getreide muß sogleich nach der Ernte um jeden Preis losgeschlagen werden, und dadurch wird eine bessere Preisbildung auf dem Binnenmarkt fast unmöglich. Die Getreidezufuhr der Regierung wirkt sich zwar fördernd auf den Export aus, an dem vorwiegend größere Wirtschaften beteiligt sind. Auch die Viehzüchter haben Vorteil von Exportprämien für verschiedene Fleischwaren. Aber der landwirtschaftliche Export ist seit der Zeit der Hochkonjunktur (1928/29) bis 1934 von 1484 Mill. Zł. auf 491 Mill. Zł. zurückgegangen, wobei nicht nur der mengenmäßige Rückgang, sondern auch der Preisverfall auf dem Weltmarkt als Ursache anzuführen ist. So ist es erklärlich, daß bald nach der Herbeiführung der politischen Verständigung zwischen Deutschland und Polen von Seiten der polnischen Landwirtschaft Bemühungen einsetzten, um ein Ventil für die Ausfuhr von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland zu schaffen. Freilich fehlte bisher die Mitwirkung des zum Teil vom Boykottgedanken gegenüber Deutschland beherrschten Großhandels in Polen, der sich zu entsprechenden Gegenbestellungen in Deutschland nicht in ausreichendem Maße bereitfinden läßt.

Die Folge der allgemeinen Notlage der polnischen Landwirtschaft ist ein immer geringer werdender Verbrauch von Industrieerzeugnissen durch den Landwirt. Es ist daher anzunehmen, daß die oben geschilderte Produktionszunahme der polnischen Industrie offenbar zum Teil einer vermehrten Ausfuhrmöglichkeit, zum Teil auch einem wachsenden städtischen Verbrauch im Inlande verdankt wird. Die abweichende Entwicklung und das starke Auseinanderklaffen des städtischen und des ländlichen Verbrauches zeigt folgende graphische Darstellung, die dem Vierteljahresbericht des polnischen Konjunkturforschungsinstitutes entnommen ist. (Unter „ländlicher Verbrauch“ ist lediglich der Verbrauch an Industrieerzeugnissen zu verstehen):



Die Getreideernte des Jahres 1934 brachte ein schlechteres Ergebnis als die vorjährige. Der Minderertrag stellt sich mengenmäßig als auf 20,5% bei Weizen, 20% bei Roggen, 10% bei Gerste und 15,2% bei Hafer. Allerdings ist die Kartoffelernte um 12% größer als die von 1933, dafür aber ist die Qualität der Knollen viel schlechter, so daß die verdorbene Ware etwa dem Umfang der Mehrernte entsprechen dürfte. Die Futterernte ist 1934 bedeutend kleiner als im Vorjahre.

Der Güterverkehr auf der Eisenbahn konnte in Polen, wie sich schon aufgrund der Steigerung der Industrieerzeugung und der Warenausfuhr vermuten läßt, im

Jahre 1934 gegenüber dem Vorjahre zunehmen. Der arbeitstägliche Durchschnittsverkehr auf den polnischen Eisenbahnen betrug im Jahre 1934 11 716 Wagen*) zu 15 To. gegen 10 620 Wagen im Jahre 1933 und 10 465 Wagen im Jahre 1932. Der Verkehr in den Häfen Danzig und Gdingen hat gleichfalls zugenommen. In Danzig, das dem polnischen Zollgebiet angehört, stieg die Wareneinfuhr 1934 auf 655 981 To. gegen 493 167 To. im Vorjahr und die Warenausfuhr auf 5 713 181 (4 699 808) To. Der Gesamtumschlag steigerte sich mengenmäßig um 23%. Ueber Gdingen wurden 1934 991 545 (870 704) To. eingeführt und 6 200 368 (5 235 163) To. ausgeführt. Die Zunahme des Gesamtumschlages bezifferte sich also auf 17,7%. Der Vorsprung, den Danzig vor Gdingen gewonnen hat, ist nur scheinbar, denn die Zunahme des Umschlages in Danzig ist fast ausschließlich auf den gesteigerten Transport von Massengütern, wie Kohle, Erze, Phosphate, Schrott, Getreide, Holz zurückzuführen, während der Anteil der wertvollen Stückgüter am Verkehr in Danzig, namentlich bei der Einfuhr, zurückgegangen ist.

*) Diese verbesserte Zahl, die den Tatsachen entsprechen dürfte, wurde in den „Statistischen Nachrichten“ (Wiadomości Statystyczne) des Statistischen Hauptamtes in Warschau, Heft 4, S. 63, veröffentlicht. In Heft 3, S. 39, waren falsche Zahlen vom Statistischen Hauptamt abgedruckt worden. Danach ist die Angabe im ersten Teil dieses Artikels „Oberschlesische Wirtschaft“, Heft 2, S. 72, zu berichtigen.

Bemerkung.

Die bisher monatlich erscheinenden Wirtschaftsberichte über die Bieliger Textilindustrie und über die Wirtschaftslage im Ostrau-Karwiner Revier werden künftig nur noch vierteljährlich erscheinen, um eine stärker zusammenfassende Darstellung zu ermöglichen.

Die Schriftleitung
der „Oberschlesischen Wirtschaft“.

Der polnische Steinkohlenbergbau im Januar 1935.

Der Januar 1935 hatte 26 Fördertage gegen 21 im Dezember. Daraus ergab sich eine unbedeutende Erhöhung der Gesamtförderung um 1,41 Prozent bei den Gruben der Woiwodschaft Schlesien, um 3,59 Prozent in Gesamtpolen, obwohl die arbeitstägliche Durchschnittsförderung in der Woiwodschaft Schlesien um 17,91 Prozent, in Gesamtpolen um 16,33 Prozent niedriger war als im Vormonat. Aus dem gleichen Grunde wies der Inlandsabsatz höhere Gesamtzahlen auf, als im Dezember, dafür ging jedoch die Ausfuhr so stark zurück, daß der Gesamtabsatz sogar niedriger war als im Vormonat. In Ostoberschlesien trat nur ein ganz geringfügiger Rückgang der Bestände ein, in den übrigen Revieren nahmen die Bestände um 27 000 To. zu. Die Hauptzahlen für Förderung und Absatz waren folgende:

	Januar 1935	Dezemb. 1934
Gesamtpolen	t	t
Gesamtförderung	2 722 153	2 627 634
Arbeitstäglich	104 698	125 125
Eigenverbrauch	279 984	251 955
Inlandsabsatz	1 558 276	1 427 808
Ausfuhr	798 919	990 764
Bestände am Monatsende . .	1 685 193	1 658 220

	Januar 1935	Dezemb. 1934
Woiwodschaft Schlesien	t	t
Gesamtförderung	1 992 009	1 964 155
Arbeitstäglich	76 616	93 331
Eigenverbrauch	177 328	164 604
Inlandsabsatz	1 080 364	1 014 646
Ausfuhr	677 003	846 662
Bestände am Monatsende . .	1 135 868	1 136 092

Der Inlandsabsatz hat sich gegen den Vormonat um 9,13 Prozent erhöht. Es bezogen: Die Industrie 740 132 To. (Zunahme 62 350 To. oder 9,19 Prozent), die Eisenbahnen 265 897 To. (Abnahme 39 708 To. oder 13,00 Prozent), die sonstigen Verbraucher 552 247 To. (Zunahme 107 826 To. oder 24,26 Prozent). Eine wirkliche Zunahme des Absatzes war also nur in der letztgenannten Verbrauchergruppe festzustellen. Sie war eine Folge der erhöhten Bezüge für Hausbrand in dem kalten Monat Januar.

Die Ausfuhr zeigte im Januar ein außerordentlich ungünstiges Bild. Mit einer Gesamtmenge von 798 919 To. blieb sie gegen den Vormonat um 192 000 To. zurück und war auch wesentlich niedriger als im Januar 1934. (939 000 To.). Auch in den beiden Vorjahren hatte der Monat Januar nicht ein derart niedriges Ausfuhrergebnis gebracht. Von dem Rückgang der Ausfuhr wurden fast alle Marktgruppen betroffen, also nicht allein die Märkte, auf die das Abkommen mit England angewendet werden soll, sondern auch die mitteleuropäischen Märkte und andere Absatzgebiete, nach denen die Ausfuhr nicht über See geht. Eine Zunahme war nur bei dem Absatz nach Danzig, den Verschiffungen nach außereuropäischen Ländern und dem Bunkerkohlenabsatz festzustellen. Besonders stark war der Rückgang der Ausfuhr nach den skandinavischen Ländern und nach Westeuropa. Im einzelnen war der stärkste Verlust auf dem irischen Markt zu verzeichnen, da zwischen Irland und Großbritannien neuerdings ein Kompensationsabkommen geschlossen worden ist, wonach Irland für Kohle Vieh nach Großbritannien liefert. So ergaben sich in dem Berichtmonat besonders starke Verschiebungen in der Verteilung der Ausfuhr auf die verschiedenen Marktgruppen. Diese war nach der Statistik des Handelsministeriums folgende (die Zahlen des Vormonats in Klammern): skandinavische Märkte mit Finnland 31,50 Prozent (33,80), Westeuropa 19,88 Prozent (26,64), Südeuropa 19,12 Prozent (17,36), Mitteleuropa 14,00 Prozent (13,02), Bunkerkohle 6,50 Prozent (4,04), außereuropäische Märkte 5,00 Prozent (2,42), Danzig 4,00 (2,62), Baltikum (0,10). Die Absatzzahlen der Kohlenkonvention waren folgende: alte Lizenzmärkte (Österreich, Tschoslowakei und Danzig) 142 971 To. (154 837), skandinavische Märkte (ohne Finnland) 247 803 To. (326 376), baltische Märkte (mit Finnland) 3180 To. (6800), Westeuropa 111 308 To. (151 915), Italien 130 045 To. (158 521), europäische Freiländermärkte 68 370 To. (132 062), außereuropäische Märkte 68 370 To. (24 232), Bunkerkohle 54 202 To. (36 021). Im einzelnen verteilte sich die Ausfuhr auf die verschiedenen Länder, soweit dies aus den vorstehenden Zahlen noch nicht hervorgeht, wie folgt: Österreich 79 (106), Tschoslowakei 33 (23), Schweden 172 (184), Norwegen 49 (88), Dänemark 28 (57), Finnland 3 (6), Frankreich 85 (98), Belgien 16 (51), Holland 6 (3), Irland 46 (100), Schweiz 6 (12), Italien 132 (158), Griechenland 17 (4), Malta 4 (—), Ägypten 16 (4), Ägypten 6 (—), Libyen 3 (1), Argentinien 15 (8), Danzig 32 (26). In Danzig wurden im Januar 276 000 To. (305 000) umgeschlagen, in Gdynia 471 000 To. (539 000). Der Rückgang der überseeischen Transporte (97 000 To.) machte also rund die Hälfte des Gesamt rückganges der Ausfuhr in dem Berichtsmonat aus.

Der in den kommenden Monaten zu erwartende weitere Rückgang der Ausfuhr sowohl wie des Inlandsabzuges haben die Gruben veranlaßt, bereits in erheblichem Umfange an den Demobilisierungskommissar Anträge auf Entlassungen und Beurlaubungen von Arbeitern zu stellen, über die dauernd Verhandlungen stattfinden.

Die polnische Eisenindustrie im Januar 1935.

Die polnische Eisenhüttenindustrie hat das neue Jahr mit einer erheblichen Steigerung der Produktion begonnen. Diese war teils eine Folge der im vorigen Monat erteilten Schienenaufträge der polnischen Staatsbahnen, teils der wieder aufgenommenen Lieferungen nach Rußland, die während der zweiten Hälfte des Jahres 1934 so gut wie ganz eingestellt worden waren. Die Haupterzeugungszahlen waren folgende:

	Januar 1935	Dezember 1934
	To.	To.
Roh Eisen	35 200	29 301
Rohstahl	89 204	63 627
Fertigerzeugn. d. Walzwerk	58 494	47 315
Röhren	3 647	2 885

Die Gesamtbelegschaft der Hüttenwerke hat sich im Januar um 252 Köpfe auf 31 295 erhöht; sie war um 3171 höher als Ende Januar 1934.

Die Inlandsbestellungen, die das polnische Eisenhütten-syndikat an die Werke verteilte, waren im Januar mit 11 150 To. wesentlich geringer als im Dezember (35 700 To.), aber nur deshalb, weil im Dezember, die bereits erwähnten, für einen größeren Zeitraum berechneten Schienenaufträge vergeben worden waren, sodaß die Regierungsbestellungen mit 28 700 To. den Löwenanteil ausgemacht hatten; im Januar gingen von der Regierung nur Aufträge auf 2090 To. ein. Dagegen haben die Bestellungen der Privatindustrie sich gegen den Vormonat erhöht. Der Großhandel, der im Dezember nur 3580 To. bestellt hatte, vergab nach beendeter Jahresinventur Aufträge auf 4900 To., um seine Lager zu vervollständigen. Die Bestellungen der weiter verarbeitenden Industrie stiegen von 3220 auf 3960 To. u. a. zeigte sich eine Zunahme des Bedarfs bei Lokomotiv- und Waggonfabriken, Fabriken von Bearbeitungs- und landwirtschaftlichen Maschinen, Schrauben- und Nietenfabriken. So lassen sich bereits die ersten Anzeichen der Frühjahrsebelebung erkennen. Die Hauptmenge der Bestellungen entfiel auf Stabeisen.

In der Ausfuhr stieg der Absatz von Walzwerkserzeugnissen um 7605 auf 23 676 To., die Röhrenaufnahme um 634 To. auf 1669 To., dagegen war die Ausfuhr von Erzeugnissen der Weiterverarbeitung mit 80 To. ganz unbedeutend.

Von Vorgängen in der polnischen Industrie war in der letzten Zeit erwähnenswert die Aufnahme von Verhandlungen über eine Vereinigung der Draht- und Nagelfabriken, deren früheres Syndikat vor vier Jahren aufgelöst worden ist. An den Verhandlungen ist auch das Handelsministerium beteiligt. Ein in der ersten Februardekade unternommener Besuch des russischen Botschafters in Ostoberschlesien ist als Privatbesuch bezeichnet worden, da das Interesse des russischen Vertreters aber dabei in erster Linie den Eisenhüttenwerken galt, von denen er mehrere besichtigte, kann man wohl annehmen, daß der Besuch nicht ganz ohne Beziehung zu den schwebenden Verhandlungen über weitere Bestellungen Rußlands bei der ostoberschlesischen Industrie gestanden hat. Die Bemühungen, die ausländischen Handelsbeziehungen zu erweitern, werden sowohl von den Eisenhütten wie von der weiterverarbeitenden Industrie lebhaft verfolgt. So hörte man kürzlich von ausichtsreichen Verhandlungen über die Lieferung von Eisenbahnwagen nach Südlawien (im Kompensationsgeschäft gegen Tabak), von eisernen Röhren für Wasserleitungen und Straßenbahnwagen nach Bulgarien. Die Auslandsengeschäfte bringen aber auch manche Sorgen mit sich. So bereitet beispielsweise die Bezahlung der Schienenslieferungen für Brasilien, die im vorigen Jahre die stattliche Menge von über 30 000 To. im Werte von 6,3 Millionen Zloty ausgemacht hatte, Schwierigkeiten. Die Guthaben für diese Lieferungen sind zum Teil „eingefroren“. Vertreter der Hütten haben sich deshalb kürzlich nach Brasilien begeben, um die Gelder flüssig zu machen und zugleich die Möglichkeiten für weitere Lieferungen auch nach anderen südamerikanischen Ländern zu studieren.

Die polnische Zinkhüttenindustrie im Jahre 1934.

Für die Zinkhüttenindustrie in Polen ist zunächst ebenso wie für Kohle und Eisen die allgemeine Feststellung zu machen, daß ihre Haupterzeugungszahlen im Jahre 1934 höher waren als im Vorjahre. Und zwar stieg die Erzeugung von Muffelzink und Elektrolytzink zusammen genommen um 12 Prozent, von Zinkblechen um 40 Prozent, von Schwefelsäure um 6 Prozent, während die Bleierzeugung um 14,4 Prozent zurückging. Die Lage der Zinkindustrie ist jedoch im Laufe des Jahres von verschiedenen Umständen und in verschiedener Richtung beeinflusst worden. Die Entwicklung der internationalen Zinkpreise, die schon während des ersten Halbjahres nicht günstig gewesen war, ging im zweiten Halbjahr weiter nach unten, sodaß der Londoner Zinkpreis am Jahresende auf ungefähr 12 Pfund (Papier) stand gegen 14 7/8 am Ende des Jahres 1933. Die Produktionsbeschränkung des internationalen Zinkkartells, die seit 1. August 1933 50 Prozent betragen hatte, wurde wegen des Rückganges der Weltzinkvorräte mit Wirkung vom 1. September 1934 auf 40 Prozent herabgesetzt, sodaß die zulässige Erzeugung 60 Prozent der Kapazität betrug. Trotzdem ging die Zinkerzeugung der polnischen Eisenhütten in den letzten Monaten des Jahres zurück, sodaß sie wenig über den Zahlen

der entsprechenden Monate des Vorjahres lag, zum Schluß sogar noch darunter. Im Laufe des Jahres 1934 waren außerhalb Ostoberschlesiens keine Zinkhütten in Polen im Betriebe (wie auch im Vorjahre); nur die Blenderöthütte Trzebinia hielt ihre Erzeugung von Schwefelsäure weiter auf der durchschnittlichen Höhe von 2000 To. monatlich, die übrige Schwefelsäure stammt aus ostoberschlesischen Röhthütten. Die einzige Bleihütte, die Walthers-Ernest-Hütte von Giesche, wurde ab 1. Juli vorübergehend stillgelegt und nahm erst Ende Oktober die Produktion wieder auf, nachdem die Bleivorräte inzwischen zum Teil geräumt worden waren.

Ueber die Erzversorgung der ostoberschlesischen Zink- und Bleihütten liegen noch keine endgültigen Zahlen vor. Sie hat sich, im ganzen genommen, in ähnlicher Weise vollzogen wie im Vorjahre. In Polen förderten wie bisher nur in Ostoberschlesien drei Erzgruben der Giesche-AG., Schlesag und Hohenloherwerke. Die Gesamtförderung war höher als im Vorjahre. Sie hat nach vorläufiger Schätzung unaufbereitet an 400 000 To. betragen (im Vorjahre 350 000), woraus sich aufbereitet eine Ausbeute an Zinkerzen von rund 170 000 To. (125 000), an Bleierzen von 10 000 To. (8000) ergab. Die Einfuhr von Zinkerzen hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres, in welchem sie 113 000 To. betragen hatte. Bleierze wurden nur in unbedeutenden Mengen eingeführt (im Vorjahre 4000 To.). In der Versorgung mit ausländischen Erzen ist gegen Ende des Jahres insofern eine Veränderung eingetreten, als die Erze der Deutsch-Bleischarley-Grube in Beuthen, die vorher fast ausschließlich zur Verhüttung an die ostoberschlesischen Hütten gingen, jetzt für die neue Giesche-Zink-Hütte in Magdeburg gebraucht werden. Die ostoberschlesischen Hütten sind dadurch genötigt, sich auf den Bezug anderer Auslandserze umzustellen. Daneben denkt man an die Möglichkeit, Zinkerzgruben in Polen, die seit Jahren stillliegen, wieder in Betrieb zu nehmen. Entscheidend ist jedoch die Frage, ob es wirtschaftlich vertretbar erscheint, die Zinkerzeugung bei den gegenwärtigen extrem niedrigen Weltmarktpreisen durch Zufuhr mit teuren Frachten belasteter Auslandserze aufrechtzuerhalten, oder lieber eine Einschränkung der Erzeugung in Kauf zu nehmen.

Die Zahlen der Hüttenherzeugung für 1934 sind im folgenden mit denen des Vorjahres nebeneinandergestellt, wobei zu bemerken ist, daß sich zwischen den Gesamtergebnissen und den einzelnen Monatszahlen kleine Abweichungen auf Grund der verschiedenen Ermittlung ergeben. Silber wurde im Jahre 1934 nur in einer Menge von 656 Kilo gewonnen gegen 1287 Kilo im Vorjahre.

	Rohzink	Zinkbleche	Schwefelsäure	Blei
	t	t	t	t
Januar—Juni . .	46 791	4 099	85 378	7 217
Juli	7 900	1 182	14 161	—
August	8 135	1 146	13 870	—
September	7 570	1 259	11 475	—
Oktober	7 854	1 288	14 203	202
November	7 313	1 157	14 277	1 406
Dezember	7 180	826	13 517	1 525
Gesamt 1934 . . .	92 887	10 956	169 819	10 350
1933				
Januar—Juni . .	38 424	3 928	80 806	5 031
Juli	6 985	982	13 431	1 110
August	7 690	604	11 834	1 333
September	7 271	636	12 135	1 335
Oktober	7 520	685	13 425	1 130
November	7 291	503	13 991	1 156
Dezember	7 720	485	14 331	989
Gesamt 1933 . . .	82 901	7 822	159 953	12 085
Gesamt 1932 . . .	84 953	8 020	140 481	11 902
Gesamt 1931 . . .	124 014	15 568	174 208	31 380

Die Gesamtzahlen des Jahres 1934 haben, abgesehen von der Blei- und Silbergewinnung, durchweg nicht nur die Zahlen des Jahres 1933, sondern auch die von 1932 übertraffen. Die Verschlechterung, die während der zweiten Hälfte des Jahres eintrat, war teils eine Folge der allgemein gedrückten Lage des Weltzinkmarktes, teils der besonderen Verhältnisse der polnischen Zinkindustrie, die wegen der geringen Aufnahmefähigkeit des eigenen Landes genötigt ist, rund 80 Prozent ihrer Erzeugung auszuführen, und zwar vorwiegend nach Deutschland. Die Absatzmöglichkeiten nach Deutschland haben aber im Jahre 1934 zunehmende Einschränkungen erfahren. Einmal war es die Devisenlage des Reiches, die das Zinkgeschäft behinderte, weiter kam dazu, daß durch die bereits erwähnte Giesche-Zinkhütte in Magdeburg, die im Herbst ihre Erzeugung aufnahm, Deutschland in der Lage ist, einen großen Teil seiner bisherigen Einfuhr aus eigener Erzeugung zu decken. Der im letzten Jahre gestiegene Zinkverbrauch in Polen reicht nicht aus, um die Einbuße bei der Ausfuhr nach Deutschland auszugleichen. Die ostoberschlesischen Zinkhütten haben infolgedessen die größten Anstrengungen gemacht, um ihren Zinkabsatz nach anderen Ländern zu erhöhen, stoßen dabei aber auf die scharfe Konkurrenz von Belgien, Kanada und anderen Zinkerzeugern. So ist vom dritten Vierteljahr an die Ausfuhr bedeutend unter die Zahlen des Vorjahres gesunken. Die Folge dieser Abnahme, an der sich in absehbarer Zeit kaum etwas ändern kann, waren bereits beginnende Betriebseinschränkungen und Beschäftigungsverringerungen bei verschiedenen ostoberschlesischen Zinkhütten.

Die für den Januar 1935 vorliegenden Haupterzeugungszahlen bestätigen die für den Schluß des Jahres 1934 gemachten Feststellungen. Zum Vergleich seien die Zahlen des Januar 1934 hinzugefügt. Es betrug die Erzeugung von Rohzink 6 634 To. (7778), Zinkblechen 849 To. (397), Schwefelsäure 13 979 To. (14 436), Blei 1690 To. (1074). Im Gegensatz zu der vom Auslandsabsatz abhängigen Rohzinkerzeugung (einschl. Elektrolytzink) bewegt sich die Zinkblecherzeugung, angeregt durch den steigenden Bedarf des Inlandes, auf ansteigender Linie. Gemessen an der Vorfriegerzeugung, die viermal so hoch war, bleibt die Erzeugung der ostoberschlesischen Zinkblechwalzwerke aber noch sehr behindert. Vergleichsweise sei bemerkt, daß heute in Ostoberschlesien allein mehr Zinkbleche hergestellt werden, als ganz Polen verbraucht.

Mitteilungen

Arbeitstagung der Einzelhandelsvertretung bei der Industrie- und Handelskammer.

Am 18. Februar 1935 trat die Einzelhandelsvertretung bei der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien zu einer Arbeitstagung im Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer zusammen. Den Vorsitz führte Hg. Kaufmann Wilhelm Klose, Gleiwitz. Anwesend waren als Vertreter der Regierung Herr Regierungs- und Gewerbeamt Spanagel, als Vertreter des Herrn Landeshauptmanns Landesrat Hg. Mermer, ferner Vertreter des Reichsnährstandes und der NS. Hago.

Der Vorsitzende hielt zunächst eine programmatische Begrüßungsansprache, worin er darauf hinwies, daß der Einzelhandel, wie jeder Beruf, Recht und Bedeutung im nationalsozialistischen Staate von der Notwendigkeit des Dienstes an der Gesamtheit ableitet. Der Redner ermahnte die versammelten Kaufleute, sich von der alten liberalistischen Denkweise loszureißen und sich als Treuhänder von Partei und Staat und insbesondere als Beauftragte des Volkes, d. h. des deutschen Einzelhandels, zu betrachten. Der Große muß erkennen, daß er für das Geschick des Kleinen mit verantwortlich ist. Eine besondere Aufgabe hat der Einzelhandel in der Verbrauchlenkung zu erfüllen. Der Einzelhändler hat die Möglichkeit, im Gespräch mit seinen Kunden immer und immer wieder auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinzuweisen, damit der Verbraucher bejahend mit unserer neuen deutschen Wirtschaftspolitik mitgeht. „Wir im Einzelhandel“ — so führte Hg. Klose aus — „lassen uns nun nicht mehr von allen möglichen Interessengruppen verumunden und verschoben, sondern wir sind gewillt, aktive Wirtschaftspolitik zu treiben.“ Die Tätigkeit der E. H. V., die mit der Tätigkeit des Landesverbandes des

obererschlesischen Einzelhandels fast untrennbar verbunden ist, hat sich im Sinne dieser grundsätzlichen Ausführungen bewegt. Der Vorsitzende dankt allen Mitarbeitern und insbesondere den Herren von der Kammer für die treue und tatkräftige Unterstützung. Leider konnte der obererschlesische Handel an der Aufwärtsbewegung im Reiche nur geringen Anteil nehmen. Die Struktur Oberschlesiens ist eben so eigenartig, daß eine vollkommene Umstellung auf verschiedenen Gebieten erforderlich ist. Unser Oberschlesien mit seinen Grenzen in einer Ausdehnung von 700 Kilometer bedarf der besonderen Fürsorge aller behördlichen und wirtschaftlichen Stellen. Der Redner wies an verschiedenen Beispielen nach, welche Unkenntnis Oberschlesiens und der obererschlesischen Verhältnisse vielfach noch im Reiche, ja selbst im nahegelegenen Breslau herrscht. Auf diese Einstellung außenstehender sog. Wirtschaftler ist es zurückzuführen, daß behördliche Stellen oft falsch informiert werden. Wir sind gezwungen, bei diesen Verhältnissen zu fordern, daß die obererschlesischen Handels- und Wirtschaftsvertreter in Fragen Oberschlesiens zum mindesten gehört werden. Der obererschlesische Handel muß auf eigenen Füßen stehen, er muß eine gewisse Selbständigkeit besitzen, wie in anderen Teilen des Reiches, damit er seine Aufgaben Volk und Staat gegenüber erfüllen kann. Durch die unglückselige Zerreißung Oberschlesiens hat außer der Industrie der Handel mit am meisten gelitten. Die ungewöhnliche Ueberziehung in allen Zweigen des Handels ist auch auf die Zerreißung Oberschlesiens und die dadurch bedingte Lahmlegung der Industrie usw. zurückzuführen. Dazu kommt die äußerst starke Rückwanderung von Handelstreibenden aus Ostoberschlesien. Von den Sorgen und Nöten tausender obererschlesischer Einzelhändler und Gewerbetreibender haben die meisten Volksgenossen keine Ahnung. „Wir müssen endlich einmal aus der dauernden Abwehrstellung im Einzelhandel herauskommen, damit wir unsere Kräfte freibekommen und dieselben den produktiveren Aufgaben des Aufbaues zuwenden können.“

Betreffend den Gesamtverband des Deutschen Einzelhandels teilt der Redner noch mit, daß ihm bei den Organisationsverhandlungen in Berlin zugesagt wurde, daß wir in Oberschlesien infolge der besonders schwierigen Verhältnisse eine besondere Gebietsstelle innerhalb des Treuhänderbezirktes Schlesien erhalten, damit eine intensivere Vereinnung unseres Gebietes gewährleistet ist und damit wir unsere Belange selbst vertreten können. Die Geschäftsräume sind in Gleiwitz bereits gemietet. In diesen Räumen, an der wilden Klodnitz 9, befindet sich bereits seit dem 1. Dezember die Geschäftsstelle des „Rekofoi“, Bezirksstelle Oberschlesien. Mit einem Heil auf den Führer und Reichskanzler schloß die eindringliche Rede des Vorsitzenden Pg. Klose.

Anschließend berichtete Dr. Schaffranek über das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels und die noch zu berücksichtigenden Verbesserungsvorschläge. Hieran anschließend brachten die Vertreter der einzelnen Fachgruppen ihre Wünsche auf diesem und auf anderen Gebieten zum Ausdruck. Es sprachen Vertreter der Lebensmittelgruppe, des Rekofoi, der Eisenwarengruppe, der Textilgruppe, des Gaststättengewerbes, der Handelsvertreter und Geschäftsfreisenden, des Rohlenhandels.

Sodann sprach Direktor Rein über das kaufmännische Bildungsweesen. Die Behebung des großen Facharbeitermangels ist eine Lebensfrage der deutschen Wirtschaft geworden. Wenn Oberschlesien heute über ein gut ausgebautes kaufmännisches Fortbildungsweesen verfügt, so gebührt der Dank dafür der gemeinsamen Arbeit von Kammer, Wirtschaft und Berufsschule. Zu begrüßen ist auch die Arbeit der Hitler-Jugend und der Arbeitsfront, die unter dem Stichwort „Zufällige Berufsschulung“ den jungen Menschen alles das geben, was ihnen die praktische Lehre und die Berufsschule nicht zu geben vermögen.

Ueber das Einigungsamt der Industrie- und Handelskammer berichtete sodann Regierungsrat a. D. Dr. Junge, dem der Vorsitz dieses Amtes obliegt. Er behandelte zunächst die Zuständigkeit des Einigungsamtes, das bei allen Verstößen gegen das Wettbewerbsgesetz, gegen das Gesetz über das Zugabewesen und das Rabattgesetz angerufen werden könne. Der Zweck des Einigungsamtes sei, Wettbewerbstreitigkeiten unter Vermeidung des Rechtsweges zu bereinigen und nach Möglichkeit einen gütlichen Ausgleich zu

erreichen. Eine Entscheidungsbefugnis wie das ordentliche Gericht besitze das Einigungsamt noch nicht. Bisher sei es in 90 Prozent der Fälle gelungen, Vergleiche abzuschließen. Bisher sei die Festsetzung von Strafen für Richterscheinen nicht notwendig gewesen. Sehr bewährt hätten sich die bei den örtlichen kaufmännischen Vereinen eingerichteten freiwilligen Schiedsstellen. Infolge des Bestehens des Einigungsamtes und der Mitarbeit der Vertrauensleute seien erheblich weniger Verstöße als früher zu verzeichnen. Schließlich schilderte Dr. Junge noch das technische Verfahren bei der Einreichung der Klagen.



Vereinheitlichte Führung im Einzelhandel.

Künftige Wettbewerbs- und Berufserziehungsarbeit in der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel.

Die Zusammenfassung des ganzen Einzelhandels ist jetzt durch eine entscheidende Maßnahme des Leiters der Wirtschaftsgruppe weiter gefördert worden. Dr. Hayler übernahm im Einvernehmen mit dem Leiter der Reichsgruppe Handel auf Grund der Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 18. September 1934 die Befugnisse der sachungsgemäßen Organe der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V., des Reichsverbandes der Mittel- und Großbetriebe des Deutschen Einzelhandels e. V. und sämtlicher in Frage kommenden Reichsfachverbände im Bereich der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel. Eine entsprechende Umgliederung der regionalen Gliederungen ist in Aussicht genommen. Die Organe (Präsidium und Führerbeirat) des zur Vereinheitlichung des Organisationswesens im Einzelhandel am 6. August 1934 gegründeten Gesamtverbandes des Deutschen Einzelhandels werden durch die Organe der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ersetzt.

Der vorläufige engere Beirat der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel zur Unterstützung des Leiters setzt sich aus den Parteigenossen Herbert Tengelmann, Fritz Jacobsen und Dr. Fritz Neuenhofs zusammen.

Die nunmehr gesicherte straffe Führung des ganzen Einzelhandels macht auch den Weg frei zu einer sachlichen Arbeit, die alle Teile der Wirtschaftsgruppe zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfügt. Dazu ist eine disziplinierte Mitarbeit aller Gliederungen des Einzel-

handels notwendig. Besondere Disziplin erwartet der Leiter der Wirtschaftsgruppe auf dem Gebiet des Wettbewerbs im Einzelhandel. Hier ist es mit der klärenden und ordnenden Tätigkeit der Wirtschaftsgruppe nicht zu vereinbaren, daß naturbedingte Meinungsverschiedenheiten fachlicher Art oder zwischen den Betriebsformen des Einzelhandels zu vorzeitigen gerichtlichen Auseinandersetzungen, zu öffentlichen Erörterungen, ja sogar zu Presseschandeln führen. Solche Formen der Austragung von Wettbewerbsstreitigkeiten müssen durch bessere ersetzt werden. Künftig sollen daher Beanstandungen auf dem Gebiet des Wettbewerbs in begründeter Form der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel durch ihre zuständigen bezirklichen oder fachlichen Gliederungen zugeleitet werden. Die Wirtschaftsgruppe und deren Beauftragte werden sie klären und gegebenenfalls eine Entscheidung im Benehmen mit den zuständigen Stellen herbeiführen.

Eine weitere wichtige Grundlage einheitlicher Sacharbeit der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel bildet das Ende Dezember 1934 abgeschlossene und nunmehr veröffentlichte Abkommen mit dem Berufsgruppenamt der Deutschen Arbeitsfront über die künftige Arbeit auf dem Gebiet der Fach- und Berufserziehung im Einzelhandel. Dieses Abkommen ermöglicht eine einheitliche und planvolle Arbeit zur Steigerung der beruflichen Leistungsfähigkeit des ganzen Einzelhandels.

Mithilfe der Wirtschaft bei der Rückgliederung des Saarlandes.

Ein Appell des Leiters der Reichswirtschaftskammer Ewald Hecker an die gewerbliche Wirtschaft.

Der Leiter der Reichswirtschaftskammer, Regierungsrat a. D. Ewald Hecker, wendet sich an die gewerbliche Wirtschaft mit folgendem Aufruf:

Die fünfzehnjährige Trennung des Saarlandes vom übrigen Deutschland hat auch auf wirtschaftlichem Gebiete die naturgegebene Verbindung zwischen beiden nicht zerreißen können. Durch eine wirtschaftlich widersinnige, gewalttätige Verlagerung der Zollgrenze haben sich jedoch gewisse Strukturverschiebungen in der Saarlwirtschaft ergeben, die nach der Rückgliederung nicht mit einem Schlage beseitigt werden können, ohne daß sich hieraus ernsthafte Gleichgewichtsstörungen ergeben würden. Eine allmähliche und reibungslose Anpassung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Saarland an die im übrigen Reich ist daher nur bei pfeleglicher und vorfichtigster Behandlung der Saarlwirtschaft möglich. Die Reichsregierung wird durch Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten, z. B. durch eine Errichtungssperre für neue gewerbliche Betriebe und die Einführung eines besonderen Ausweises für Geschäftsvertreter, die im Saarland zu arbeiten beabsichtigen, dafür Sorge tragen, daß diesem Erfordernis entsprochen wird, um eine Schädigung der Saarlbevölkerung zu vermeiden. Die gewerbliche Wirtschaft hat die Pflicht, die Reichsregierung in ihren Bemühungen durch verantwortungsbewußtes Handeln im Verkehr mit dem Saarland wirksam zu unterstützen. Ich wende mich daher an die gesamte Wirtschaft mit der Aufforderung, insbesondere durch Beachtung der nachstehenden Gesichtspunkte dazu mitzuhelfen, daß Uebergangsschwierigkeiten bei der Rückgliederung vermieden werden:

1. Die saarländische Industrie verliert durch die Verlegung der Zollgrenze einen großen Teil ihres bisherigen Absatzgebietes. Hierfür muß auf dem innerdeutschen Markt Ersatz geschaffen werden, damit die arbeitenden Volksgenossen nicht beschäftigungslos werden. Bei der Größe des deutschen Marktes bleibt für den Absatz der saarländischen Erzeugung Raum, ohne daß hierdurch irgend jemand in dem übrigen Deutschland aus seinem Absatzgebiet verdrängt zu werden braucht. Die Saarlindustrie kann vielerlei liefern. Ich bitte daher gerade den Einzelhandel, Aufträge auf saarländische Fertigerzeugnisse bereits jetzt zu vergeben und späterhin ihren Absatz durch erhöhte Werbung zu fördern. Ich bitte aber auch die Industrie und den Großhandel, auf jeden Fall Aufträge

in das Saarland zu legen. Jede Bestellung hilft mit, die Uebergangszeit zu erleichtern. Die Handelskammer Saarbrücken ist gern bereit, nähere Auskünfte über Bezugsquellen im Saargebiet zu geben.

2. Andererseits muß dringend davor gewarnt werden, eine Ueberfülle von Angeboten in das Saargebiet zu legen, insbesondere, soweit hier Waren zu Preisen angeboten werden, die unter den entsprechenden Preisen im sonstigen Deutschland liegen.

Die Erfahrung der letzten Zeit hat gezeigt, daß in deutschen Wirtschaftskreisen die Aufnahmefähigkeit des saarländischen Marktes ganz außerordentlich überschätzt wird. Demgegenüber ist festzustellen, daß dieser zunächst schonungsbedürftig ist und die dort lagernden Vorräte und Erzeugnisse der Saarl-Industrie selbst aufnehmen muß. Diese würde aber zum Erliegen kommen müssen, wenn sie einem hemmungslosen Wettbewerb derjenigen Industrien aus den übrigen Teilen des Reiches ausgesetzt wäre, welche sich bereits seit zwei Jahren der Vorteile erfreuen, die ihnen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik geschaffen hat. Zurückhaltung bei Angeboten nach dem Saargebiet ist daher das zweite Gebot der Stunde. Erscheinungen, wie sie bereits jetzt in einer übertriebenen und den Verhältnissen des Saarlmarktes völlig unangemessenen Werbung zu beobachten sind, müssen wieder verschwinden.

Die Rückkehr der Saar wird für die deutsche Wirtschaft große Vorteile mit sich bringen, aber sie darf nicht zu einem undisziplinierten Wettrennen der Geschäftemacherei von einzelnen führen. Auch hier muß der einzelne sich des Vorranges bewußt sein, den der Gemeinnutz der deutschen und damit auch der Saarlwirtschaft vor dem Eigennutz des einzelnen hat.

Bezugsquellennachweis der Gießereien und Maschinenfabriken des Saargebietes.

Die Fachgruppe der Gießereien und Maschinenfabriken des Saargebietes hat einen Bezugsquellennachweis herausgegeben, in dem nicht nur alle einschlägigen Betriebe, sondern auch übersichtlich geordnet, die vielen Erzeugnisse, die sie herstellen, aufgeführt sind. Die Saarlwirtschaft steht vor der schwierigen Aufgabe der Umstellung auf den deutschen Markt. Sie verlangt dabei weder Geschenke noch Wohltaten, sie verlangt nur eines, daß man ihr Gelegenheit gebe, sich möglichst in die deutsche Wirtschaft einzufügen. Die Firmen unseres Bezirks werden auf diese Bezugsmöglichkeiten aufmerksam gemacht. Es besteht hier die Möglichkeit, einen Teil zur Erleichterung der gewiß nicht leichten Rückgliederung der Saarlwirtschaft beizutragen. Der Bezugsquellennachweis kann in der Industrie- und Handelskammer eingesehen werden.

Organisierter Erfahrungsaustausch in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft hat schon seit langem die Notwendigkeit technischer Gemeinschaftsarbeit zur Leistungssteigerung der gesamten nationalen Gütererzeugung erkannt und solche Gemeinschaftsarbeit gefördert. Es liegt nur im Zuge der Zeit, wenn sich im Dritten Reich diese Bestrebungen noch stärker bemerkbar machen.

Ein Betätigungsfeld dieser Arbeit ist der Erfahrungsaustausch der Verbraucher von Betriebsmitteln aller Art, mit dem sich eine für diesen Zweck geschaffene Stelle beim Verein deutscher Ingenieure beschäftigt. Es ist bekannt, daß die Vorräte an Betriebsmitteln, wie Handwerkzeuge und Geräte, auf allen Werken Kapitalien in beträchtlicher Höhe binden. Um die Lagerbestände auf ein gesundes Maß zu beschränken, ist dieser Ausstoß, kurz Erfa genannt, bestrebt, aus der Vielzahl marktgängiger Artikel diejenigen Größen und Formen auszuwählen, die den praktischen Bedürfnissen genügen. Daneben werden die erforderlichen Lieferbedingungen und Güten der Betriebsmittel festgelegt, ferner Richtlinien für die Abnahme und Prüfung ausgearbeitet sowie schließlich Vorschriften für die Behandlung und Aufarbeitung aufgestellt. Die Durchführung dieser Aufgaben setzt eine nicht geringe Bereitwilligkeit zur Bekannt-

gabe von Betriebserfahrungen voraus, die allerdings sowohl im Interesse der Allgemeinheit als auch des verbrauchenden Betriebes selbst liegt.

Das angegebene Ziel soll auf folgendem Wege erreicht werden: Die Behörden und Privatfirmen, die sich in der Erfa zusammengeschlossen haben, stellen auf Grund ihrer Erfahrungen Richtlinien für die Beschaffung, Lagerhaltung und Pflege von Betriebsmitteln auf. Diese Vereinbarungen werden in sogenannten Erfa-Blättern festgehalten. Gleichzeitig haben die Mitglieder der Erfa beschlossen, in ihren Betrieben nach Möglichkeit nur die angegebenen Größen auf Lager zu nehmen und die festgelegten Güten vorzuziehen. Sie empfehlen aber auch allen anderen Verbrauchern, soweit es irgend geht, die aufgeführten Größen und Güten zu bevorzugen, um in der Fertigung, in der Lagerhaltung und im Vertrieb größte Wirtschaftlichkeit zu erzielen.

Die Erfa-Blätter sind bei der Vertriebsstelle der Erfa, dem Benthverlag GmbH., Berlin SW 19, zu beziehen. Da sich unter den der Erfa angeschlossenen Unternehmen die Reichspost, Reichsbahn, Reichsheer und Marine, Reichsluftfahrt und Polizei, ferner Großverbraucher, wie die AGO., die Rheinisch-Westfälische Werkgruppe, IG. Farben, Siemens-Schuckertwerke u. a. befinden, wird besonders den Lesern empfohlen, die Erfa-Blätter zu beachten. Die Lieferanten werden durch die Erfa-Blätter am zuverlässigsten über den Bedarf der Kundschaft unterrichtet und können ihre Fabrikations-Programme darauf abstellen.

Was ist Kunstleder?

Als zu Beginn des Jahres 1932 die RAL-Vereinbarung „Bezeichnungsvorschriften für die Abgrenzung des Begriffes Leder gegenüber Lederersatzstoffen, RAL 060 A“ der Öffentlichkeit übergeben wurde, beantragte die Kunstleder-Industrie eine zusätzliche weitere Klarstellung des Begriffes „Kunstleder“ gegenüber „Lederersatzstoffen“ herbeizuführen, da auf dem Warenmarkt keine einheitlichen Auffassungen über die verschiedenen Erzeugnisse bestanden. Es war zuerst beabsichtigt, in die bestehende Vereinbarung RAL 060 A die erforderlichen neuen Begriffe über Kunstleder einzubauen. Bei der vom RAL herbeigeführten Umfrage stellte sich jedoch heraus, daß die ursprünglich vorgeschlagene Erweiterung als unzumutbar angesehen wurde. Die daraufhin in die Wege geleiteten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, RAL 060 A in unveränderter Form bestehen zu lassen, dafür aber für Kunstleder eine gesonderte Vereinbarung herauszugeben. Alle an dieser Frage interessierten Organisationen haben ihre Zustimmung erteilt, so daß nunmehr der Öffentlichkeit die neue RAL-Vereinbarung

„Begriffsbestimmungen und Bezeichnungsvorschriften für Kunstleder, RAL 060 B“

übergeben werden konnte. Von mehr als 140 mitarbeitenden Organisationen ist die Vereinbarung unterschriftlich anerkannt worden. Die umfangreiche Unterzeichnerliste gibt den Nachweis der beim RAL üblichen Gemeinschaftsarbeit. An ihr sind die Erzeuger, der Groß- und Einzelhandel, die Verarbeiter und Verbraucher, Behörden, gesetzlichen Berufsvertretungen sowie Prüf- und Forschungsanstalten beteiligt.

Die neue Vereinbarung enthält zunächst eine kurze Vorbemerkung, welche auf die bestehende vorerwähnte RAL-Vereinbarung 060 A hinweist.

In den „Begriffsbestimmungen“ ist festgelegt, welche Erzeugnisse als „Kunstleder“ anzusehen sind.

Als „Kunstleder“ gelten nach Absatz B 1 alle die Gewebe oder faserartigen Stoffe aus pflanzlicher, tierischer oder sonstiger Faser, die lederähnliche Eigenschaften haben oder nachahmen und einen wasserbeständigen Überzug auf der Grundlage von Zellulosederivaten tragen. Hinzu kommt die Eigenschaft, daß oft durch Prägung von Narbenmustern außerdem eine Lederähnlichkeit bewirkt wird. Die andere Gruppe von Erzeugnissen, die ebenfalls unter die Begriffsbestimmung „Kunstleder“ fallen, sind Pappen, die einen Mindestgehalt von 40 Prozent Ledersubstanz aufweisen müssen. Seit vielen Jahrzehnten besteht im Handelsbrauch für die in stofflicher Zusammensetzung so verschiedenen Erzeugnisse die Bezeichnung „Kunstleder“. Eine Verwechslungsgefahr ist durch das Nebeneinanderbestehen zweier Warenarten unter gleicher Bezeichnung nicht eingetreten, da deren

Aussehen, Struktur und Anwendungsgebiete ganz grundverschieden sind. „Kunstleder“ nach B 1 findet z. B. Verwendung im Automobil- und Karosseriebau, im Flugzeugbau, in der Möbel-Industrie, im Sattler-, Polster- und Tischner-gewerbe, im Buchbinder-gewerbe u. a. m. Beschränkt ist dagegen die Anwendung des Begriffes und der Bezeichnung „Kunstleder“ für die Warenart nach B 2, die fast ausschließlich nur in der Schuh-Herstellung für Verkleidungen, Kappen usw. verwendet wird. Dabei sind noch die zur Herstellung von Schuhabsätzen gebrauchten Pappen herauszuheben, die, wenn sie als „Kunstleder“ oder als „Abzug-Kunstleder“ bezeichnet werden, einen Mindestgehalt an Ledersubstanz von 65 Prozent enthalten müssen.

In dem weiteren Abschnitt „Bezeichnungsvorschriften“ ist niedergelegt, wie die Bezeichnungen anzuwenden sind. Zunächst ist darin grundsätzlich die Anwendung der Bezeichnung „Leder“ untersagt. Klar und deutlich muß die Bezeichnung „Kunstleder“ angewendet werden, allein oder auch in Verbindung mit näheren Kennzeichnungen.

Mit dieser neuen Vereinbarung RAL 060 B ist nun im Zusammenhang mit der Vereinbarung RAL 060 A die umfassende grundsätzliche Klarheit auf den Warengebieten „Leder“ und „Kunstleder“ geschaffen. Es liegt nun im wohlverstandenen Interesse aller an Herstellung, Vertrieb und Verbrauch Beteiligten eindeutig fest, welche Erzeugnisse als „Leder“, „Kunstleder“ und als „Lederersatz“ bezeichnet werden dürfen. In einer nachgetesteten Anmerkung der Bezeichnungsvorschriften ist darauf noch besonders hingewiesen.

Die Vertriebsstelle für die neue RAL-Vereinbarung ist, wie für alle RAL-Druckschriften, der Benth-Verlag, Berlin SW 19, Dresdener Straße 97. Die Vereinbarung ist zum Einzelpreis von 0,20 RM. erhältlich. Bei Mehrabnahmen kommen nicht unerhebliche Rabattsätze in Anwendung.

Werberliste des Berliner Formularverlages

Berlin SW. 68.

Der Berliner Formular-Verlag teilt folgendes mit:

Die im „Völkischen Beobachter“ an jedem 15. und 30. des Monats veröffentlichte Bekanntmachung der Reichspressekammer über Bezieherwerber ist viermal alphabetisch untergeordnet. In einem Jahre müssen Sie daher $24 \times 4 = 96$ Alphabete einsehen, um festzustellen, ob ein Ausweis noch gültig ist oder ein Werber angestellen werden darf. 96 Alphabete wegen eines Namens einzusehen, ist zeitraubend und kann kostspielig werden, wenn Sie einen Namen übersehen. Aber eine gute Übersicht brauchen Sie auf jeden Fall. Wir liefern Ihnen eine Liste, die in einem einzigen Alphabet alle in einem Jahre erscheinenden 24 Listen enthält! Diese von uns stets auf dem Laufenden gehaltene Liste kostet nur 62,5 Rpf. pro Monat, also ein vielfaches weniger als eine Kartei. Die erste Liste für das Jahr 1935 erscheint Anfang Februar und enthält in einem Alphabet die im Januar genannten Namen. Die zweite Liste erscheint Anfang März und enthält die im Januar und Februar genannten Namen in einem Alphabet und so fort. Immer wird die im Vormonat erschienene Liste fortgeworfen, denn die von uns herausgegebene neue Liste enthält ja alle Namen, auch die bereits genannten, in einem Alphabet geordnet. Es genügt daher, stets nur die letzte Liste aufzubewahren. Der Bezugspreis beträgt monatlich 62,5 Reichspfennig und ist in zwei Raten von je 3,75 RM. für ein Halbjahr im Voraus zu entrichten. Porto- und Verpackungspreise werden nicht erhoben. Bei Aufgabe eines Jahres-Abonnements für 1935, wird auf Bestellung die vollständige Liste für 1934, (alle im Jahre 1934 genannten Namen enthaltend), zum Vorzugspreise von 3,50 RM. nachgeliefert. Berliner Formular-Verlag, Berlin SW. 68, Hollmannstraße 32, Postcheckkonto Berlin Nr. 84 503.

Studienfahrten und Ferienreisen der Schiller-Akademie.

Die Schiller-Akademie ist in der glücklichen Lage, ohne Schmälern des nationalen Devienbesitzes durch Hereinahme ausländischer Gäste im Austauschverkehr, auch heuer wieder eine stattliche Reihe von allgemein zugänglichen, wissenschaftlich geführten Studienfahrten zu denkbar niedrigen Preisen zur Durchführung zu bringen. Im einzelnen seien genannt verschiedene Osterreisen nach Italien und Dalmatien, Mittelmeersfahrten nach Korfu, Griechenland, Kreta,

Ägypten, ein Besuch der deutschen Ostmark mit Danzig, Königsberg, der Marienburg, dem Tannenberg-Nationaldenkmal, eine Studienfahrt nach England, Reisen in die Schweiz und nach den Vereinigten Staaten. Ausführlichen

Prospekt zu diesen allseits unterstützten Fahrten versendet gegen Einreichung von Briefporto kostenlos die Verwaltung der Schiller-Akademie, München 51.

Steuernwesen

Die neuen Umsatzsteuerbestimmungen für den Großhandel.

Das Umsatzsteuergesetz vom 16. Oktober 1934 enthält für den Großhandel eine Reihe wichtiger Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung.

Nach den bisherigen Bestimmungen konnte der Großhandel für bestimmte aus dem Ausland eingeführte Gegenstände, und zwar bei der verlängerten Einfuhr und bei den ersten Umsätzen nach der Einfuhr, sowie für Umsätze, bei denen er nicht den unmittelbaren Besitz an der Ware erlangte oder die Ware lediglich zur Beförderung übernommen hatte (Zwischenhandelsprivileg) Umsatzsteuerfreiheit in Anspruch nehmen.

Die Steuerfreiheit war davon abhängig, daß insbesondere bestimmte Buchführungsvorschriften erfüllt wurden, und bei den Umsätzen, bei denen das Zwischenhandelsprivileg Anwendung fand, der Nachweis des Vorverkaufes erbracht wurde. Hieraus ergaben sich häufig ernste Schwierigkeiten bei Nachprüfung der umsatzsteuerfreien Umsätze durch die Finanzämter, und es wurden in zahlreichen Fällen umfangreiche Nachveranlagungen vorgenommen. Der Großhandel hat daher seit langem angestrebt, diese Unsicherheit im Umsatzsteuerrecht zu beseitigen.

Den Wünschen des Großhandels ist durch die Neuregelung des Umsatzsteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 dadurch Rechnung getragen worden, daß

1. die Bestimmungen für die steuerfreien Einfuhrumsätze und die ersten Umsätze nach der Einfuhr vereinfacht wurden. Im Zusammenhang damit ist allerdings auch die Liste der Waren, für die Steuerfreiheit in Frage kommt, namentlich zum Schutze der deutschen Landwirtschaft, eingeschränkt worden;
2. die Steuerfreiheit auf Grund des Zwischenhandelsprivilegs vollkommen aufgehoben wurde. Andererseits ist zur Milderung der sich hieraus für den Großhandel ergebenden Mehrbelastung mit Umsatzsteuer der allgemein übliche Steuersatz von 2% für Großhandelsumsätze auf 1% ermäßigt worden. Schließlich sind bestimmte notwendige Rohstoffe und Halberzeugnisse im Großhandel von der Umsatzsteuer vollkommen freigestellt.

Diese Neuregelung bedeutet für den Großhandel eine wesentliche Vereinfachung der Umsatzsteuer, und in den meisten Fällen auch eine erhebliche Entlastung an Umsatzsteuer.

Weiterhin wird dem Großhandel durch die Umsatzsteuer-Neuordnung wieder ermöglicht, daß er sich seiner eigentlichen wirtschaftlichen Funktion, der Lagerhaltung, ohne daß er die frühere Belastung mit Umsatzsteuer zu fürchten braucht, widmen kann.

Aus der sich für den Großhandel hieraus ergebenden Möglichkeit, wieder auf längere Zeit in seinen Wareneinkäufen zu disponieren, wird eine erhebliche Belebung der Wirtschaft und gleichmäßige Beschäftigung bei Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmen erwartet. Die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel hat ihrerseits auch an den Großhandel den dringenden Appell gerichtet, die von der Reichsregierung getroffene weitreichende Maßnahme hinsichtlich der Umsatzsteuer durch Verstärkung der Lagerhaltung und Erteilung entsprechender Aufträge an die Industrie zu unterstützen.

Ueber die neuen gesetzlichen Bestimmungen im allgemeinen ist folgendes zu erwähnen:

Die Begriffsbestimmung „Großhandel“ ist in der bisherigen Form auch für die Neuordnung übernommen worden. Nach § 11 UStDV. liegt eine Lieferung im Großhandel vor, wenn der Großhändler einen Gegenstand an einen anderen Unternehmer zur Verwendung in dessen Unter-

nehmen liefert (zur gewerblichen Weiterveräußerung — sei es in derselben Beschaffenheit, sei es nach vorheriger Bearbeitung oder Verarbeitung — oder zur gewerblichen Herstellung anderer Gegenstände oder zur Bewirkung gewerblicher oder beruflicher Leistungen). Wird ein Gegenstand teils zur Verwendung in dem Betriebe eines Unternehmers, teils zu anderen Zwecken erworben, so ist der Haupterwerbszweck maßgebend. Eine Änderung des Erwerbszwecks nach der Lieferung hat für die Lieferung im Großhandel keine Bedeutung. Als Lieferungen im Großhandel gelten stets die Lieferungen an das Reich, Gemeinden oder andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie an die NSDAP. und deren Organisationen.

Die Erfüllung der vorstehenden Begriffsbestimmung ist grundlegende Voraussetzung für die Anwendung von Sonderbestimmungen im Umsatzsteuerrecht für die Großhandelsumsätze.

Sinsichtlich der Sonderbestimmungen im Umsatzsteuerrecht für den Großhandel ist zu unterscheiden:

1. steuerfreie Umsätze eingeführter Waren (verlängerte Einfuhr und erster Umsatz nach der Einfuhr);
2. steuerfreie Großhandelsumsätze in notwendigen Rohstoffen und Halberzeugnissen;
3. steuerbegünstigter Großhandel.

1. Steuerfreie Umsätze eingeführter Waren:

Bei den Einfuhrumsätzen ist zu unterscheiden:

- die eigentliche Einfuhr,
- die verlängerte Einfuhr und
- der erste Umsatz nach der Einfuhr bzw. verlängerten Einfuhr.

Die Bestimmungen über die Einfuhr sind im wesentlichen unverändert geblieben. Insbesondere wird, wie bisher, von der Einfuhr die Ausgleichsteuer erhoben, soweit nicht die Befreiungsbestimmungen des § 4 Abs. 1 a—b Anwendung finden. Eine Einfuhr liegt vor, wenn ein Gegenstand aus dem Ausland in das Inland gelangt, gleich, ob ein Lieferungsgehalt zugrunde liegt oder ob es sich um ein tatsächliches Verbringen handelt.

Für die umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Umsätze nach der Einfuhr sind die Begriffsbestimmungen der Lieferungen in § 3 des Gesetzes und § 4 UStDV. von grundlegender Bedeutung. Nach diesen Bestimmungen liegt eine Lieferung vor, wenn der Unternehmer den Abnehmer befähigt, im eigenen Namen über einen Gegenstand zu verfügen. (Verschaffung der Verfügungsmacht.) Dabei kommt es nicht darauf an, ob dem Abnehmer die Verfügungsmacht über den Gegenstand von dem Unternehmer selbst oder durch einen anderen verschafft wird.

Eine Lieferung liegt auch dann vor, wenn der Unternehmer nicht dem Abnehmer, sondern in dessen Auftrag einem Dritten die Verfügungsmacht über den Gegenstand verschafft. Werden z. B. von einer Reihe von Unternehmern mehrere Umsatzgeschäfte über denselben Gegenstand abgeschlossen und werden diese Geschäfte dadurch erfüllt, daß der erste Unternehmer dem letzten Abnehmer der Reihe unmittelbar die Verfügungsmacht über den Gegenstand verschafft, so gilt die Lieferung an den letzten Abnehmer gleichzeitig als Lieferung eines jeden Unternehmers der Reihe.

Es kommt somit auf die Verschaffung der Verfügungsmacht, und nicht auf die Bewegung des Gegenstandes an.

Eine Lieferung ist also nur in einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort möglich. Es gibt daher in Zukunft nur noch entweder eine Lieferung im Ausland, im Seehafenplatz, oder im Inland, aber nicht mehr eine

Lieferung aus dem Seehafenplatz oder in das Inland. Die Lieferung (Verhaffung der Verfügungsgewalt) und damit das Umjahgeschäft gilt auch durch Uebergabe der Ware an den Spediteur, Frachtführer (z. B. Eisenbahn, Post) oder Verfrachter (z. B. Reederei) zur Zustellung an den Abnehmer als ausgeführt.

Entsprechend dieser Festlegung des Begriffs Lieferung gelten nach dem neuen Gesetz als „verlängerte Einfuhr“ nur noch die Umsätze innerhalb oder zwischen Seehafenplätzen. Der Gegenstand muß also aus dem Ausland in einen Seehafenplatz eingeführt sein und darf den Seehafenplatz nicht oder nur zum Zwecke der Beförderung in einen anderen Seehafenplatz verlassen haben. Es ist aber nicht erforderlich, daß der Gegenstand auf dem Seeweg in den Seehafenplatz eingeführt oder von hier auf dem Seeweg an einen anderen Seehafenplatz befördert wird.

Die bisherigen steuerfreien Umsätze der verlängerten Einfuhr innerhalb des oder aus dem zollrechtlich gebundenen Verkehr des Inlandes heraus, und innerhalb oder aus ausländischen Lagern allerorts, also nicht nur an Seehafenplätzen, sofern die Lager durch den Reichsminister der Finanzen zugelassen sind (die sogenannten Umsatzsteuerfreilager), sind fortgefallen.

Aus der Bestimmung, daß die verlängerte Einfuhr innerhalb des Seehafenplatzes erfolgt sein muß, folgt, daß die Uebergabe der Ware an den Abnehmer oder für den Abnehmer an einen Dritten, z. B. Spediteur, Frachtführer oder Verfrachter im Seehafenplatz erfolgen muß. Sofern der Lieferant die Ware dem Abnehmer aus dem Seehafenplatz durch sein eigenes Beförderungsmittel im Inland außerhalb des Seehafenplatzes zustellt, gilt die Lieferung nicht als innerhalb des Seehafenplatzes erfüllt. Andererseits braucht der Lieferant seinen Sitz nicht im Seehafenplatz haben, nur die Ware muß im Seehafen lagern. Die umsatzsteuerrechtlich anerkannten Seehafenplätze sind in § 9 Abs. 3 UStDB aufgeführt. Die Zahl der Seehafenplätze ist gegenüber der bisherigen Regelung eingeschränkt.

Die bisherige Befreiungsvorschrift für die „ersten Umsätze nach der Einfuhr“ ist grundsätzlich bestehen geblieben.

Erster Umsatz nach der Einfuhr ist entweder der Umsatz, der sich unmittelbar an die Lieferung aus dem Ausland anschließt, oder ein Umsatz nach einem Umsatz der verlängerten Einfuhr. Für diese Umsätze ist im Gegensatz zum bisherigen Recht nicht mehr die Feststellung erforderlich, ob der Gegenstand aus Grund eines Lieferungsgeschäftes oder im Wege des Verbringens in das Inland gelangt ist. Andererseits ist aber zu beachten, daß bei ersten Umsätzen nach Lieferungen aus dem Auslande, die nicht über deutsche Seehafenplätze erfolgen, der Großhändler die Verfügungsgewalt über die Ware im Auslande selbst, z. B. durch Uebergabe der Ware in seinem Auftrage an einen Spediteur oder Frachtführer erlangt haben muß, sobald er die Einfuhr selbst bewirkt. Bei den ersten Umsätzen, die auf die verlängerte Einfuhr folgen, muß der Großhändler die Verfügungsgewalt, wie bereits erwähnt, im Seehafenplatz erhalten haben. Bei Lieferung der Ware durch ein Beförderungsmittel des Vorlieferanten aus dem Seehafenplatz an den Großhändler, der im Inland seinen Betrieb hat, kann nicht die steuerbegünstigte verlängerte Einfuhr und damit auch nicht steuerfreier erster Umsatz nach der verlängerten Einfuhr geltend gemacht werden.

Im übrigen müssen die schon bisher üblichen Voraussetzungen für die Steuerfreiheit der verlängerten Einfuhr und der ersten Lieferung nach der Einfuhr erfüllt sein, und zwar:

1. die Lieferung muß im Großhandel erfolgen;
2. der gelieferte Gegenstand muß in dem Verzeichnis der befreiten Gegenstände aufgeführt sein. Dieses Verzeichnis führt die Bezeichnung „Freiliste 2“ und ist den Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz als Anlage 1 beigelegt;
3. der Gegenstand darf im Inland nicht bearbeitet oder verarbeitet worden sein. Es ist aber auch im neuen Gesetz ein besonderes Verzeichnis solcher Bearbeitungen und Verarbeitungen aufgestellt, welche die Steuerfreiheit nicht ausschließen;

4. vor allen Dingen müssen besondere Buchführungsbestimmungen eingehalten werden.

Zu den vorstehenden Voraussetzungen ist noch folgendes zu erwähnen:

a) Freiliste 2.

Die Freiliste 2 ist an Stelle der bisherigen Freilisten 2 und 3 getreten. In dem ministeriellen Rundschreiben vom 7. Dezember 1934 wird zur Auslegung der Freiliste 2 folgendes bestimmt:

„Zum *Ultmaterial* sind zu rechnen alte Stofflumpen, Neutoffabfälle, Altpapier, Neupapierabfälle, Knochen, Hornabfälle, Klauen, alte Flaschen usw. Die an sich ebenfalls zum *Ultmaterial* zu rechnenden Altmetalle einschließlich Alteisen und die Neumetallabfälle usw. sind nach § 21 Abs. 2 Ziff. 9d und 12 DB. befreit.

Zu den in der Freiliste 2 genannten tierischen Fetten gehören nicht Butter und Käse, sondern nur die in der Auschlussliste beim gleichen Stichwort genannten tierischen Fette, außerdem Schweinespeck.

Zu den Kolonialwaren gehören insbesondere die getrockneten Südfrüchte (z. B. getrocknete Bananen, Datteln, Feigen, Johannisbrot (Karoben, Karuben), Korinthen, Mandeln, Orangenschalen, Pistazien, Rosinen, Süßholz, Zitronenschalen) und andere getrocknete Früchte, (z. B. getrocknete Äpfel (Äpfelschnitten, Ringäpfel usw.), Aprikosen (auch zerhackt), Beeren, Birnen (auch zerhackt), Kirschen, Pflaumen). Dagegen gehören nicht zu den Kolonialwaren Halb- und Fertigzerzeugnisse, wie z. B. Aprikosenbutter, Arrowroot (Pfeilwurzelmehl), Fruchtkonerven, (z. B. konservierte Aprikosen, Ananas in Dosen), kandierter Ingwer, Kakaozerzeugnisse (Pulver usw.), aromatisierte Kofosnüsse, Konfitüren, Mandioka, Fele (z. B. Olivenöl), Sago, Sagomehl, überzuckerte (kandierte, glasierte), Süßfruchtschalen, (z. B. Orangenat, Saffade, Zitronat (Zedrat), Tapioka, Tomatenmark, Zitronensaft, Zucker, (Stärke, Rohr-, Rübenzucker).

Schellack einschließlich seiner Vorprodukte (Rohschellack, z. B. Stocklack, Körnerlack, Kirisack) ist zu den Harzen zu rechnen.

Südfrüchte: Andere als die bei diesem Stichwort ausdrücklich genannten frischen Südfrüchte gehören nicht zu diesem Stichwort. Die hier nicht aufgeführten frischen Südfrüchte fallen auch nicht unter die begünstigten Kolonialwaren (zu vgl. dort die Worte „mit Ausnahme der anderweit nicht genannten frischen Früchte“).

Zu Wein im Sinne der Freiliste 2 gehören Schaumweine, jedoch nicht Weintrauben.“

b) Bearbeitung.

Nach § 12 UStDB. liegt eine Bearbeitung oder Verarbeitung nicht vor, wenn die Wesensart des Gegenstandes gewahrt bleibt. Sie gilt als gewahrt, wenn durch die Behandlung des Gegenstandes nach der Verkehrsauffassung kein neues Verkehrsant (kein Gegenstand anderer Marktgängigkeit) entsteht. Auch die Behandlung des Gegenstandes zum Zweck der Sortierung, Reinigung oder Erhaltung schließt die Steuerbegünstigung nicht aus, wenn die Wesensart des Gegenstandes gewahrt bleibt. Die Kennzeichnung, Umpackung oder Umfüllung schließt die Steuerbegünstigung auch dann nicht aus, wenn hierdurch die Wesensart geändert wird.

Zu der vergünstigten Umpackung gehört auch das Umpacken in Aufmachung für den Einzelverkauf. Zu dem vergünstigten Umfüllen ist auch das Abfüllen in Flaschen zu rechnen. Andererseits gilt es als Bearbeitung oder Verarbeitung, wenn der Großhändler den Gegenstand durch einen anderen im Werklohn bearbeiten oder verarbeiten läßt.

Für die verlängerte Einfuhr und die ersten Umsätze nach der Einfuhr sind in § 13 UStDB. besondere Bearbeitungen und Verarbeitungen zugelassen, und in einem besonderen Verzeichnis aufgeführt, das den Durchführungsbestimmungen als Anlage 2 beigelegt ist. Auf dieses besondere Verzeichnis wird hinsichtlich Einzelheiten verwiesen.

c) Buchnachweis.

Für die Steuerfreiheit der verlängerten Einfuhr und der ersten Umsätze nach der Einfuhr ist der in § 14 UStDB.

vorgeschriebene Buchnachweis zu erbringen. Zur Erfüllung des Buchnachweises hat der Großhändler aufzuzeichnen (§ 14 UStDB.):

1. den Gegenstand nach seiner handelsüblichen Bezeichnung und Menge;
2. den Namen (die Firma) und den Wohnort (den Sitz) des Lieferers, von dem der Unternehmer den Gegenstand bezogen hat;
3. den Tag, an dem der Gegenstand aus dem Ausland in das Inland oder aus dem Seehafenplatz in das übrige Inland gelangt ist;
4. die Eingangszollstelle oder bei der verlängerten Einfuhr den Seehafenplatz;
5. die Art einer vorgenommenen Bearbeitung oder Verarbeitung mit Ausnahme der Sortierung, Reinigung, Erhaltung, Kennzeichnung, Umpackung und Umfüllung;
6. den Tag und den Ort der Lieferung an den Abnehmer;
7. den Namen (die Firma) und den Wohnort (den Sitz) des Abnehmers;
8. das vereinnahmte Entgelt, bei Besteuerung nach vereinbarten Entgelten (§ 14 des Gesetzes) das vereinbarte Entgelt;
9. bei Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten den Tag der Vereinnahmung.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Einhaltung der Buchführungsvorschriften eine zwingende Voraussetzung der Steuerbefreiung ist. Es handelt sich also hierbei nicht nur um eine bloße formale Bestimmung, sondern um eine materielle Voraussetzung der Steuerbefreiung, bei deren Fehlen die Steuerpflicht eintritt. Es braucht allerdings kein besonderes Buch geführt zu werden; es genügt vielmehr, wenn sich die geforderten Angaben aus den Geschäftsbüchern und Belegen ergeben. Außerdem sind die Finanzämter berechtigt, im einzelnen Falle auf Antrag Erleichterung hinsichtlich des Buchnachweises zu gewähren. Diese Ermächtigung ist nach den ministeriellen Anweisungen nicht kleinlich auszulegen. Eine Abweichung von dem gesetzlich vorgeschriebenen Buchnachweis bedarf aber der besonderen Genehmigung durch das Finanzamt. Sofern der Großhändler eine entsprechende Genehmigung wünscht, muß er unbedingt dem Finanzamt einen Antrag einreichen, in dem im einzelnen ausgeführt wird, in welcher Form in Abweichung von den gesetzlichen Bestimmungen der Buchnachweis erbracht wird.

Bisher war zum Nachweis der Umsatzsteuerfreiheit der Umsätze der verlängerten Einfuhr und der ersten Umsätze nach der Einfuhr ein vereinfachtes Buchführungs- und Abrechnungsverfahren zugelassen. Das bisherige vereinfachte Buchführungs- und Abrechnungsverfahren ist aufgehoben worden. Andererseits ist ein neues erleichtertes Buchführungs- und Abrechnungsverfahren zugelassen worden, das im wesentlichen dem bisherigen Verfahren gleicht.

Nach dem vereinfachten Buchführungs- und Abrechnungsverfahren können die Gegenstände, für die Umsatzsteuerfreiheit als verlängerte Einfuhr oder erster Lieferung nach der Einfuhr in Anspruch genommen wird, auf Grund der Einkaufsrechnungen an Stelle auf Grund der Verkaufsrechnungen in Abzug gebracht werden.

Im einzelnen kann bei Anwendung dieses vereinfachten Buchführungs- und Abrechnungsverfahrens der Großhändler in jeder Voranmeldung und Steuer-Erklärung von dem dort angegebenen Gesamtumsatz als steuerfreien Umsatz nach § 4 Abs. 2 a oder b absetzen:

1. die Summe derjenigen Beträge, die er im Voranmeldungs- (Veranlagungs-) Zeitraum auf die Einkaufsrechnungen der eingeführten Gegenstände der Freiliste 2 seinen Lieferanten bezahlt hat;
2. die Summe der im Voranmeldungs- (Veranlagungs-) Zeitraum für diese Gegenstände von ihm gezahlten Zölle und Umsatzausgleichsteuern und bei den von den Reichsstellen bewirtschafteten Gegenständen die Summe der gezahlten Unterschiedsbeträge zwischen den Uebernahme- und Abgabepreisen;
3. 10 v. H. der Summe der Beträge unter 1. und 2. zur weiteren Abgeltung der Spanne zwischen dem Einkaufs-

preis und dem mutmaßlichen Verkaufspreis (z. B. f. Beförderungskosten und sonstige Nebenkosten).

Bei Anwendung dieser Form des Abzuges der steuerfreien Umsätze sind noch besondere Bestimmungen hinsichtlich der Aufzeichnung und der Aufbewahrung der Rechnungen und der dazugehörigen Unterlagen zu beachten. Einzelheiten werden von den Finanzämtern vorgeschrieben, sofern auf Grund des besonders zu stellenden Antrages die Anwendung des vereinfachten Abrechnungsverfahrens genehmigt wird.

II. Steuerfreie Großhandelsumsätze in notwendigen Rohstoffen und Halberzeugnissen.

Für eine Reihe notwendiger Rohstoffe und Halberzeugnisse sind die Lieferungen im Großhandel von der Umsatzsteuer völlig freigestellt. Die hierfür in Frage kommenden Rohstoffe und Halberzeugnisse sind in § 21 Abs. 2 der UStDB. zum Umsatzsteuergesetz aufgeführt. Die Liste dieser Gegenstände entspricht nicht in vollem Umfange den Wünschen des Großhandels. Ursprünglich war die Freistellung aller Waren beabsichtigt, die markt- und börsenmäßig gehandelt werden. Aus finanziellen Rücksichten konnte aber diese weitgehende Befreiung von der Umsatzsteuer nicht durchgeführt werden. Für den Nahrungsmittel-Großhandel wird hiervon insbesondere Zucker betroffen, der entgegen den vom Großhandel gestellten Anträgen nicht unter die umsatzsteuerfreien Waren aufgenommen worden ist. Andererseits kommen für den Nahrungsmittel-Großhandel folgende Waren in Frage:

Getreide aller Art, Mehl, Schrot und Kleie aus Getreide aller Art, Gemüse, Kartoffeln, Milch und Düngemittel.

Für den Handel von Edelmetallen und Edelmetalllegierungen ist in dem ministeriellen Rundschreiben vom 7. Dezember 1934 zum neuen Umsatzsteuergesetz festgelegt, daß die Steuerfreiheit für Edelmetalle und Edelmetalllegierungen nur Anwendung findet, sofern sie weder als Fertigfabrikate noch als solche Halbfabrikate anzusehen sind, die ohne weitere wesentliche Veränderung ihrer Zusammensetzung oder Form dem Fertigfabrikat oder einem anderen Halbfabrikat eingefügt werden können. Als solche gelten:

1. Edelmetallerze, Produkte der Edelmetallverhüttung, Edelmetall und Edelmetalllegierungen in Barren, Blättchen, Körnern, Säulen, ferner in Blechen, Drähten, Röhren und Scharnieren, ohne Rücksicht darauf, ob sie fassoniert oder gemustert oder nicht fassoniert oder ungemustert sind;
2. Abfallmetall (Rückstände, Gefäß, Schliffe, Rehring und ähnliches), Blattgold, Blattsilber, sowie die zur Platinierung, Vergoldung und Versilberung erforderlichen Massen; hierunter sind nicht nur feste Massen oder solche in Pulverform, sondern auch flüssige zu verstehen; ferner Bruchmetall, zerbrochene, zerschnittene oder sonst unbrauchbar gemachte Edelmetallwaren;
3. chemische Verbindungen von Edelmetallen und Edelmetalllegierungen, wie Platin-, Gold- und Silberpulver, insbesondere auch Silbernitrat, proteinreiches Silber, Silberpulver, Platin-, Gold- und Silberchlorid, Silberoxyd und deren Doppelsalze.

Weiterhin ist vorgesehen, daß Lieferungen von Edelmetallen usw. im Großhandel nur dann von der Umsatzsteuer befreit sind, wenn der Abnehmer dem Unternehmer eine Weiterveräußerungsbescheinigung des Finanzamts vorlegt. Das Finanzamt hat denjenigen Unternehmern, die Edelmetalle in ihrem Unternehmen veräußern oder zwecks Bearbeitung oder Verarbeitung in ihrem Unternehmen verwenden, eine Bescheinigung nach einem besonderen Muster auf Antrag auszustellen. Die Gültigkeit der Bescheinigung ist auf das laufende Kalenderjahr beschränkt. Der Großhändler, der für seine Lieferung von Edelmetallen usw. Steuerbefreiung in Anspruch nehmen will, hat in seiner Buchführung den Namen des Abnehmers, die Nummer der Bescheinigung, das Finanzamt, das diese ausgestellt hat, zu vermerken. Der Abnehmer hat die Bescheinigung dem Großhändler vor jeder Lieferung vorzulegen. Der Vorlage bedarf es nicht, wenn der Großhändler mit dem Abnehmer in ständiger Geschäftsbeziehung steht und ihm Nummer, Inhalt und Geltungs-

dauer der Bescheinigung bekannt sind. Der Großhändler hat sich beim ersten Geschäftsverkehr in jedem Kalenderjahr von der Erneuerung der Bescheinigung zu überzeugen. Die bisher ausgestellten Bescheinigungen haben mit Ablauf des 31. Dezember 1934 ihre Gültigkeit verloren.

Weiterhin ist zu erwähnen, daß zu den steuerfreien Verhüttungs- und Raffiniermaterialien auch Schrott gehört. Das Zerkleinern von Schrott gehört zu den besonders zugelassenen Be- und Verarbeitungen.

Für die Steuerfreiheit der Lieferungen dieser Gegenstände müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: (§ 21 Abs. 1 der Durchführungsbestimmungen)

1. die Gegenstände müssen im Großhandel abgesetzt werden,
2. der Unternehmer muß die Gegenstände erworben haben,
3. der Unternehmer darf die Gegenstände nicht bearbeitet und verarbeitet haben. In § 22 Abs. 1 UStDB. sind einzelne Bearbeitungen und Verarbeitungen besonders zugelassen,
4. die vorerwähnten Voraussetzungen müssen im Inland buchmäßig nachgewiesen werden.

Wegen weiterer Einzelheiten zu den vorerwähnten Voraussetzungen für die Anwendung der Umsatzsteuerfreiheit wird auf die Ausführungen weiter unten verwiesen.

III. Steuerbegünstigter Großhandel.

Die bisherige unterschiedliche Behandlung der Umsätze im Binnen-Großhandel ab Lager und der Umsätze, die das Lager nicht berührten, ist dadurch beseitigt worden, daß das sogenannte Zwischenhandelsprivileg aufgehoben wurde. Nach den neuen Bestimmungen des UStG. werden die Umsätze im Binnen-Großhandel einem einheitlich ermäßigten Steuersatz von ½% unterworfen (§ 7 Abs. 3 des Gesetzes). Der ermäßigte Steuersatz für Großhandelsumsätze ist aber nicht auf den Großhandelsbetrieb als solchen, sondern auf die einzelnen Lieferungen abgestellt. Es kann daher eine Großhandelsfirma nicht ohne weiteres für sämtliche Lieferungen den ermäßigten Großhandels-Steuersatz in Anspruch nehmen, sondern nur für diejenigen Lieferungen, die tatsächlich im Großhandel erfolgen, und bei denen die übrigen im Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt seien, insbesondere der buchmäßige Nachweis erbracht wird.

Im einzelnen müssen folgende Voraussetzungen vorliegen (§ 49 UStDB.):

1. die Gegenstände müssen im Großhandel abgesetzt werden,
2. der Unternehmer muß die Gegenstände erworben haben,
3. der Unternehmer darf die Gegenstände nicht bearbeitet oder verarbeitet haben,
4. die vorerwähnten Voraussetzungen müssen im Inland buchmäßig nachgewiesen werden.

Zu diesen Voraussetzungen für die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes, die mit den Voraussetzungen für den steuerfreien Großhandel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten übereinstimmen, ist noch folgendes besonders zu erwähnen:

a) Sofern der Großhändler Gegenstände auch außerhalb des Großhandels absetzt, muß der Großhandelsumsatz mindestens 25% des Gesamtumsatzes betragen. Für die Ermittlung des Großhandelsumsatzes bzw. des Gesamtumsatzes und der Lieferung außerhalb des Großhandelsumsatzes ist der Umsatz im vorangegangenen Kalenderjahr maßgebend. Bei der Feststellung des Anteiles des Großhandelsumsatzes am Gesamtumsatz sind sämtliche Lieferungen im Großhandel, und zwar der eigentliche Großhandel mit den von einem Vorlieferanten bezogenen Gegenständen, und der Großhandel mit Gegenständen, die vom Großhändler selbst bearbeitet oder selbst hergestellt sind, zu berücksichtigen.

Für neugegründete Unternehmungen und für die Uebergangszeit gelten folgende Anordnungen:

1. Werden ab 1. Januar 1935 Unternehmen neugegründet, für welche die Befreiungsvorschrift des § 4 Ziff. 4 und § 7 Ziff. 3 UStG. in Betracht kommen kann, so darf die Steuerfreiheit bzw. der ermäßigte Steuersatz nicht aus dem Grund verjagt werden, weil das Unternehmen im letzten vorangegangenen Kalenderjahr noch nicht bestanden hat. Die Steuerfreiheit bzw. der ermäßigte Steuersatz ist vom Finanzamt auf Antrag anzuerkennen,

wenn nach der Art des Unternehmens angenommen werden kann, daß die Lieferungen außerhalb des Großhandels im laufenden Kalenderjahr die Grenze von 75 v. H. nicht überschreiten werden.

2. In vielen Fällen werden die Unternehmer im Jahre 1934 in ihrer Buchführung noch nicht unterschieden haben, ob Lieferungen im Großhandel oder außerhalb des Großhandels vorliegen. Das wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die Unternehmer die Steuerfreiheit nach dem bisherigen § 7 UStG. nicht geltend gemacht haben. Ich habe in diesen Fällen keine Bedenken dagegen, daß die Steuerfreiheit bzw. der ermäßigte Steuersatz in Anspruch genommen werden kann, wenn die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß die Unternehmer nach der Art ihres Unternehmens die genannte Voraussetzung erfüllen würden.

b) **Bearbeitung.** Die Gegenstände, für deren Lieferung Steuerfreiheit bzw. der ermäßigte Steuersatz in Anspruch genommen wird, dürfen von dem Großhändler nicht bearbeitet oder verarbeitet worden sein. Die Bestimmungen, inwieweit eine Be- oder Verarbeitung vorliegt, sind bereits oben erwähnt. Für steuerfreie Lieferung von Rohstoffen und notwendigen Halbfabrikaten sind einzelne Bearbeitungen und Verarbeitungen besonders zugelassen, die die Steuerfreiheit nicht ausschließen. Die zulässigen Be- und Verarbeitungen sind im einzelnen im § 22 der UStDB. aufgeführt. Diese Be- und Verarbeitungen sind aber für die Großhandelsumsätze, für die ½% Umsatzsteuer zu zahlen ist, nicht zugelassen. Für diese Umsätze gelten nur die allgemeinen Bestimmungen über Be- und Verarbeitungen. Im Zusammenhang hiermit wird noch darauf hingewiesen, daß als steuerfreier bzw. steuerbegünstigter Großhandel nur Lieferungen von Gegenständen gelten, die von einem Vorlieferanten erworben worden sind. Gegenstände, die der Großhändler etwa selbst hergestellt hat und im Großhandel absetzt, d. i. der sogenannte Hersteller-großhandel, genießen die Umsatzsteuerbegünstigungen für den Großhandel nicht.

c) **Buchnachweis.** Für die steuerfreien Umsätze von Rohstoffen und Halbfabrikaten und die steuerbegünstigten Großhandelsumsätze gelten die gleichen Buchführungsvorschriften. In § 23 der UStDB. sind folgende Buchführungsvorschriften als Voraussetzung für die Umsatzsteuerbegünstigung aufgestellt.

Der Großhandel hat folgendes aufzuzeichnen:

1. den Gegenstand nach seiner handelsüblichen Bezeichnung und Menge;
2. den Namen (die Firma) und den Wohnort (den Sitz) des Lieferers, von dem der Unternehmer den Gegenstand erworben hat;
3. die Art einer vorgenommenen Bearbeitung oder Verarbeitung mit Ausnahme der Sortierung, Reinigung, Erhaltung, Kennzeichnung, Umpackung und Umfüllung;
4. den Tag und den Ort der Lieferung an den Abnehmer;
5. den Namen (die Firma) und den Wohnort (den Sitz) des Abnehmers;
6. das vereinnahmte Entgelt, bei Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten das vereinbarte Entgelt;
7. bei Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten den Tag der Vereinnahmung.

Dieser Buchnachweis ist in gleicher Weise wie bei den Einfuhrumsätzen eine zwingende Voraussetzung für die Steuerbefreiung. Wenn der Buchnachweis nicht in ausreichendem Umfange erbracht wird, entfällt die Steuerfreiheit bzw. der ermäßigte Steuersatz und die Umsätze sind mit 2% zu versteuern. Andererseits ist aber zu erwähnen, daß zur Erfüllung der Buchführungsvorschriften kein besonderes Buch geführt zu werden braucht; es genügt vielmehr, daß der Buchnachweis aus den Geschäftsbüchern und Belegen hervorgeht.

Schließlich sind auch für den Buchnachweis für diese Umsätze die Finanzämter berechtigt, auf Antrag Erleichterungen hinsichtlich des Buchnachweises zu gewähren. Wenn der Großhändler den Buchnachweis nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Form erbringen will, muß aber der Antrag auf Gewährung von Erleichterungen in der Buchführung unverzüglich gestellt werden, da eine nachträgliche Genehmigung

der vorgenommenen Buchführung keine Rückwirkung hat. Nach den ministeriellen Anweisungen sollen die Finanzämter die ihnen erteilte Ermächtigung, berechtigten Wünschen des Großhandels hinsichtlich des Buchnachweises entgegenzukommen, nicht kleinlich auslegen.

Hinsichtlich des Buchnachweises selbst ist noch zu erwähnen, daß auf den vorerwähnten Nachweis des Abnehmers (Ziff. 4—6) das Finanzamt nicht verzichten kann, da diese Angaben notwendig sind um festzustellen, ob der Gegenstand tatsächlich im Großhandel abgesetzt worden ist. Diese Angaben werden aber auch in jedem Großhandelsbetrieb, z. B. in den Rechnungen und bei den Eintragungen in die Waren-Ausgangsbücher gemacht. Sofern in den Großhandelsbetrieben Jagen, Barverkäufe im Großhandel vorkommen, so müssen auch für diese Umsätze die vorerwähnten Aufzeichnungen über den Abnehmer, am zweckmäßigsten durch Ausstellung von Rechnungen, gemacht werden. Wenn diese Angaben nicht vorliegen, kann für die Jagen, Barverkäufe nicht die Steuerbegünstigung für die Großhandelsumsätze in Anspruch genommen werden.

Zum Nachweis des Einkaufs für jeden Verkauf durch den Großhändler sind grundsätzliche Angaben über den Vorlieferanten zu machen (Ziff. 2). Sofern nun aber ein Großhändler nur erworbene Gegenstände umsetzt und die erworbenen Gegenstände nicht bearbeitet, so kann auf den Nämlichkeitsnachweis für jeden Verkaufsumsatz durch Angabe des Namens und Wohnorts des Lieferanten verzichtet werden. Hierzu ist aber ein besonderer Antrag bei dem Finanzamt erforderlich.

Schließlich sind noch die vorerwähnten Ziffern 6 und 7 über den Nachweis der vereinnahmten Entgelte zu beachten. Der Nachweis nach Ziffer 7 erübrigt sich, sofern, wie es im Großhandel üblich ist, die Umsätze nicht nach den vereinnahmten Entgelten, sondern nach den vereinbarten Entgelten, das ist nach den ausgegangenen Rechnungen ermittelt werden. Die Versteuerung nach den vereinbarten Entgelten ist aber nur zulässig, sofern das Finanzamt gemäß § 14 des UStG. auf Grund eines besonderen Antrags die Genehmigung hierzu erteilt hat. Bei Übergang von der Versteuerung der Umsätze nach den vereinnahmten Entgelten zu den vereinbarten Entgelten, müssen die Entgelte, die für frühere Umsätze nachträglich eingehen (die Außenstände am Stichtage des Wechsels in der Besteuerungsart) bei der Vereinnahmung versteuert werden (§ 66 der UStDV.). Es können aber auch mit dem Finanzamt besondere Vereinbarungen über die Versteuerung dieser Außenstände getroffen werden.

Abschließend wird empfohlen, die Neuregelungen der Umsatzsteuer für den Großhandel mit besonderer Sorgfalt zu beobachten, damit sich bei späteren Buchprüfungen keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Anerkennung der geltend gemachten Vergünstigungen hinsichtlich der Umsatzsteuer für die Großhandelsumsätze ergeben, und erhebliche Nachzahlungen dadurch festgesetzt werden müssen, daß die Großhandelsumsätze mit der Umsatzsteuer von 2% belegt werden. Sofern irgendwelche Zweifel insbesondere hinsichtlich der ausreichenden Erfüllung der Buchführungsvorschriften bestehen, ist es ratsam, beim Finanzamt eine Rückfrage zu halten, und

für etwa vorliegende besondere Abweichungen von den Buchführungsvorschriften ausdrückliche Genehmigung zu beantragen.

Dr. R. Przybylla.

Gewaltiger Erfolg steuerpolitischer Maßnahmen im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft.

Verlängerung der Lieferfrist zur Inanspruchnahme von Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen.

Der Ergänzungsverordnung vom 8. November 1934 gemäß ist Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen auch für solche Ersatzbeschaffungen zu gewähren, bei denen der Auftrag auf Lieferung des Ersatzgegenstandes vor dem 1. Januar 1935 erteilt wurde und die Lieferung vor dem 1. April 1935 erfolgt. Alle Industrien haben von der in dieser Ergänzungsverordnung liegenden Möglichkeit weitgehenden Gebrauch gemacht.

Infolge der steuerpolitischen Maßnahme ist der Auftragsseingang im Monat Dezember 1934 außergewöhnlich groß gewesen. Die Maschinenfabriken sind zum großen Teil erst im Januar zu einem richtigen Überblick über den vorhandenen Auftragsbestand gekommen und gleichzeitig zu der Feststellung, daß es unmöglich ist, die Aufträge bis zum 31. März 1935 ordnungsgemäß abzuwickeln. Viele Maschinenfabriken arbeiten bereits mit Doppelschichten, einige sogar mit Nachtschichten.

Um die Ausführungen der zahlreichen Aufträge, die vorliegen, auf einen größeren Zeitraum verteilen zu können, um die Notwendigkeit zur Beibehaltung oder Einführung von Doppelschichten zu vermeiden und um jede unünstige Wirkung auf die Einhaltung von Lieferfristen für Aufträge aus dem Ausland auszuschließen, hat der Reichsminister der Finanzen Jochen in der Zweiten Ergänzungsverordnung zum Gesetz über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen vom 16. Januar 1935 bestimmt, daß Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen auch dann gewährt wird, wenn der Gegenstand vor dem 1. Januar 1936 (also bis zum Ablauf des 31. Dezember 1935) geliefert wird. Die Voraussetzung, daß der Auftrag bis zum 31. Dezember 1934 erteilt sein muß, bleibt unberührt. Durch die hinauschiebung der Frist vom 31. März auf 31. Dezember 1935 ist es der Maschinenindustrie möglich geworden, die Ausführung der Aufträge auf einen größeren Zeitraum zu verteilen und Schwankungen im Belegschaftsstand zu vermeiden.

Die gute Beschäftigung in der Maschinenindustrie wird eine dauernde sein; denn auf Grund der Vorschrift im neuen Einkommensteuergesetz, betreffend die erhöhte Absetzungen für kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, werden ab dem Jahr 1935 wahrscheinlich außerordentlich zahlreiche Aufträge auf kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erteilt werden. Diese steuerpolitische Maßnahme wird sich nicht nur in der Maschinenindustrie und deren Vorindustrien und Nebenindustrien auswirken, sondern auch in verschiedenen anderen Industrien, die als Lieferindustrien für kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Betracht kommen.

Neue Steuergesetze und Verordnungen.

Nachstehend bringen wir einen Hinweis auf die neu ergangenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zum Abdruck:

Einkommensteuer; Körperschaftsteuer; Lohnabzug:

Erste Durchführungsverordnung zum Eink.-St.-Ges.	v. 6. 2. 35	R.-G.-Bl. I. 35 S. 153
Erste Durchführungsverordnung zum Körp.-St.-Ges.	v. 2. 2. 35.	R.-G.-Bl. I. 35 S. 163
Verordnung über den Steuerabzug von beschränkt Steuerpflichtigen	v. 6. 2. 35	R.-G.-Bl. I. 35 S. 160
Verordnung über den Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen	v. 6. 2. 35	R.-G.-Bl. I. 35 S. 161
Verordnung zur Durchführung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag	v. 22. 12. 34	R.-St.-Bl. 35 S. 17
Begründung zum Eink.-St.-Ges.	v. 16. 10. 34	R.-St.-Bl. 35 S. 33
Begründung zum Körp.-St.-Ges.	v. 16. 10. 34	R.-St.-Bl. 35 S. 81

Vermögenssteuer- und Reichsbewertungsgesetz:

Durchführungsbestimmungen zum R.-Bew.-Ges. nach dem Stand vom 1. 1. 35	b. 2. 2. 35	R.-G.-Bl. I. 35 S. 81
Durchführungsbestimmungen zum Verm.-St.-Ges.	b. 2. 2. 35	R.-G.-Bl. I. 35 S. 100
Begründung zum Reichsbew.-Ges.	b. 16. 10. 34	R.-St.-Bl. 35 S. 161

Einkommensteuer:

Durchführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz	b. 22. 2. 35	R.-St.-Bl. 35 S. 97
Berechnung der Einkomm.-St. nach dem Einheitswert Rd.-Erl. d. R.-M. d. F.	b. 8. 1. 35	R.-St.-Bl. 35 S. 72

Abgabenordnung:

Verzinsungsschläge u. Steuerzinsen, Rd.-Erl. d. F.-Min. zugl. i. R. d. R. u. P. M. d. I.	b. 29. 12. 34	F.-Min.-Bl. 35 S. 5
--	---------------	---------------------

Geldzinssteuer:

Geldzinssteuererhebung und Minderung der Steuererleichterungsbestimmungen ab 1. 4. 1935, Rd.-Erl. d. F.-M.	b. 18. 2. 35	F.-Min.-Bl. 35 S. 31
--	--------------	----------------------

Grund- und Gewerbesteuer:

Gesetz über das Inkrafttreten der reichsrechtl. Regelung der Grundsteuer und Gewerbesteuer	b. 21. 1. 35	R.-G.-Bl. I. 35 S. 23
--	--------------	-----------------------

Bürgersteuer:

Begründung zum Bürgersteuergesetz	b. 16. 10. 34	R.-St.-Bl. 35 S. 60
---	---------------	---------------------

Stempelsteuergesetz:

Minderung des Preuß. Stempelsteuer-Ges. im Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer und die Minderung von Steuergeboten	b. 22. 12. 34	Pr. G. S. 34 S. 465
---	---------------	---------------------

Umsatzsteuermerkblatt.

Die Industrie- und Handelskammer Krefeld hat ihr bekanntes Umsatzsteuermerkblatt nach dem Umsatzsteuergesetz vom 16. 10. 1934 unter Berücksichtigung der Durchführungsbestimmungen und des Erlasses des Reichsministers der Finanzen vom 7. 12. 1934 in Neuauflage wesentlich erweitert herausgegeben. Das Merkblatt behandelt neben den grundsätzlichen Vorschriften insbesondere die erhöhte Umsatzsteuer,

die Zusatzbesteuerung, die Einfuhr, die Ausfuhr mit den Vorschriften über die Ausfuhrvergütung, den Veredelungsverkehr, den Umschlagsverkehr in Seehafenplätzen, die Durchfuhr. Besondere Beachtung finden die Sondervorschriften für den Großhandel. Das Merkblatt ist wie bisher in übersichtlicher Weise für die Praxis zusammengestellt. Das Merkblatt kann von der Industrie- und Handelskammer Krefeld zum Preise von 0,90 RM einschließlich Versandkosten bezogen werden (bei Sammelsendungen Ermäßigung).

Verkehrswesen

Eisenbahn:

Ausnahmetarif 17 B 7—Notstandstarif für Roggen, Weizen und Mehl beim Versand aus Schlesien.

Am 15. Januar 1935 ist ein als Notstandstarif gekennzeichneteter Ausnahmetarif 17 B 7 für Roggen, Weizen und für Mehl aus Roggen oder Weizen zugunsten des Verbandes aus der Provinz Schlesien (Nieder- und Oberschlesien) nach Berlin (die Frachtsätze für Berlin gelten nach den Empfangsbahnhöfen Berlin Osthafen, Berlin Schlef. Gbf., Berlin Spreenfer, Berlin Westhafen, Neukölln, Ruhleben und Tegel), Magdeburg, Hamburg und Stettin in Kraft getreten, dessen Geltungsdauer zunächst bis zum 30. September 1935 bemessen ist.

Auskunft über Beförderungsmöglichkeiten durch die Reichsbahn-Auskunftsstellen.

Die von der Deutschen Reichsbahn den Versendern von Gütern gebotenen Beförderungsarten sind bekanntlich vielfältig: Expresgut, beschleunigtes Eilgut, Eilgut, Frachtgut, Stückgut, Wagenladung, Sammelgut. Jede dieser Beförderungsarten hat ihre Vorzüge und Besonderheiten, die der Versender kennen muß, wenn er seine Güter zweckentsprechend und vorteilhaft versenden will. Noch vielfältiger sind die Gütertarife der Eisenbahnen. Ueber 1500 Tarife bestehen allein auf deutschen Eisenbahnen und mehr als 3000 Tarife auf den mit Deutschland in direktem Verkehr stehenden ausländischen Bahnen. Neben der vorteilhaftesten Beförderungsart ist also auch die billigste Fracht zu berücksichtigen. Da es im allgemeinen unmöglich ist, sich in allen diesen und anderen einschlägigen Dingen

gründlich auszukennen, erteilt die „Reichsbahn-Auskunftsstellen für Güterverkehr“, Berlin W. 9, Potsdamer Str. 124, Fernruf B 1 Kurfürst 9781, jederzeit kostenlos Auskunft und Rat.

Post:

Erweiterte Benützung der „Postlagerkarte“. Gebührenermäßigung.

Postlagernde gewöhnliche Briefsendungen konnten bisher auf Grund einer Postlagerkarte nur bei derjenigen Postanstalt in Empfang genommen werden, die die Lagerkarte ausgestellt hatte. Diese Bestimmung der Postordnung ist jetzt dahin geändert worden, daß die Postlagerkarte künftig bei allen Postanstalten des Reichspostgebiets zum Empfang gewöhnlicher Briefsendungen berechtigt. Die Aufschrift der Sendungen mußte dann z. B. lauten: Postlagerkarte Nr. 10 Berlin W. 8, Ahlbeck (Seebad). Die Postlagerkarte ist damit freizügig gemacht worden.

Die Gebühren für Aufschreiben zur Nachforschung nach vermischten Postsendungen, für Zeitungsüberweisungen und für Zeitungsumschreibungen werden vom 1. März 1935 an von 50 Rpf. auf 40 Rpf. herabgesetzt.

Postverkehr mit dem Saarland vom 18. Februar an.

Inländische Zahlungsmittel dürfen vom 18. Februar an nach dem Saarland versandt werden.

Postanweisungen, Postaufträge und Postnachnahmen sind bis zu den innerdeutschen Höchstbeträgen zugelassen und in der Reichsmarkwährung auszustellen. Da die Zollgrenze gegen das Saarland schon jetzt fortfällt, brauchen den Paketen und den bisher zollpflichtigen Briefsendungen die sonst üblichen Zolllapapiere usw. nicht mehr beigelegt zu werden.

Im übrigen (Gebühren, Auslandsformblätter usw.) bleiben die bisherigen Vorschriften bis zum 28. Februar in Geltung.

Wegen der völligen Gleichschaltung des Verkehrs mit dem Saarland vom 1. März an wird besondere Mitteilung ergehen.

Postnachnahmen und Postaufträge aus dem Ausland nach Deutschland.

Der Postnachnahmedienst (für Sendungen jeder Art) sowie der Postauftragsdienst in der Richtung aus dem Ausland nach Deutschland wird aus Gründen der Devisenbewirtschaftung bis auf weiteres eingestellt.

Unterwegs befindliche Nachnahmen und Postaufträge, deren Beträge bisher unter gewissen Bedingungen eingezogen und einem deutschen Postcheckkonto des Abenders der Sendung zugeführt werden konnten, sind bis auf weitere Verfügung noch abzuwickeln, sofern jene Bedingungen voll erfüllt sind.

Devisenvorschriften für den Postzahlungsverkehr.

Nachdem durch das Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935, durch die Durchführungsverordnung hierzu und durch die von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung erlassenen neuen „Richtlinien“ die devisenrechtlichen Bestimmungen neu geordnet und zusammengefaßt worden sind, hat auch der Reichspostminister die Devisenvorschriften für den Postzahlungsverkehr neu geregelt. Hiernach können vom 1. März ab wieder genehmigungspflichtige Zahlungen im Post- und Postcheckverkehr ausgeführt werden, wenn bei der Einzahlung des Betrags am Posthalter oder bei der Einsendung des Auftrags an das Postcheckamt Einzelgenehmigungen der Devisenstellen oder Einzelbescheinigungen der Ueberwachungsstellen vorgelegt werden.

Zahlungen nach Ländern, mit denen ein Zahlungs- oder Verrechnungsabkommen besteht, sind, soweit sie unter ein solches Abkommen fallen, nach wie vor an die Reichsbank zur Weiterleitung der Beträge an die deutsche Verrechnungsfasse zu leisten. Für diesen Zweck verlangt die Reichsbank, daß der Einzahler für jeden Auftrag, je nach Lage des Falles, ein Reichsbankformblatt Nr. 847a „Erklärungen zu unierten Käufen vom . . .“ oder Nr. 847b „Erklärungen zu RM-Einzahlungen auf Sonder- bzw. Verrechnungsfonten“ vorschriftsmäßig ausfüllt. Die Formblätter sind bei jeder Reichsbankanstalt erhältlich. Bei Ueberweisung des Betrags aus einem Postcheckkonto ist das ausgefüllte Reichsbankformblatt nebst der erforderlichen Devisengenehmigung oder Devisenbescheinigung und den sonst etwa erforderlichen Urkunden zugleich mit dem Zahlungsauftrag an das Postcheckamt einzusenden. Soll dagegen der Betrag mit Zahlkarte oder Postanweisung bei einer Postanstalt eingezahlt werden, so hat der Einzahler das ausgefüllte Reichsbankformblatt nebst der erforderlichen Genehmigung und a. F. Beweisurkunden unmittelbar der Reichsbank unter Bezug auf die gleichzeitige Einzahlung des Betrages bei der Post zu übersenden.

Bei Zahlungen nach dem Ausland innerhalb der monatlichen Devisenfreigrenze von 10 RM. ist fortan die Vorlage des Reisepasses des Einzahlers zum Vermerk über die Ausnutzung der Freigrenze erforderlich. Bei Zahlungen aus Postcheckkonten empfiehlt es sich, den Reisepaß nicht an das Postcheckamt einzusenden, sondern ihn mit dem Zahlungsauftrag der nächsten Postanstalt vorzulegen. Die Postanstalt trägt die Zahlung in den Reisepaß ein, versieht den Zahlungsbeleg mit einem entsprechenden Vermerk und gibt den Paß samt dem Zahlungsauftrag an den Postcheckkunden zurück, der dann den geprüften Auftrag selbst an das Postcheckamt einreicht. Besonders zu beachten ist, daß es nach dem Devisengesetz für gewisse Zahlungen, z. B. für Zinsen, Mieten, Pachten, Beiträge für Versicherungen in fremder Währung usw., keine Freigrenze gibt.

Mitteilungen.

1. Die Deutsche Reichspost hat eine Broschüre über Deutschlands Fernsprecheverkehr mit dem Ausland herausgegeben. Sie enthält außer einer Uebersicht über die Gebühren die gegenwärtig gültigen Bestimmungen im europäischen und außereuropäischen Fernsprecheverkehr.

2. Von der Stadt Königsutter am Elm ging uns ein Stadtplan zu, mit dem Hinweis, daß verschiedene Geländestreifen an der Bahnlinie frei sind, die sich für den Aufbau von Industriewerken eignen.

Nähere Auskunft erteilt der Rat der Stadt Königsutter am Elm.

Schifffahrt:

Bekanntmachung der Oderschifffahrt.

Nach Mitteilung des Wasserbauamts Oppeln ist die mit Verfügung vom 30. Dezember 1931 für den Hafen zu Cosel mit Bezug auf § 2 des Tarifs dieses Hafens

vom 20. Dezember 1934 bis 15. Februar 1935, festgesetzte Winterzeit bis zum 22. Februar 1935 verlängert worden.

Die Oderschifffahrt im Monat Januar 1935 und der Stand der Oderbanten.

Von der Oberstrombauberwaltung Breslau ging uns bezüglich der Oderschifffahrt im Monat Januar nachstehende Notiz zu:

Nachdem die günstige Witterung des Monats Dezember 1934 eine Fortsetzung der planmäßigen Arbeiten im Bereiche der Oberstrombauberwaltung gestattet hatte, machte der Monat Januar 1935 jeder Bautätigkeit durch Einsetzen des Frostwetters ein Ende.

Vediglich die Rammarbeiten an der Schleuse Serfno konnten in beschränktem Umfange weitergeführt werden. Bei Scherwionka wurde ein großer Cimerfettenbagger aufgestellt, der noch im Winter den Erdaushub für den Adolfs-Hitler-Kanal zwischen Scherwionka und Laband bewirken soll.

Im übrigen wurde die Zeit der alljährlichen Winterruhe dazu benutzt, um die üblichen Instandsetzungsarbeiten an den Schleusen Oderhof und Ohlau, sowie an der Flutschleuse und Gröschelschleuse im alten Großschifffahrtsweg bei Breslau auszuführen.

Am 7. Januar setzte das Frostwetter derart stark ein, daß sich auf der Oder Eisstand bildete und am 9. Januar die Mädelwehre gelegt und die Schifffahrt eingestellt werden mußte.

Die Eisperre dauerte den ganzen Monat hindurch, nur zwischen Breslau und Fürstenberg fand ein schwacher Güterverkehr statt.

In Coselhafen wurden an 11 Tagen 31 507 To. Kohle umgeschlagen, das sind arbeitstätig i. M. 2864 To.

In Breslau lagen Ende des Monats 182 Fahrzeuge im Winterstande.

An Leerfähnen waren am Monatsende vorhanden, in Coselhafen 185, in Breslau 227 und in Malsch 110 Fahrzeuge.

Verkehrsübersicht:

	Jan. 1935 *)	Dez. 1934 **)
	t	t
Coselhafen		
angekommen	rd. 5 600	43 391
abgegangen	" 15 300	153 143
zusammen:	rd. 20 900	196 534
Oppeln		
angekommen	" 500	2 005
abgegangen	" 1 300	2 275
zusammen:	rd. 1 800	4 280
Breslau		
angekommen	" 9 200	31 252
abgegangen	" 5 300	38 782
zusammen:	rd. 14 500	70 034
Malsch		
angekommen	" 2 000	10 226
abgegangen	" 7 900	62 586
zusammen:	rd. 9 900	72 812

*) vorläufige Zahlen.

**) endgültige Zahlen.

Ranfern:

Zu Berg (Richtung Coselhafen):

Januar 226 Fahrzeuge mit 11 626 To. Ladung,
Dezember 879 Fahrzeuge mit 72 983 To. Ladung;

zu Tal (Richtung Fürstenberg):

Januar 139 Fahrzeuge mit 34 354 To. Ladung,
Dezember 553 Fahrzeuge mit 220 553 To. Ladung.

Änderungen im Fernsprechverzeichnis.

Die Vorarbeiten für die Neuauflage des amtlichen Fernsprechbuchs für den Reichspostdirektionsbezirk Oppeln werden am 15. März abgeschlossen. Wünsche auf Änderungen in den Eintragungen sind bis spätestens 10. März schriftlich an die zuständige Vermittlungsstelle — nicht die Reichspostdirektion — zu richten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß gebührenpflichtige Eintragungen, die nicht spätestens bis zu dem vorgenannten Zeitpunkt zurückgezogen sind, unter Einziehung der bestimmungsgemäßen Gebühr in die neue Auflage übernommen werden.

Bücherbesprechungen:

Reichs-Telegramm-Adreßbuch. Das nach amtlichen Quellen bearbeitete Reichs-Telegramm-Adreßbuch ist vor kurzem in zwölfter Auflage erschienen. Die Herausgabe dieses Werkes erfolgt auf Grund eines Vertrages mit der Deutschen Reichspost. Es bietet als einziges Nachschlagewerk in Deutschland die Möglichkeit, jede Telegrammadresse sofort zu entziffern bzw. die richtige Telegrammadresse einer Firma schnell und zuverlässig festzustellen. Außerdem ist dem Werke ein wertvolles Branchenregister mit umfangreichem Bezugsquellenverzeichnis angegliedert. Das Branchenregister ist für den Auslandsgebrauch in die acht Welthandels-sprachen überlekt. Verlag Reichs-Telegramm-Adreßbuch G. m. b. H., Berlin W. 9, Schellingstraße 1.

Die Eisenbahn ins Haus.

Die Deutsche Reichsbahn gibt über das erste Jahr des Verkehrs mit Strassenfahrzeugen für Eisenbahnwagen einen reich illustrierten Bericht „Die Eisenbahn ins Haus, ein Jahr Verkehr mit Strassenfahrzeugen für Eisenbahnwagen“ heraus, der für viele Industriebetriebe, die keinen direkten Eisenbahnanschluß besitzen, von großem Interesse sein wird.

Devisenbewirtschaftung und Außenhandel

1. Devisenvorschriften:

Auswirkung der Mitgliedern des Saargebiets auf den Zahlungsverkehr.

Ab 18. Februar erstreckt sich die deutsche Zoll- und Währungshoheit wieder auf das Saargebiet. Durch eine Verordnung vom 13. Februar 1935 ist der Zahlungsverkehr mit dem Saargebiet geregelt worden. Durch § 1 der Verordnung wird der Zahlungsverkehr aus dem übrigen Reichsgebiet nach dem Saarland von den bisher bestehenden devisenrechtlichen Beschränkungen befreit. Im übrigen gelten aber die devisenrechtlichen Beschränkungen im Verkehr mit dem Saarland und den Bewohnern des Saarlandes weiter; dies gilt beispielsweise für die Versendung von Gold und Wertpapieren in das Saarland sowie von den Vorschriften über die depotmäßige Einlegung, Umlegung und Aushändigung von Wertpapieren eines Bewohners des Saarlandes. Die für die Erteilung derartiger Genehmigungen bisher gegebenen Vorschriften bleiben unberührt.

Zahlungen für die Einfuhr aus Sowjetrußland.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat am 15. 2. 1935 durch Rundlasse an die Devisenstellen und Ueberwachungsstellen angeordnet, daß mit Wirkung vom 16. 2. 1935 für die Einfuhr sowjetrußischer Waren Devisenbezeichnungen der Ueberwachungsstellen erforderlich sind. Für die Wareneinfuhr aus Sowjetrußland gelten danach künftig dieselben allgemeinen Grundsätze wie für die Wareneinfuhr aus anderen Ländern. Die Devisenbezeichnungen berechnen zur Einzahlung in Reichsmark auf bestimmten Sonderkonten zugunsten der Handelsvertretung der UdSSR. Das gleiche gilt für die Bezahlung der Einfuhr nichtsowjetrußischer Waren, die bisher schon üblicherweise im Transitwege über Sowjetrußland aus Afghanistan, Persien, der Mongolei, sowie Nord- und Westchina nach Deutschland eingeführt worden sind.

Zahlungen nach dem Ausland innerhalb der Freigrenze von 10 RM.

Zahlungen nach dem Ausland durch Postanweisung oder Postüberweisung, ferner die Ueberweisung von inländischen Scheidemünzen und von ausländischen Zahlungsmitteln in Wertsendungen sind im Rahmen der Freigrenze von 10,— RM. innerhalb eines Kalendermonats nur zulässig, wenn der Reisepaß desjenigen, aus dessen Mitteln die Ueberweisung oder Ueberweisung geschieht, bei der Auslieferung vorgelegt wird. In diesen Paß hat der Annahmebeamte den Betrag oder dessen Gegenwert in Reichsmark mit Tinte

unter Beisetzen seines Namens und Beidrücken des Tagesstempels einzutragen.

Postcheckkunden können zur Vermeidung der Paßüberweisung an das Postcheckamt die Eintragung in ihrem Reisepaß durch jede Postanstalt vornehmen lassen. Legt ein Postcheckkunde am Postalter eine Postüberweisung oder einen Postcheck für eine Zahlung nach dem Ausland zur Eintragung des Betrages im Reisepaß vor, so ist nach Eintragung im Reisepaß auf der Rückseite des Hauptteils der Ueberweisung oder des Schecks unter Beidrücken des Tagesstempels zu vermerken: „Im Reisepaß eingetragen“. Dieser Vermerk ist von dem Beamten zu unterschreiben. Die Ueberweisung usw. ist dem Postcheckkunden mit dem Ertrich zurückzugeben, sie unmittelbar an das Postcheckamt einzuliefern.

In allen Fällen darf eine Zahlung nur angenommen und eine Postüberweisung oder ein Postcheck nur mit dem Vermerk versehen werden, wenn nach Ausweis des Reisepasses die Freigrenze von 10,— RM. im Kalendermonat nicht überschritten wird.

Stand des Verrechnungsverkehrs Deutschlands und Frankreichs.

Am 19. 2. 35 (einschließlich) hatten die deutschen Importeure französischer Waren 1119,31 Mill. Fr. (umgerechnet) an die Reichsbank eingezahlt. Davon waren 379,02 Mill. Fr. für die Bezüge aus dem Saarland bestimmt. Demgegenüber beliefen sich die dem Office Franco-Allemand einzureichenden französischen Einfuhrbelege per 19. 2. auf 1006,20 Mill. Fr. Der deutsche Einfuhrüberschuß machte also 113,11 Mill. Fr. aus.

Die französischen Importeure hatten (ohne Abzug der 15,75 v. H.) am 19. 2. 687,50 Mill. Fr. an die Bank von Frankreich eingezahlt, während die französischen Exporteure bis zu diesem Termin Zahlungen in Höhe von 580,44 Mill. Fr. erhalten hatten, wovon 164,60 Mill. Fr. auf die saarländischen Exporteure entfielen.

Die Nummer der letzten, von der Reichsbank beim Office Franco-Allemand eingelaufenen Rechnung (Bordereau) lautet auf 33 240, während das letzte zahlbare Bordereau die Nummer 14 641 trägt. Die noch nicht bezahlten Rechnungen der französischen Exporteure stellen sich auf folgende Beträge: (Bezahlt sind die Bordereaux 1 bis 14 641 in Höhe von 580,44 Mill. Fr.). Noch offen stehen die Rechnungen:

14 642 bis 15 000	30 059,75 Mill. Fr.
15 001 „ 20 000	201 452,05 „ „
20 001 „ 25 000	116 089,95 „ „
25 001 „ 30 000	138 240,56 „ „
30 001 „ 32 240	53 027,01 „ „

Mitteilung des Niederländischen Clearing-Instituts über Gegenseitigkeitsgeschäfte mit Deutschland.

Das Niederländische Clearing-Institut hat die folgende vorläufige Bekanntmachung erlassen:

Bei Kompensationsgeschäften sind zwei Klassen zu unterscheiden: direkte Kompensationen und sogenannte Clearing-Kompensationen. Wie bekannt, können direkte Kompensationen, bei denen eine private Verrechnung der unter den Verrechnungsverkehr fallenden Schulden und Forderungen außerhalb des Clearings stattfindet, im allgemeinen nicht genehmigt werden.

Anträge auf Genehmigung von „Clearing-Kompensationen“, die in Deutschland als „Gegenseitigkeitsgeschäfte“ bekannt sind und die den Zweck verfolgen, eine zusätzliche deutsche Ausfuhr zu ermöglichen, können nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn dem Clearing-Institut auf Verlangen nachgewiesen wird, daß der über das Clearing zu bezahlenden zusätzlichen Ausfuhr holländischer oder niederländisch-indischer Erzeugnisse eine erheblich größere zusätzliche Einfuhr aus Deutschland gegenübersteht, die ebenfalls in vollem Umfange auf dem Verrechnungswege bealiquen wird.

Das Clearing-Institut selbst beurteilt auf Grund der von den Interessenten vorzulegenden Bescheide, ob das Einfuhrgeschäft als eine zusätzliche Einfuhr angesehen werden kann, sowie auch die Frage, bis zu welchem Prozentsatz dieser zusätzlichen Einfuhr eine Ausfuhrforderung als Clearing-Kompensation zum Verrechnungsverfahren zugelassen werden kann.

Um Mißverständnisse auszuschließen, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Forderungen aus einem vom Clearing-Institut genehmigten Gegenseitigkeitsgeschäft keinerlei Bevorzugung bei der Auszahlung genießen. Der Charakter dieser Art von Forderungen ist vollkommen analog dem der gewöhnlichen Forderungen aus einseitigen Ausfuhrgeschäften. Es besteht nur der Unterschied, daß

- a) eine Auszahlung im allgemeinen nicht erfolgen kann, bevor der Fakturrenbetrag der Einfuhr beim Clearing-Institut eingezahlt ist, und
- b) das Verrechnungszertifikat des Krisenausfuhrbüros durch ein von demselben Büro auszugebendes Ausfuhrkontrollzertifikat ersetzt wird, dessen Aushändigung beantragt werden kann, nachdem die Genehmigung vom Clearing-Institut erteilt worden ist.

Anträge auf Genehmigung von Clearing-Kompensationsgeschäften müssen von den niederländischen Ausfuhrfirmen schriftlich an die Abteilung „Allgemeine zaken“ (Allgemeine Angelegenheiten) des Clearing-Instituts gerichtet werden.

2. Außenhandel:

Deutschlands Anteil am polnischen Außenhandel im Jahre 1934.

Der polnische Gesamtimport betrug im Jahre 1934 798,7 Mill. Zl. und der Gesamtexport 975,6 Mill. Zl. Der Anteil Deutschlands an der polnischen Einfuhr betrug im vergangenen Jahr 107,8 Mill. Zl. oder 13,4%, gegen 145,6 Mill. Zl. im Jahre 1933 und 173,1 Mill. Zl. im Jahre 1932. Der Anteil Deutschlands an der polnischen Ausfuhr stellte sich auf 158 Mill. Zl. oder 16,2%, gegenüber 167,7 Mill. Zl. im Jahre 1933 und 175,9 Mill. Zl. im Jahre 1932. Wie aus den Ziffern zu ersehen ist, ging die polnische Einfuhr aus Deutschland wesentlich stärker zurück, als die Ausfuhr nach Deutschland. In Erzeugnissen der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie stellte sich der deutsch-polnische Außenhandel im Jahre 1934 wie folgt dar:

	Polnische Einfuhr aus Deutschland in Mill. Zl.	Polnische Ausfuhr nach Deutschland in Mill. Zl.
Uedle Metalle und Metall- waren (darunter Eisen und Eisenerzeugnisse)	20,2	32,4
Maschinen, Apparate und elek- trische Geräte	19,6	1,5
Transportmittel	1,8	2,2
Waffen und Munition	0,5	0,01
Opt. Instrumente, Präzisions- apparate, Musikinstrumente	6,4	0,4

Der polnische Außenhandel im Januar 1935.

Die Außenhandelsbilanz Polens und der Freien Stadt Danzig ergibt nach den vorläufigen Berechnungen des statistischen Hauptamtes für den Monat Januar 1935 folgende Ziffern:

Einfuhr:

193 011 To. im Werte von 61 938 000.— Zl.

Ausfuhr:

1 222 623 To. „ „ „ 78 291 000.— „

Der Aktivsaldo beträgt für Januar mithin 16 353 000.— Zloty.

Im Vergleich zum Dezember 1934 verminderte sich die Ausfuhr um 3 891 000.— Zl. Die Einfuhr verminderte sich um 4 228 000.— Zl., der Aktivsaldo blieb auf unveränderter Höhe.

Die Ausfuhr vergrößerte sich in folgenden Waren: Roggen um 3,1 Mill. Zl., Schnittmaterial um 1,6 Mill. Zl., Gerste um 0,8 Mill. Zl., Stahl und Eisen um 0,6 Mill. Zl.

Dagegen verminderte sich die Einfuhr in folgenden Waren: Eisenbahnchienen um 1,4 Mill. Zl., Zuckerrübensamen um 1 Mill. Zl., Kohle um 0,8 Mill. Zl., Koks um 0,7 Mill. Zl., Antriebs- und Schmieröle um 0,7 Mill. Zl., Hopfen um 0,6 Mill. Zl., weiße und rote Kleesamen um 0,5 Mill. Zl., Kloben und Langholz um 0,4 Mill. Zl.

Die Einfuhr verminderte sich in folgenden Waren: Apfelfrüchten und Zitronen um 1,4 Mill. Zl., rohe ungewaschene Schafwolle um 1,3 Mill. Zl., Kopro um 0,9 Mill. Zl., Pelzfelle um 0,5 Mill. Zl.

Die Einfuhr vergrößerte sich: gefärbte Schafwolle um 1,2 Mill. Zl., Baumwolle und Abfälle um 1,1 Mill. Zl., Eisenwaren um 0,8 Mill. Zl., elektrische Apparate und deren Teile um 0,6 Mill. Zl., Weintrauben um 0,5 Mill. Zl., Rohhäute um 0,5 Mill. Zl., Pflaumen um 0,4 Mill. Zl., Rüsse um 0,4 Mill. Zl., pflanzliche und tierische Fette und Öle um 0,4 Mill. Zl., Lumpen um 0,4 Mill. Zl.

Allgemeine Beschränkung der Einfuhr nach Italien.

Nähere Auskunft über die Einfuhrbeschränkungen erteilt die Außenhandelsabteilung der Industrie- und Handelskammer.

Lieferbedingungen im Rußlandgeschäft.

Von dem Rußland-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft ging uns nachstehendes Schreiben zu:

„Wir haben in Erfahrung gebracht, daß die Russen bei kleineren Aufträgen in ziemlich kategorischer Form Einzelbestimmungen bei den Lieferbedingungen durchzusetzen versuchen, die bei den zur Zeit schwebenden Verhandlungen über eine Neufassung derselben in Aussicht genommen sind. Bedauerlicherweise sollen schon einige Firmen auf diese unberechtigten russischen Forderungen eingegangen sein.“

Wir haben unsere Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Erteilung einer staatlichen Ausfallgarantie, also die Unterstützung der betreffenden Geschäfte aus Mitteln der Allgemeinheit, versagt wird, wenn in den Lieferverträgen Bedingungen enthalten sind, die den noch heute gültigen Lieferbedingungen vom Jahre 1927 widersprechen.

Im Hinblick darauf aber, daß die derzeitigen Verhandlungen über die neuen Lieferbedingungen voraussichtlich sehr bald zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnis führen werden, soll nichts dagegen eingewandt werden, wenn deutsche Lieferfirmen bei ihren Geschäftsab schlüssen den Russen gegenüber die Erklärung abgeben, daß die Verträge zwar auf Grund der derzeitigen Lieferbedingungen abgeschlossen werden, daß an Stelle dieser aber die neuen Lieferbedingungen treten sollen, sobald diese offiziell angenommen sind und als rechtmäßige Unterlage angesehen werden können.

Messen.

In der Zeit vom 12.—21. März 1935 findet die Frühjahrmesse in Utrecht statt;

in der Zeit vom 28. April bis 5. Mai 1935 die Internationale Messe in Posen;

in der Zeit vom 12.—27. April 1935 die XVI. Mustermesse in Mailand.

In der Zeit von Juni bis September findet in Dresden eine Ausstellung „Der Rote Hahn“, Deutsche Volksschau für Feuerschutz und Rettungswesen statt.

Gesetzgebung und Verwaltung

Neue Gesetze und Verordnungen.

Regelung von Erzeugung und Absatz.

Vierte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 4. 2. 1935. RGBl. I. 35, S. 170

Der Reichsnährstand umfaßt auch die Zusammenschlüsse, die auf Grund des § 3 des Reichsnährstandsgesetzes, auch in Verbindung mit anderen Vorschriften, oder auf Grund des Gesetzes über den Zusammenschluß der Mühlen vom 15. 9. 1933 gebildet sind oder werden.

Zweite Verordnung über die Regelung der Erzeugung und des Absatzes von Hopfen vom 8. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 180

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 15. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 204.

Regelt die Verfolgung von Zuwiderhandlungen bei unerlaubter Herstellung oder Vertrieb der Uniformen des Reichsluftschutzbundes oder des Deutschen Luftsportverbandes, des Freiwilligen Arbeitsdienstes oder der Technischen Nothilfe.

Verordnung über Bezugsscheine für Betäubungsmittel vom 20. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 208

Verordnung über Umlage auf Betäubungsmittel vom 20. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 212

Verordnung über Verarbeitung von Betäubungsmitteln vom 20. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 212

Gesetz zur Regelung des Tabakanbaues vom 27. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 289.

Verordnung über die Bildung von Schiedsgerichten für die landwirtschaftliche Marktregelung vom 26. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 293.

Anordnung über die Errichtung gewerblicher Unternehmungen und Betriebe im Saarland vom 27. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 300.

Verordnung zur Regelung des Verkehrs mit Schlachtvieh vom 27. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 301.

Zur Regelung der deutschen Viehwirtschaft, insbesondere des Absatzes und der Verwertung sowie der Preise und Preisspannen von Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und tierischen Fetten werden zu Schlachtviehverwertungsverbänden zusammengeschlossen die Betriebe, die entweder Schlachtvieh erzeugen oder gewerbsmäßig mit Schlachtvieh handeln, Schlachtvieh schlachten, Fleischwaren herstellen oder mit Fleisch handeln oder tierisches Fett für die menschliche Ernährung verarbeiten.

Am Schlachtviehverwertungsverband 10 werden die einschlägigen Unternehmungen Schlesiens zusammengefaßt. Schlachtviehmarkt im Sinne der Verordnung ist u. a. der Viehgroßmarkt Benthien OS.

Devisenbewirtschaftung.

Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 4. 2. 35.

RGBl. I. 35 S. 106.

Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 4. 2. 35.

RGBl. I. 35 S. 114

Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung

RGBl. I. 35 S. 119

Verordnung über den Zahlungsverkehr mit dem Saarland vom 13. 2. 35.

RGBl. I. 35 S. 187

Handel.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom 19. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 208

Sondernachlässe lt. § 12 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom

21. 2. 34 (RGBl. I. S. 120) können auch bei Lieferungen an Gemeinden unter 100 000 Einwohner und an Gebietskörperschaften gewährt werden.

Übernahme von Verkaufsstellen durch ausgeschiedene Beamte der Schutz- und Landespolizei (Munderl. des R. u. Pr. Ministers des Innern v. 28. 1. 1935).

Min. Bl. f. d. Pr. inn. Verw. 35 S. 156

Die Erlaubnis zur Neuerrichtung einer Verkaufsstelle wird nur erteilt, wenn der Nachweis der erforderlichen Sachkunde und Zuverlässigkeit vor dem Vorsitzenden der Prüfungsstelle bei einer Industrie- und Handelskammer geführt wird.

Handel mit Schusswaffen und Munition (Munderl. d. Stellb. Chefs u. Insp. d. Pr. Geh. Staatspol. v. 18. 2. 1935).

Min. B. f. d. Pr. inn. Verw. 35 S. 231

Gegen Händler, die sich Verstöße gegen die einschlägigen waffenrechtlichen Bestimmungen zuschulden kommen lassen, ist regelmäßig die Strafverfolgung einzuleiten. Außerdem ist die Zurücknahme der Genehmigung zu veranlassen.

Erfrischungsräume in Warenhäusern. (Munderl. d. R. u. Pr. Min. des Innern v. 19. 2. 1935).

Min. B. f. d. Pr. inn. Verw. 35 S. 231

Das Bedürfnis für den Fortbestand von Erfrischungsräumen in Warenhäusern ist in der Regel zu verneinen. Eine Anerkennung des Bedürfnisses kann nur in Großstädten und auch hier nur bei außergewöhnlich großen Warenhäusern in Betracht kommen.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versteigerergewerbe vom 27. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 289.

In § 14 Abs. 1 und § 15 des Gesetzes über das Versteigerergewerbe vom 16. 10. 1934 (RGBl. I. 34 S. 974) treten an Stelle des Datums „28. Februar 1935“ die Worte „31. Mai 1935“. Demnach kann, wer am 16. 10. 34 zum Betriebe des Versteigerergewerbes berechtigt war und dies Gewerbe ausübte, es noch bis zum 31. 5. 1935 ohne Erlaubnis betreiben. Das Gesetz zur Beseitigung der Mißstände im Versteigerergewerbe vom 7. 8. 1933 (RGBl. I. 33, S. 578) tritt erst am 31. 5. 1935 außer Kraft.

Anordnung über die Ausübung der Vertreterfähigkeit im Saarland vom 27. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 300

Personen, welche im Besitz einer Legitimationskarte gemäß §§ 44 und 44a der Gewerbeordnung sind, bedürfen für die Ausübung ihrer Tätigkeit im Saarland der Erlaubnis des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe belegt, deren Höchstmaß unbeschränkt ist. Die Anordnung tritt mit Ablauf des 1. September 1935 außer Kraft. Sie kann auch vorher aufgehoben werden.

Geldwesen und Finanzfragen.

Verordnung zur Regelung der finanziellen Auseinandersetzung zwischen den alten und neuen Trägern der Straßenbaulast vom 12. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 181

Verordnung über das Zollwesen im Saarland v. 13. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 182

Gesetz über Erteilung einer Kreditermächtigung v. 19. 2. 35.

RGBl. I. 35 S. 198

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, im Wege des Kredites Mittel zu beschaffen, deren Höhe der Führer und Reichskanzler auf Antrag des Reichsministers der Finanzen bestimmt.

Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 205

Verordnung über den Übergang der Verwaltung der Pfandbriefkredite auf die Preussische Landesrentenbank in Berlin vom 19. 2. 1935.

RGBl. I. 35 S. 208

Verordnung zur Ergänzung des Zweiten Gesetzes über einige Maßnahmen auf dem Gebiete des Kapitalverkehrs vom 21. 2. 35.

RGBl. I. 35 S. 214

Enthält veränderte Sonderregelung der Fälligkeit und Tilgung der Aufwertungsschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Verordnung über die Umstellung der Schuldverhältnisse im Saarland vom französischen Franken auf Reichsmark vom 22. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 250.

Verordnung über die Einführung des Wechsel- und Scheckrechts im Saarland vom 21. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 251.

Verordnung zur Einführung der Gesetzgebung über die Devisenbewirtschaftung und den Zahlungsverkehr mit dem Ausland im Saarland vom 23. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 278.

Erste Verordnung zur Änderung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung vom 25. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 282.

Verordnung über die Einführung der Reichswährung im Saarland vom 25. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 279.

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs vom 26. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 285.

Gesetz über die Zinsermäßigung bei öffentlichen Anleihen vom 27. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 286.

Arbeitsfragen.

Gesetz über die Beurlaubung von Angestellten und Arbeitern für Zwecke der Leibeserziehung vom 15. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 197.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Heimarbeit vom 20. 2. 1935. RGBl. I. 35 S. 261.

Kündigung und Mietsteigerung.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat unter dem 15. Januar 1935 folgendes Schreiben an den Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine e. V. gerichtet:

„Vorliegende Beschwerden geben mir Anlaß, auf folgenden hinzuweisen:

Ich habe im Vertrauen auf eine verständnisvolle und die Zeitverhältnisse richtig würdigende Mitarbeit der Hausbesitzer davon abgesehen, allgemeine Anordnungen zur Verhinderung von unberechtigten Mietsteigerungen zu erlassen. Ich habe auch die Öffentlichkeit darüber unterrichtet, daß nicht stets eine Mietsteigerung unberechtigt zu sein braucht, daß diese vielmehr unter Umständen im Rahmen einer angemessenen Rentabilitätsberechnung erforderlich und richtig sein kann.

Eine völlige Verkennung der Verhältnisse würde aber vorliegen, wenn etwa der Hausbesitz allgemein dazu übergehen würde, jetzt zum Vierteljahreschluß Mietverträge zu kündigen und die Verlängerung von einer Mietsteigerung abhängig zu machen.

Ich erkläre hierzu ganz ausdrücklich, daß ich im allgemeinen keinen Anlaß zu Mietsteigerungen derzeit für gegeben erachte. Der Hausbesitzer, der glaubt, ohne eine solche nicht auskommen zu können, muß sich seiner Verantwortung gegenüber dem Volksganzen bewußt sein; er muß mit genauer Nachprüfung der Verhältnisse rechnen; er muß sich auch darüber klar sein, daß er durch sein Vorgehen, wenn es fahrlässig oder gar vorsätzlich zu unberechtigter Mietsteigerung führt, unter Umständen wieder einen verstärkten allgemeinen Mieterschutz hervorruft. Ich bitte daher dringend, hierüber in Ihren Kreisen eiligst Aufklärung zu schaffen, um mich der Notwendigkeit zu enthalten, neue Anordnungen zu treffen.

Die obersten Landesbehörden sind in gleichem Sinne unterrichtet worden.“

Herstellung und Vertrieb von Parteiuniformen usw. nur mit Erlaubnis des Reichsschatzmeisters der NSDAP.

Das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934 (Reichsgesetzblatt Nr. 137/1934 Teil I, S. 1269) bringt in § 5 eine nicht unerhebliche Änderung des bisherigen Genehmigungsverfahrens für die Herstellung und den Vertrieb der Parteiuniformen. § 5 Abs. 1 des Gesetzes lautet:

„Wer parteiamtliche Uniformen, Uniformteile, Gewebe, Fahnen oder Abzeichen der NSDAP, ihrer Gliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände ohne Erlaubnis des Reichsschatzmeisters der NSDAP, gewerbmäßig herstellt, vorrätig hält, feilhält oder sonst in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Für welche Uniformteile und Gewebe es der Erlaubnis bedarf, bestimmt der Reichsschatzmeister der NSDAP. im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister durch eine im Reichsgesetzblatt zu veröfentlichte Bekanntmachung.“

Ebenfalls mit Gefängnis wird bestraft, wer parteiamtliche Uniformen und Abzeichen in Besitz hat, ohne dazu als Mitglied der NSDAP, ihrer Gliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände oder aus einem anderen Grunde befugt zu sein. Dieselben Bestimmungen gelten für solche Uniformen usw., die den parteiamtlichen Uniformen zum Verwechseln ähnlich sind. Neben der Strafe ist auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zu erkennen. Die Verfolgung der Tat findet nur mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers oder der von ihm bestimmten Stelle statt.

Nach § 8 des Gesetzes gelten die Vorschriften dieses Gesetzes mit Ausnahme des § 5 Abs. 1 sinngemäß auch für die Uniformen des Reichsluftschutzbundes, des Deutschen Luftsportverbandes, des Freiwilligen Arbeitsdienstes und der Technischen Nothilfe.

Die in dem Gesetz gegen heimtückische Angriffe usw. angefündigte Bekanntmachung wurde am 30. Januar 1935 im Reichsgesetzblatt I, Seite 1269, veröffentlicht. Die Bekanntmachung bestimmt, für welche Uniformteile und Gewebe es der Erlaubnis bedarf. Es handelt sich um folgende Uniformteile:

1. Bekleidungsgegenstände für die Politische Organisation der NSDAP, für SA. und SA.-Marine, für die SS., für das Nationalsozialistische Kraftfahr-Korps, für die Hitler-Jugend mit dem Deutschen Jungvolk, dem Bund Deutscher Mädel und den Jungmädeln sowie für die Deutsche Arbeitsfront.

Lange Braunhemden, kurze Diensthemden mit Seitenhaken, Diensthosen, Dienstströcke, Dienstmäntel, Mützen der Politischen Organisation, SA.-Dienstmützen, SA.-Feldmützen, Mützen für SA.-Marine, SS.-Dienstmützen (alte und neue Form), SS.-Feldmützen, Mützen des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, Mützen der Hitler-Jugend, Mützen des Deutschen Jungvolks, Mützen des Bundes Deutscher Mädel, Mützen der Deutschen Arbeitsfront.

2. Sonstige Uniformteile:

a) Leibriemen mit einer Mindestbreite von 45 Millimeter, Schulterriemen, Sturzhelme für das Nationalsozialistische Kraftfahr-Korps, Koppelschlösser, Zweidornschnallen, Dienstdolche für SA. und SS., Fahrtenmesser für die Hitler-Jugend und das Deutsche Jungvolk, Ärmelabzeichen, Ärmelstreifen, Armbinden, Achselklische, Führerschnüre, Schulterknöpfe für die Hitler-Jugend, Kragenpiegel, Schwalbenkettler, braune Binder, Totenkopfabzeichen für SS., Abzeichen für Fliegerstürme, Abzeichen für Pionierstürme, Abzeichen für Reiterstürme, Abzeichen für Marinestürme, Abzeichen für Nachrichterstürme, Abzeichen für Lehrstürme, Kraftfahrerabzeichen, Rangabzeichen für politische Leiter, Rangabzeichen für SA., SS. und für Führer der Hitler-Jugend und des Deutschen Jungvolkes, Abzeichen für Bahnärzte, Abzeichen für Verwaltungsführer, Abzeichen für Apotheker, Abzeichen für Ärzte, Abzeichen für Veterinäre, Metallknöpfe mit dem Hakenabzeichen der NSDAP, Steinnußknöpfe für die Deutsche Arbeitsfront, Steinnußknöpfe für die Hitler-Jugend und das Deutsche Jungvolk, Trommeladler;

b) folgende Ausrüstungsgegenstände, sofern sie für die NSDAP. oder ihre Gliederungen bestimmt sind: Tornister, Feldbahnen, Brotbeutel, Feldflaschen, Kochgeschirre, Trinkebecher, Spaten, Ersatzteile zu den vorgenannten Gegenständen.

Sämtliche genannten Uniformteile müssen sichtbar das Schutzzeichen der Reichszugemeistererei der NSDAP. tragen. Sofern das Schutzzeichen nicht aufgestempelt oder eingepreßt wird, ist ein Anhängenzettel mit dem Schutzzeichen anzubringen. Die Erlaubnis zur Verwendung des Schutzzeichens der Reichszugemeistererei der NSDAP. wird den Herstellern von dem Reichsschatzmeister der NSDAP. gleich-

zeitig mit der im Gesetz vom 20. Dezember 1934 vorgesehenen Erlaubnis (§ 5, Abs. 1) erteilt. Die Anhängezettel mit dem Schutzzeichen sind von der Reichszugemeisterei der NSDAF. in München zu beziehen.

Ferner sind erlaubnispflichtig sämtliche Gewebe, welche nach der Farbkarte der Reichszugemeisterei der NSDAF. eingefärbt sind. Die Farbkarten können von der Reichszugemeisterei der NSDAF., München 2 SW., Schwanthaler Straße 53/55, bezogen werden. Zu parteiamtlichen Bekleidungsgegenständen dürfen nur solche Gewebe, die das Schutzzeichen oder den Plättestempel der Reichszugemeisterei der NSDAF. tragen, verarbeitet werden. Die Erlaubnis zur Verwendung des Schutzzeichens oder des Plättestempels wird den Herstellern von dem Reichsschatz-

meister der NSDAF. mit der Erlaubnis nach Artikel 1 § 5 Abs. 1 Satz 1 erteilt. Die Plättestempel sind von der Reichszugemeisterei der NSDAF. in München zu beziehen.

In der ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz gegen heimtückische Angriffe usw. vom 15. Februar 1935 wird festgelegt, daß bei Zuwiderhandlungen gegen das genannte Gesetz an Stelle des Stellvertreters des Führers, wenn durch die Tat der Reichsluftschutzbund oder der Deutsche Luftsportverband verletzt ist, der Reichsminister der Luftfahrt und, wenn der Freiwillige Arbeitsdienst oder die Technische Nothilfe verletzt ist, der Reichsminister des Innern für die Erteilung der Zustimmung zur Verfolgung der Tat zuständig ist.

Rechtsprechung

Arbeitsrechtliche Entscheidungen.

Das Arbeitsgericht muß zwar grundsätzlich auch dann Gütertermin vor dem Vorsitzenden ansetzen, wenn es die Klage für aussichtslos hält, doch ist der Grundsatz des Schifaneverbots geeignet, eine Ausnahme von dieser Regel im Einzelfalle festzustellen.

(Beschluss des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 24. 1. 1935; 9. Ta. 1/35; erste Instanz: ArbGericht Hindenburg OS.).

Der Kläger war früher bei der Beklagten tätig und hat in wiederholten Klagen Lohn- und Schadenersatzansprüche gegen die Beklagte erhoben. Im ersten Rechtsstreit ist die Klage abgewiesen, in einem zweiten desgleichen, wobei in den Entscheidungsgründen bereits auf die Unbelehrbarkeit des Klägers hingewiesen ist. In einem dritten Urteil ist die Klage abgewiesen, weil der Einwand der rechtskräftig entschiedenen Sache durchgreife. Das Armenrecht für die Berufung wurde wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung verweigert.

Nunmehr erhob der Kläger eine neue Klage im Umfang von etwa 40 Seiten, in der genau die gleichen Behauptungen enthalten sind, wie in den früheren Klagen, nur mit dem Unterschiede, daß die errechneten Summen sich in viele Tausende von Reichsmark steigern. Das Armenrechtsgesuch wurde abgelehnt, die Beschwerde hiergegen zurückgewiesen.

Darauf hat das Arbeitsgericht folgenden Beschluss erlassen:

In Sachen . . . wird der Antrag des Klägers auf Anberaumung eines Verhandlungstermins zurückgewiesen und die Klage abgewiesen.

Auf die Beschwerde des Klägers hat das Landesarbeitsgericht beschlossen:

Die Beschwerde wird mit der Maßgabe auf Kosten des Klägers zurückgewiesen, daß die Worte „und die Klage abgewiesen“ fortfallen.

Aus den Gründen:

Grundsätzlich verbleibt das Landesarbeitsgericht bei seinem Beschluss vom 27. 6. 33*) worin gesagt ist, daß ein Arbeitsgericht nicht zu prüfen habe, ob ein Anspruch etwa aussichtslos sei, und daß es nicht befugt sei, die Anberaumung eines Gütertermins wegen Aussichtslosigkeit zu verweigern.

Nach § 46 Abs. 2 Arbeitsgerichtsgesetz findet § 499 b ZPO. keine Anwendung, und in den entsprechenden Paragraphen 54, 55 ArbGerGesetz ist der gleiche Satz nicht enthalten. Eine Gesetzeslücke kann nicht vorliegen, denn die ältere Vorschrift lag vor, und es ist von ihr bewußt abgewichen. Im Zivilprozeß vor dem ordentlichen Gericht handelt es sich beim Güterverfahren um ein Verfahren vor dem Prozeß, beim Arbeitsgericht bildet der Gütertermin einen Teil, und zwar den Anfang des Streitverfahrens erster Instanz. Der Gütertermin soll den Sach- und Streitstand so klarstellen, daß der Vorsitzende in der Lage ist, die ihm nach § 56 ArbGerGes. erforderlich erscheinenden Maßnahmen zu treffen.

Von diesem Grundsatz muß aber eine Ausnahme da anerkannt werden, wo eine mißbräuchliche Ausnutzung dieses Rechtes auf Terminansetzung festzustellen ist. Der Satz, daß

niemand ein Recht ausüben dürfe, wenn er nur den Zweck verfolgen könne, einem anderen Schaden zuzufügen (§ 226 BGB.) muß sinngemäß dort Anwendung finden, wo eine Behörde dazu mißbraucht werden soll. Das Beschwerdegericht hat sich durch Einholung einer polizeilichen Auskunft über den Kläger davon überzeugt, daß er völlig unbelehrbar ist. Woraus diese Tatsache zurückzuführen ist, kann und braucht nicht erörtert zu werden. Die Ladungen verursachen Kosten, welche der Allgemeinheit zur Last fallen, denn der Kläger ist vermögenslos und eine Vorschusspflicht besteht nicht. Auch dem Gegner erwachsen durch die Pflicht, vor Gericht zu erscheinen, Unkosten, indem Arbeitskraft, die sonst produktiv Verwendung finden könnte, nutzlos vertan wird. Hierzu die Hand zu bieten, kann nicht Aufgabe der Gerichte sein. Das Beschwerdegericht ist daher zu dem Ergebnis gelangt, daß die Ablehnung der Terminsanberaumung im vorliegenden Ausnahmefall durchaus begründet ist.

Nicht zulässig war die Abweisung der Klage durch Beschluss. Es bedarf dessen aber auch nicht, da die Klage erst mit der Zustellung als erhoben gilt. (§ 47, Abs. 1, Satz 2 ArbGerGes.).

1. Beschaffung des Arbeitsbuches ist nicht Sache des Arbeitgebers.

2. Unberechtigte Verweisererteilung; Form des Widerrufs. (Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 18. 12. 1934; 9. S. 138/34, erste Instanz; ArbGericht Bentzen OS.).

Der Kläger ist minderjährig; sein Vater wandte sich an das zuständige Arbeitsamt wegen Vermittlung einer Lehrstelle, wodurch die Parteien in Verbindung kamen. Der Kläger trat als Volontär ein, wobei beide Parteien darüber einig waren, daß ein Lehrverhältnis nicht in Frage komme, weil die Beklagte keine Lehrlinge ausbilden könne, da ihre Inhaber nicht Feinmechanikermeister waren.

Im Laufe des Vertragsverhältnisses machte die zuständige Gemeindebehörde die Beklagte darauf aufmerksam, daß der Minderjährige ein Arbeitsbuch vorzulegen habe und seine Beschäftigung ohne solches unzulässig sei. Die Beklagte forderte darauf den Minderjährigen und den Vater mehrfach mündlich und schriftlich auf, das Arbeitsbuch vorzulegen, und entließ den Kläger schließlich fristlos wegen der Nichtvorlegung. Außerdem hat sie ihm einen Verweis erteilt, und ihn durch Anschlag im Betriebe bekannt gegeben.

Der Kläger und sein Vater meinen, da der Inhaber der Beklagten das Arbeitsbuch als „Betriebsführer“ gefordert habe, habe er gegen das Genfer Abkommen betr. die Rechtsverhältnisse in Oberschlesien verstoßen; die Bearbeiter des Führers und der Gefolgschaft seien erst durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit eingeführt, und hierdurch würden die Rechte der polnischen Minderheit in Oberschlesien verletzt, welche durch das Genfer Abkommen geschützt seien. Auch der Verweis sei unberechtigt gewesen.

Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen. Auf die Berufung des Klägers wurde das Urteil hinsichtlich des Verweises abgeändert, die weitere Berufung dagegen zurückgewiesen. Aus den Entscheidungsgründen:

Da der Kläger mit Wissen und Einverständnis des Vaters als Volontär eingetreten ist, ist er für den vorliegenden Rechtsstreit nach § 113 BGB. und § 52 ZPO. unbeschränkt geschäftsfähig und prozeßfähig.

*) Oberschlesische Wirtschaft, September 1933.

1. Die Forderung der Beklagten, ein Arbeitsbuch vorzulegen, beruht auf § 107 der GewOdg. Die Bestimmung bestand schon im Jahre 1922 und hat nichts mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zu tun. Wenn statt des Betriebsleiters jetzt von Betriebsführer gesprochen wird, so ist die Eigenschaft die gleiche geblieben und die Änderung des Ausdrucks für die Frage des Schutzes der polnischen Minderheit vollkommen belanglos. Es ergibt sich die weitere Frage, wer das Arbeitsbuch zu beschaffen hat. Die Pflicht hierzu hat zunächst der gesetzliche Vertreter, und es ist vollkommen verständlich, daß ein Vater sich zunächst um die Arbeitsstelle bemüht, dann aber sich weigert, das Arbeitsbuch, also die notwendige Voraussetzung für die Beschäftigung, zu beschaffen. Die Beschaffung ist eine öffentlich-rechtliche Pflicht, die zunächst nichts mit dem Abschluß des Vertrages mit einem bestimmten Arbeitgeber oder der Beschäftigung durch ihn zu tun hat.

Drei Momente sind auseinander zu halten: 1. die Ermächtigung durch den gesetzlichen Vertreter, in Dienst oder Arbeit zu treten (§ 113 BGB.), 2. die Beschaffung des Arbeitsbuches und 3. der Vertragschluß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vertragschluß ist wirksam, wenn die Ermächtigung vorliegt oder — mangels einer solchen — bei nachträglicher Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter (§§ 113 oder 108 BGB.). Die Vorlegung des Buches gehört nicht zum Vertragschluß, wohl aber zum Antritt, denn bei Annahme der Dienste ohne Buch macht sich der Arbeitgeber strafbar (vergl. Landmann, GewOdg. Anm. 2 zu § 107 und Anm. 5 zu § 108).

Hat also der gesetzliche Vertreter das Arbeitsbuch beschafft, dann kann er den Eintritt in eine bestimmte Stelle doch noch untersagen, und umgekehrt, hat er den Sohn — wie hier — in einer bestimmten Stelle untergebracht, dann ist der Fall denkbar, daß er das Buch doch nicht beschafft. In

einem solchen Falle soll die Unterbringung an der Säumnigkeit oder dem Starrsinn des gesetzlichen Vertreters nicht scheitern, sondern der Minderjährige soll selbst den Antrag stellen dürfen, wenn die Gemeindebehörde die Zustimmung erteilt.

Dagegen besteht keine Pflicht des Arbeitgebers, das Buch selbst zu beschaffen. Hätte dies der Gesetzgeber gewollt, dann hätte er es ausgesprochen. Es kann sogar zweifelhaft sein, ob der Arbeitgeber ein Recht zur Beschaffung hat. Die Arbeitsbücher wurden eingeführt zur Stärkung der väterlichen Autorität (vergl. hierüber eingehend Landmann Anm. zu § 107). Der Vater sollte eine Kontrolle haben, daß und wo der Sohn arbeitete; diesem Zwecke würde es direkt zuwider laufen, wenn der Arbeitgeber das Buch beschaffen dürfte oder sogar müßte.

Die Beklagte war also berechtigt, den Volontär zu entlassen, weil weder der Sohn noch der Vater das Arbeitsbuch beschaffen.

2. Der Verweis ist eine Form der Buße. Einem Lehrling gegenüber folgt das Recht zum Verweis aus der Vorschrift, daß der Lehrling der väterlichen Zucht unterworfen ist (§ 127a GewOdg.). Der Kläger war aber nicht Lehrling, es bestand also kein allgemeines Recht zu bestrafen, es bestand auch keine Arbeitsordnung (früher § 134a GewOdg.) und keine Betriebsordnung (jetzt § 27 MOG.). Das Gericht hat das Recht, die Bußen daraufhin nachzuprüfen, ob sie zu Recht bestehen. Das Gericht hat antragsgemäß festgestellt, daß der Verweis unberechtigt gewesen sei. Ob eine solche Feststellung zu treffen oder der Betriebsführer nur zum Widerruf zu verurteilen ist, darüber ist im Gesetz nichts gesagt, doch kommt es praktisch auf dasselbe heraus, denn zum Widerruf durch Ausgang zu verurteilen, hält sich das Gericht nicht für befugt, weil diese Form des Widerrufs offenbar Strafcharakter trüge, was vom Gesetzgeber nicht vorgesehen ist.

Soziales

Arbeitszeit in den Abänderungswerkstätten der Damenkonfektionsgeschäfte.

Die Gültigkeit meiner Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit in den Abänderungswerkstätten der Damenkonfektionsgeschäfte an den Vorabend der Sonn- und Feiertage vom 7. April 1932 (Reg.-Amtsblatt Seite 113/114) in der Fassung vom 17. Februar 1934 (Reg.-Amtsblatt Seite 63) wird auf Grund des § 30 der Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934 widerrufen bis auf weiteres verlängert.

Oppeln, den 26. Februar 1935.

Der Regierungspräsident.

Der Arbeitseinsatz für Kaufmannsgehilfen im Januar 1935.

Die Stellenvermittlung der Deutschen Arbeitsfront, Berufsgruppenamt, teilt mit:

Der Arbeitseinsatz für Kaufmannsgehilfen kann auch im Monat Januar als durchaus gesättigt angesehen werden, wenn auch der Auftragszugang und die erzielten Vermittlungen nicht die Zahl des Vormonats erreichten. Der Bewerberzugang zeigt weiterhin eine rückläufige Bewegung. Bei sehr vielen Neueinträgen handelt es sich um Einzelmitglieder der Deutschen Arbeitsfront, für die die Stellenvermittlung durch die Eingliederung in die Deutsche Arbeitsfront nunmehr auch tätig ist. Die am 31. 3. aus dem Arbeitsdienst zur Entlassung kommenden Arbeitsmänner, lassen sich ebenfalls als Bewerber eintragen. Die Zahl der Bewerber in ungekündigter Stellung ist gegenüber dem Vormonat etwas gestiegen.

Der Zugang an Aufträgen zur Besetzung offener Stellen war gegen Ende der Berichtszeit lebhafter als in der ersten Hälfte des Monats. Das gleiche gilt für die Entscheidungen über Einstellungen.

Die Einstellung der über 25 Jahre alten Berufskameraden hat im Berichtsmonat abermals eine Steigerung erfahren. Die Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften wirkt sich besonders für die Altersklassen von 25—40 Jahren günstig aus. Erfreulicherweise nahm auch die Einstellung von über 40jährigen Berufskameraden zu.

Da in sehr vielen Fällen die für das Weihnachtsgeschäft eingestellten Hilfskräfte noch nicht entlassen waren, wurden für die Inventurverkäufe nur vereinzelt Hilfskräfte angefordert.

Metall- und Elektroindustrie zeigen gute Beschäftigung. Aus dem Bank- und Versicherungsgewerbe, sowie aus dem Lebensmittel-Einzel- und Großhandel wurden in erhöhtem Maße Besetzungsaufträge erteilt. Besonders Lebensmittel- und Eisenwarenkleinhandel hatten starken Bedarf an Verkäufern und Dekorateurinnen mit Kenntnissen in Lack- und Plakatschrift. Die Autoindustrie ist gut beschäftigt und forderte besonders Verkäufer und Reisende an.

Die Nachfrage erstreckt sich im wesentlichen auf Buchhalter, Kontoristen, Lageristen, Expedienten, Bank- und Versicherungsangestellte, Verkäufer, Korrespondenten und Stenotypisten.

Die Erfolge in der Lehrstellenvermittlung sind durchaus befriedigend. In Anbetracht der großen Zahl der zur Verfügung stehenden Berufsanwärter muß aber erwartet werden, daß die Betriebsführer in noch stärkerem Maße an die Einstellung von Lehrlingen herangehen. Der gegenwärtig auftretende Mangel an wirklich geeigneten, fachkundigen Bewerbern zeigt deutlich, daß die Heranbildung eines guten Nachwuchses unbedingt notwendig ist.

Es war im Berichtsmonat wiederum möglich, eine große Anzahl Arbeitsmänner mit dem Arbeitspaß unterzubringen. Eine Reihe Posten, die mit Arbeitsmännern am 1. 4. 35 besetzt werden sollen, wurden bereits gemeldet.

Die Erfolge der Stellenvermittlung des Berufsgruppenamtes in der Zeit vom 1. 6. bis 31. 12. 34 zeugen deutlich eine dauernde Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft. Es konnten in dieser Zeit 17 316 Besetzungsaufträge und 11 531 Vermittlungen erzielt werden. Durch die bis ins einzelne gehende Spezialisierung ist es der Stellenvermittlung jederzeit möglich, den Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften festzustellen und durch Zusammenarbeit mit der Berufserziehung dafür zu sorgen, daß die angeforderten Kräfte auch einlagbereit sind. Diese Zahlen beweisen, daß die Stellenvermittlung in der Arbeitschlacht erfolgreich mitgekämpft hat, zum Segen der ihr anvertrauten stellenlosen Arbeitskameraden.

Leistungsausgleich für ältere Angestellte bei deren zusätzlicher Einstellung durch Betriebe.

Nach § 16 der Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 28. August 1934 kann Betrieben unter bestimmten Voraussetzungen ein Leistungsausgleich gezahlt werden, wenn sie im Zuge des Arbeitsplatz austausches für einen unter 25 Jahre alten Angestellten einen arbeitslosen männlichen Angestellten von über 40 Jahren einstellen. Mit Zustimmung des Herrn Reichsarbeitsministers, des Herrn Reichswirtschaftsministers und des Herrn Reichsministers der Finanzen hat der Herr Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung diese Anordnung wie folgt erweitert.

Die Gewährung des Leistungsausgleichs für Angestellte über 40 Jahre ist nunmehr auch möglich bei zusätzlicher Einstellung. Eine zusätzliche Einstellung liegt vor, wenn die Zahl der Angestellten eines Betriebes höher ist als

- a) die entsprechende Durchschnittszahl des zweiten Kalenderviertels des Jahres 1934,
- b) die entsprechende Durchschnittszahl am letzten Arbeitstage des der Antragstellung vorhergehenden Monats.

Diesenjenigen Angestellten, die unter Erhaltung ihres Arbeitsplatzes (z. B. Urlaub oder Krankheit) nur zeitweise die Arbeit ausgeübt haben, sind bei der unter a) angegebenen Berechnung mitzuzählen. Der neu einzustellende Angestellte muß über 40 Jahre alt sein und in den letzten 3 Jahren länger als 2 Jahre Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Die Gewährung des Leistungsausgleichs an Betriebe setzt die Vermittlung des Neueinzustellenden durch das zuständige Arbeitsamt voraus. Der Leistungsausgleich beträgt für einen neu eingestellten kinderlosen Angestellten über 40 Jahre höchstens 50 Mark monatlich. Er erhöht sich um 5 Mark für jedes unter 16 Jahre alte Kind des Angestellten. Von den Betrieben sind Anträge auf vorgefertigten Vordrucken, die bei den Arbeitsämtern erhältlich sind, bei dem zuständigen Arbeitsamt zu stellen. Die zum Zwecke der Nachprüfung der Angaben erforderlichen Unterlagen sind dabei dem Arbeitsamt beizubringen. Die Gewährung des Leistungsausgleichs für ältere Angestellte erfolgt also in Zukunft nicht nur für die im Wege des Arbeitsplatz austausches frei werdenden Arbeitsplätze bei Besetzung mit Angestellten über 40 Jahre, sondern auch für diejenigen älteren Angestellten, die zusätzlich neu eingestellt werden.

Für weitere Auskünfte stehen die Arbeitsämter zur Verfügung.

Seht die neuen Unfallverhütungsvorschriften.

Langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet des Unfallschutzes haben die Berufsgenossenschaft veranlaßt, die hierfür bestehenden Vorschriften zu vervollkommen. Diese neuen

Unfallverhütungsvorschriften haben seit dem 1. April 1934 Rechtsgültigkeit erlangt. Im Laufe des letzten Jahres sind allen Betrieben, die der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel angehören, diese Unfallverhütungsvorschriften, in einem Heft mit gelbem Umschlag zusammengestellt, zugegangen. Es gehört zu den Pflichten des Betriebsführers, die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten.

Was sagen die Unfallverhütungsvorschriften grundsätzlich?

Die Verantwortung des Unternehmers erstreckt sich allgemein auf die gefahrlose Regelung seines Betriebes. Insbesondere hat er alle Arbeitsstätten, Betriebseinrichtungen und Maschinen so einzurichten und zu erhalten, daß die Gefolgschaft gegen Unfälle und Berufskrankheiten geschützt ist. Ferner muß er dafür sorgen, daß die Unfallverhütungsvorschriften den Betriebsangehörigen in geeigneter Weise zugänglich gemacht werden, damit auch sie die Vorschriften kennen lernen und befolgen.

In der heutigen Zeit sollte man voraussetzen, daß jeder Betriebsführer von dem Verantwortungsgefühl für seine Mitarbeiter so durchdrungen ist, daß er auch auf dem Gebiet der Unfallverhütung alle erforderlichen Maßnahmen trifft. Noch immer sehen aber manche Betriebsinhaber die Unfallverhütungsvorschriften als lebensfremde Vorschläge vom grünen Tisch oder als eine zusätzliche hinderliche Belastung des Unternehmers an. Sie wissen nicht, daß diese Vorschriften von Männern der Praxis auf Grund der Erfahrungen mit sich immer wiederholenden charakteristischen Unfällen aufgestellt sind; sie sollen vermeidbare Unglücksfälle verhüten. Der Zweck der Unfallverhütungsvorschriften ist verfehlt, wenn sie mit allen übrigen Bekanntmachungen der Berufsgenossenschaft ungelesen im Aktenschrank verschwinden.

Gegen säumige, nachlässige oder den Vorschriften gar zuwiderhandelnde Unternehmer muß die Berufsgenossenschaft nach § 10 der Unfallverhütungsvorschriften mit empfindlichen Ordnungsstrafen vorgehen.

Zum Schluß sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die jetzigen Unfallverhütungsvorschriften ohne Einschränkung für Betriebseinrichtungen gelten, die nach Herausgabe dieser Bestimmungen beschafft worden sind bzw. werden. Es liegt daher im eigenen Interesse des Unternehmers, sich bei Neuanschaffungen von der Lieferfirma bescheinigen zu lassen, daß die betreffenden Maschinen, Geräte (z. B. Leitern) usw. den Vorschriften der Berufsgenossenschaft in jeder Hinsicht entsprechen, um bei Beanstandungen der technischen Aufsichtsbeamten auf den Lieferanten zurückgreifen zu können. In Zweifelsfällen ist der technische Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaft zu Auskünften bereit (Berlin NW. 7, Neue Wilhelmstraße 2.)

Messen und Ausstellungen

Wanderausstellung des obereschlesischen Arbeitsdienstes.

Schon seit längerer Zeit hatte der Arbeitsgau XII eine obereschlesische Arbeitsdienstaustellung geplant, um einmal der obereschlesischen Bevölkerung in umfassender Weise vor Augen zu führen, wie die obereschlesische Jugend in den Lagern des M.-Arbeitsdienstes lebt, wie sie ihre Freizeit und ihre Feierabende gestaltet und welche künstlerische Begabungen in vielen jungen Volksgenossen durch den Arbeitsdienst geweckt worden sind. Während der letzten Wochen und Monate wurden in allen Abteilungen des Arbeitsganes XII die Vorbereitungen für die Ausstellung getroffen, die gleichzeitig einen Einblick in die Entwicklung, Organisation, wirtschaftliche Aufgabe und Leistung des obereschlesischen Arbeitsdienstes geben wird.

Die erste Wanderausstellung des Arbeitsdienstes in Oberschlesien wird am 13. März 1935 in Bentzen eröffnet und nach drei Tagen wieder abgebrochen, um 48 Stunden darauf wieder in Hindenburg zu beginnen. Dann folgen als Ausstellungsorte — immer mit einem Abstand von etwa 5 Tagen — Gleiwitz, Ratibor, Reiche, Döbeln und

Kreuzburg. Auf der Ausstellung werden hauptsächlich von den Arbeitsmännern selbst hergestellte Gegenstände zu sehen sein, darunter Lagermodelle, Unterrichtskarten und -tabellen, Fotos, graphische Darstellungen, Bastelarbeiten und Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Lampenschirme, Aschenbecher, Schalen und andere Arbeiten auf dem Gebiet der Kleinmöbel und des Kunstgewerbes. An allen 21 Ausstellungstagen finden in den Räumen der Ausstellung Sonderveranstaltungen statt, bei denen die Gaupakelle des Arbeitsganes XII sowie die Hauskapellen verschiedener Lager, darunter Mundharmonika-Orchester, mitwirken werden. Kameradschaftsabende und Aufführungen der Arbeitsmänner sollen den Besuchern ein anschauliches Bild von dem Leben der jungen Mannschaft im Arbeitsdienstlager geben.

Die erste Wanderausstellung des obereschlesischen Arbeitsdienstes verspricht, ein Ereignis für Oberschlesien zu werden. Sie wird für jeden Volksgenossen wichtig und sehenswert sein. Zahlreiche Organisationen haben einen Massenbesuch ihrer Mitglieder angemeldet.

61. Landmaschinenmarkt-Südost-Ausstellung Breslau 1935.

Messen, Märkte und Ausstellungen haben die Aufgabe, Arbeit zu schaffen und dem Absatz neue Wege zu erschließen. Nirgends ist die Möglichkeit, fruchtbringende neue Verbindungen anzuknüpfen, sicherer gegeben und mit geringeren Kosten zu erreichen als auf dem Breslauer Plage, auf dem jahrzehntealten Breslauer Maschinenmarkt. Wer diese Gelegenheit nicht ausnützt, darf sich nicht über Verringerung des Umsatzes beklagen, darf nicht über schlechte Zeiten jammern und alle Hilfe von der Regierung erwarten. Selbst Hand anzulegen und mit frischer Initiative für Aufstieg und Wohlfahrt zu sorgen, ist Pflicht und Vorrecht der Wirtschaftsführer.

Die Beteiligung am 61. Landmaschinenmarkt und der Südost-Ausstellung (16.—19. Mai 1935) ist erfreulich groß, aber die Zahl der Aussteller, namentlich aus der Metallverarbeitenden und der Maschinenindustrie, kann noch ansehnlicher sein. Im Freien Gelände stehen insgesamt 120 000 Quadratmeter zur Verfügung, in massiven Häusern rund 25 000 Quadratmeter. Das Jahr 1935 muß die stärkste Beteiligung seit Bestehen des Maschinenmarktes bringen. Anfang März werden die einzelnen Plätze endgültig geteilt; wer also günstig untergebracht sein und an der Belebung des Geschäfts teilhaben will, muß sich sofort melden. Alle Auskünfte durch die Breslauer Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft, Breslau 16.

Firmeneintragungen

bei den ober Schlesischen Amtsgerichten im Handels- und Genossenschaftsregister in der Zeit vom 30. 1. bis 27. 2. 1935.

Amtsgericht Bentzen OS.: Butterhaus Roland Jensen, Maschinen & Co., G. m. b. H., Geschäftsführer: Kaufmann Adalbert Wolf, Bentzen OS. Stammkapital: 30 000 RM. — Hansa-Bazar Angela Walenzky, Inh. Angela Walenzky, geb. Wlochy, Prof.: Ernst Walenzky. — Carl Romatzen, GmbH., Geschäftsführer: Kaufmann Johannes Romatzen, Handel mit Schuhwaren und anderen Fußbekleidungsartikeln

und den dazu gehörigen Gegenständen, Stammkapital: 50 000 Mark. — **Amtsgericht Gleiwitz OS.:** Cäcilie Botor, Inh. vollj. Frä. Cäcilie Botor, Gleiwitz-Sozница. — **Amtsgericht Kreuzburg OS.:** Dietrich & Ault D. H. G. Gesellsch.: Günther Dietrich, Georg Ault. — **Amtsgericht Pitschen OS.:** A. Lewkowitz, Konstadt, Filiale Pitschen OS., Inh. Kaufm. Ludwig Lewkowitz.

in der Zeit vom 1. 3. bis 10. 3 1935:

Amtsgericht Falkenberg OS.: Dampfmühle der Herrschaft Falkenberg OS. Scheppanowicz, Rt. Falkenberg, Inh. Landwirt Hans Graf Prashma, Prof.: Dipl.-Landwirt Dr. Heinrich Schroeter, Betriebsleiter Wilhelm Haimann, Scheppanowicz. — **Amtsgericht Gleiwitz OS.:** Georg Bremora, Eisen- und Blechwarenfabrik, Inh. Georg Bremora. — Haus für Modestoffe, Inh. Wilhelm Gonska. — Hortwitz & Sohn, vorm. Expedition u. Fuhrgeschäft, Theodor Marek Nachf. verw. Zettka Delsner, Inh. Kaufmann Ernst Makdorff, Breslau. — **Amtsgericht Hindenburg OS.:** Josef Kauczior, Mode- und Leinenwaren, Inh. Kauczior. — Jamor, Fabrik moderner Reflamen, Inh. Heinrich Raschke, Schildermaler. — A. Wyputta & Co., D. H. G. Gesell. Kaufm. Willy Schiller, Frau Albine Wyputta. — **Amtsgericht Kreuzburg OS.:** Friedrich Gehl, Das Geschäft für Haus- und Küchenbedarf,

Spiel- und Lederwaren, Geschenkartikel jeder Art, Klein- und Großhandel, Inh. Friedrich Gehl. — Gebrüder Gnoth, Löffelfabrik und Weinhandlung D. H. G. Gesell.: Karl und Wilhelm Gnoth. — **Amtsgericht Reife OS.:** Ingenieur Quecke & Schramm D. H. G. p. h. Gesell.: Kaufm. Engelbert Schramm, Baumeister, Ing. Robert Quecke. — **Amtsgericht Oppeln OS.:** Gebr. Filusch D. H. G. Gesell.: Sägewerksbes. Paul Filusch, Krappitz, August Filusch, Stefanshöf, Sig. Krappitz. — Georg Malepa, Tabakwaren im Groß- und Kleinhandel, Inh. Georg Malepa. — Carl Paul, Inh. August Paul, Schuhmachermeister. — **Amtsgericht Rosenberg OS.:** August Czech, Inh. August Czech, Tabakwaren und Spirituosen. — **Amtsgericht Otmachau OS.:** August Pohl, Baugehäfte, Inh. Bauunternehmer August Pohl, Mösen.

Bücher und Zeitschriften

Pfundtner-Reubert: „Das neue Deutsche Reichsrecht“. Das Sammelwerk der nationalsozialistischen Gesetzgebung.

Wir haben über dieses Lieferungsmerk schon früher berichtet. Es enthält das gesamte deutsche Recht seit dem 31. 1. 1933 mit allen Texten und mit Erläuterungen der zuständigen Ministerialreferenten und wird ständig durch die neuen Gesetze ergänzt. Mit 8000 Seiten Text, die in 6 Bänden in vorbildlicher Weise geordnet und für den praktischen Gebrauch aufgeschlossen sind, ist der Pfundtner-Reubert der unentbehrliche Mittler nationalsozialistischen Rechtsdenkens für Zehntausende geworden. Inzwischen ist eine Reihe neuer Lieferungen — insgesamt sind es jetzt 29 — erschienen, die alle Gebiete des Rechts berücksichtigen. U. a. enthalten die letzten Lieferungen authentische Erläuterungen zu den neuen Steuer- und Finanzgesetzen, deren Text sogleich nach ihrer Verkündung den Beziehern des Werkes zugestellt wurde. Lebhaft zu begrüßen ist die mit der letzten Lieferung erfolgte Beigabe eines den ganzen Inhalt des Werkes umfassenden Stichwortverzeichnis. Dieses 32 Seiten starke Register wird kostenlos abgegeben. Die Auswertung des unübersehbaren großen Materials wird damit weitgehend erleichtert. Wer sich über die Rechtsentwicklung auf dem laufenden halten muß — nicht nur der Jurist, sondern auch der Kaufmann, der Beamte, der Amtsträger der Bewegung — und das Werk noch nicht besitzt, sollte es sich schnellstmöglich anschaffen. Damit es jedem möglich ist, das umfangreiche und kostbare Werk zu erwerben, und weiterhin zu ergänzen, sind außergewöhnliche Sonderbedingungen festgelegt, über die jede Buchhandlung und der Industriebuchverlag Spaeth & Linde, Berlin

W. 35, Genthinerstraße 42, gern nähere Auskunft geben. Nachzuweisen ist im Einzelfall nur ein ernsthaftes Interesse auch an der kommenden Gesetzgebung. Diese neuartigen Maßnahmen wurden mit der Zielsetzung getroffen, auf eine besonders wirksame Weise die Durchdringung der Allgemeinheit mit dem nationalsozialistischen Rechtsgut zu erreichen. Es ist zu hoffen, und mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die breiteste Öffentlichkeit diese Gelegenheit wahrnimmt, um sich mit dem Wortlaut jedes neuen Gesetzes auch über seine Anwendungen und die Absichten des Gesetzgebers anschaulich von den berufenen Persönlichkeiten unterrichten zu lassen.

Zeitsaden für den Arbeitsdienst. Herausgegeben von Bodo Graefe. Verlag Bernard & Graefe, Berlin SW. 68, 328 Seiten.

Der „Zeitsaden für den Arbeitsdienst“ sucht die bisherigen praktischen Erfahrungen und gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse bei der Organisation und Durchführung des Arbeitsdienstes der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Im Hinblick auf die Vielseitigkeit des Gebietes wurden für die einzelnen Teile des Zeitsadens verschiedene geeignete Fachleute gewonnen. Das Buch ist nicht nur für die Angehörigen des Arbeitsdienstes ein wichtiges Hilfsmittel zum Lehren und Lernen, sondern kann auch für jedermann, der wirtschaftlich mit dem Arbeitsdienst in Beziehungen steht, sei es als Interessent an den ausgeführten Arbeiten, sei es als Lieferant, von Wert sein. Der Inhalt zerfällt in folgende Hauptteile: Die Entwicklung des Arbeitsdienstgedankens, von Heinz Hauenstein; Arbeitskunde des Deutschen Arbeitsdienstes, von Professor Landwirt Karl Schöppe; die Leibeserziehung im

Arbeitsdienst, von Sportlehrer Henze; Freizeitgestaltung im Arbeitsdienst, von Dr. Raupach; der innere Dienst, von Oberfeldmeister Claus Diestel. Eine Anzahl von Zeichnungen und Tabellen dient zur besseren Veranschaulichung der verschiedenen Arbeitsmethoden. Am Schluß befinden sich Tafeln über die Abzeichen und Dienststänge des Arbeitsdienstes und anderer Organisationen.

Grundlagen der Wirtschaft. Von Norman Roker, Gemeinbelehrer in Leisnig. 68 S. Preis —,70 RM. Heft 3 der Reihe „Volk an der Arbeit“, herausgegeben von Dr. Decker, Inspektor des Erziehungs- und Bildungswesens im Arbeitsdienst. Verlag Julius Belz in Langensalza—Berlin—Leipzig.

Dieses Heftchen verdankt seine Entstehung dem Versuch, für den Unterricht der Arbeitsdienstwilligen einen geeigneten Lehrplan aufzustellen. Der Entwurf dazu fand an zuständiger Stelle eine über Erwartungen günstige Beurteilung, wodurch der Verfasser angeregt wurde, den Stoff in der nun vorliegenden Form zu bearbeiten. Er wurde über den ursprünglichen Zweck hinaus, den beim Arbeitsdienst tätigen Lehrkräften das nötige Vorbereitungsmaterial für den Unterricht in geeigneter Gliederung in die Hand zu geben, so vereinfacht, daß man ihn ohne weitere Erklärungen jedem Jugendlichen mit durchschnittlicher Volksschulbildung in die Hand geben kann. Die Ausdrucksweise ist daher einfach und leicht verständlich. Alle entbehrlichen Fremdwörter sind strengstens vermieden.

Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht. Steuernachrichtendienst. Herausgegeben von Syndikus Dr. H. Scheel, Berlin W. 50, Ansbacher Straße 9, Wittenbergplatz. Preis des Jahrganges 1934 6,50 RM. einschließlich Spezialordner (ausschließlich Porto).

Der vorliegende Steuernachrichtendienst teilt das Material in 31 verschiedene Abteilungen, in denen die eingehenden Blätter laufend untergebracht werden können. Für die Aufstellung der Abschlussbilanz ist diese Art der Zusammenstellung von großem Wert. Nr. 2 der Zeitschrift enthält ein Einkommensteuermerkblatt für buchführende Betriebe.

Kunststoffe. Zeitschrift für Erzeugung und Verwendung veredelter oder chemisch hergestellter Stoffe. Begründet von Dr. Richard Escalés, J. F. Lehmanns Verlag, München. 25. Jahrgang. Januar-Heft Nr. 1, Februar-Heft Nr. 2. Monatlich erscheint 1 Heft, Bezugspreis vierteljährlich 6,— RM., Einzelheft 2,— RM., Probehefte kostenlos.

Die beiden vorliegenden Hefte der Zeitschrift „Kunststoffe“ dürften gegenwärtig auf erhöhtes Interesse stoßen, da die Frage der Herstellung von Kunststoffen, die zum Ersatz ausländischer Produkte geeignet sind, für Deutschland zur Zeit eine besondere Bedeutung besitzt. Die Zeitschrift „Kunststoffe“ wurde bereits im Jahre 1911 gegründet, als die Industrie der Kunststoffe noch in ihren ersten schüchternen Anfängen steckte. Mannigfach waren in den seitdem vergangenen 25 Jahren die Wege, welche beschritten wurden, um zu neuartigen Werkstoffen zu gelangen, und recht verschieden waren die Anlässe, welche dazu geführt hatten. War es in den Kriegsjahren insbesondere die Notwendigkeit, Ersatzstoffe für die von der Zufuhr abgeschnittenen Rohstoffe zu schaffen, so sah man sich nach Beendigung des Weltkrieges danach um, wie die ungeheuren Vorräte insbesondere an nitrierter Wolle und die Anlagen zu ihrer Herstellung zivilen Zwecken nutzbar zu machen und der sinnlosen Vernichtung zu entziehen waren. Die Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur auf der ganzen Welt im vergangenen Jahrzehnt hatte im Verein mit emfiger Forschungsarbeit die Kunststoffe-Industrie in die Reihe der Großindustrie vorgetragen, aus den ursprünglichen Ersatzstoffen wurden neuartige, selbständige Werkstoffe, die ihre Vorbilder kraft ihrer hervorragenden Eigenschaften und ihrer eigenartigen und vorteilhaften Verarbeitungsmethoden für spezielle Anwendungsbereiche überflügeln und die zuletzt zur ausschließlichen Verwendung kamen. Die Hefte der Zeitschrift „Kunststoffe“ bieten in ihrem 1. Teil Originalarbeiten über technische Fragen auf dem Gebiete der Kunststoffe sowie Berichte über neu hergestellte Kunststoffe und deren Verwendungsmöglichkeiten. Es folgen sodann Referate, die technische Notizen und eine wirtschaftliche Rundschau, die besonders Außenhandelsnachrichten bringt. Schließlich vervollständigen Bücherbesprechungen, Mitteilungen über neue

Schutzmaßnahmen und Patente den reichhaltigen Inhalt. Als Beilage jedes Hefstes erscheinen die „Wirtschaftsberichte der Kunststoffe“ mit Marktberichten, Exportnachrichten, Kauf- und Vertretungsgesuchen, Firmennachrichten, Fragekasten und Bezugsquellennachweis. Das Inhaltsverzeichnis des 24. Jahrganges 1934 zeigt, daß die Zeitschrift „Kunststoffe“ den gesamten Umfang ihres Gebietes erschöpfend behandelt.

Die Steuergesetze vom 16. 10. 1934. Von Konsul i. R. Dr. S. Brode. (Schaeffers Neugestaltung von Recht und Wirtschaft, Heft 13, Teil 3b). Kartonnirt 1,50 Mark. Bei Sammelbestellungen wesentlicher Preisnachlaß. Im Schaeffer-Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig, 1935.

Die vorliegende Schrift, als deren Verfasser der langjährige Mitarbeiter am Schaeffer-Grundriß (u. a. Finanzwissenschaft, Bd. 18) Konsul i. R. Dr. Brode in Wiesbaden zeichnet, ist eine Fortsetzung des im Juni 1935 erschienenen Ergänzungshäftes 13^a „Neues Steuerrecht“. Sie gibt in der altbewährten Schaefferform eine klare und leicht verständliche Darstellung der zehn am 10. Oktober 1934 erlassenen neuen Steuergesetze, die mehr oder weniger jeden Volksgenossen angehen. Besonders eingehend sind die Einkommensteuer und die Vermögensteuer behandelt, aber auch über die übrigen Steuern (Körperschaft-, Erbschaft-, Umsatz-, Kapitalverkehrssteuer) wird alles Wissenswerte gebracht.

Erleichterte Steuererklärung.

Eine unentbehrliche Hilfe bei der wichtigen Ausfüllung der Steuererklärung gibt die von Herrn Rechtsanwalt Dr. Fritz Kopppe, Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Steuer-Zeitung und Wirtschaftlicher Beobachter“ herausgegebene Erläuterungsschrift „Die Einkommensteuererklärung 1935“, die zum Preise von RM. 1,50 im Industrie-Verlag Späth & Linde, Berlin W. 35, Genthinerstr. 42, erschienen ist. Die Broschüre bringt zunächst eine Uebersicht über die wichtigsten Bestimmungen des neuen Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes. Gleichzeitig sind in dieser Uebersicht mitbehandelt, die ebenfalls zu beachtenden Vorschriften über die Steuererleichterungen für Ersatzbeschaffungen, für Zustandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden und Gebäudeteilen, für Aufwendungen zur Förderung des zivilen Luftschutzes und Sanitätsdienstes. Darauf folgen die amtlichen Vordrucke, die bei der Abgabe der Erklärungen zu benutzen sind; wie in früheren Jahren sind die Vordrucke auch jetzt wieder mit Musterbeispielen und mit Erläuterungen in Zweifarben-Druck versehen. Es folgen die Einkommensteuertabelle und eine Zusammenstellung der abzugsfähigen und nichtabzugsfähigen Ausgaben. Ganz besonders zu beachten sind jedoch die eingehenden Ausführungen von Staatssekretär Fritz Reinhardt über den Inhalt der soeben ergangenen 1. Verordnung zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes und die Ausführungen von Ministerialrat Jülow über den Inhalt der 1. Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes.

In gleich eingehender und verständlicher Weise werden in zwei anderen Schriften die **Umsatzsteuer-** und die **Vermögenssteuer-Erklärung** erläutert. (Preis jeder Broschüre ebenfalls 1,50 RM.).

Nebem Veranlagungspflichtigen wird mit diesen Erläuterungsschriften ein außerordentlicher Dienst erwiesen. Denn anhand ihrer mutergültig klaren Anleitungen ist es eine Kleinigkeit, die verschiedenen Erklärungen in jedem Punkte richtig abzugeben.

Steuerführer 1935. Eine Uebersicht über das geltende Reichssteuerrecht nach dem Stande vom Februar 1935. Von Dr. Otto Model, Regierungsrat a. D., Rechtsanwalt und Notar in Mühlhausen i. Th. 6. Auflage. 1935. Verlag Franz Bahlen in Berlin W. 9, Linkstraße 16. Preis 2,50 Mark.

Der soeben in sechster Auflage erschienene Steuerführer 1935, in welchem die Durchführungsverordnungen vom 6. Februar bereits Berücksichtigung gefunden haben, bringt die Darstellung der neuen Steuergesetze des Reiches in kurzer gemeinverständlicher Darstellung. Außer dem Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer- und Vermögenssteuergesetz sind auch die sonstigen geltenden Vermögenssteuergesetze sowie die Umsatzsteuer- und die Verkehrssteuergesetze behandelt. Im Anhang ist die Bürgersteuer und die Reichsfluchtsteuer dargestellt und sind die neuen Bestimmungen über Steuerämner behandelt.

Steuerfreiheit, Abschreibungen und sonstige Steuervorteile. Anleitung zur Ausnutzung aller gesetzlich zulässigen Ersparnismöglichkeiten. Herausgegeben von Rechtsanwalt und Notar Dr. Conrad Böttcher, Berlin. Heft 1: **Einkommen- und Körperschaft-Steuerersparnisse** unter Berücksichtigung der Durchführungsverordnungen vom 6. Februar 1935 und aller sonstigen Gesetze über Einkommen- und Körperschaft-Steuer Vorteile von Rechtsanwalt und Notar Dr. Conrad Böttcher, Berlin und Rechtsanwalt Dr. Heinz Meißner, Berlin. 1935. Verlag Franz Vahlen in Berlin W 9, Linkestraße 16. Preis 1,35 Mark.

Die Verfasser haben den Begriff der Steuerermäßigung ganz weit gefaßt, indem sie in ihre Darstellung auch die Ausnutzung besonderer gesetzlich erlaubter „Gestaltungen und Möglichkeiten“ mit einbezogen haben. Die Schrift gibt zunächst einen ganz knappen Überblick über den neuen Rechtszustand. Die für alle Steuerpflichtigen praktisch besonders wichtigen Ermäßigungs- und Abzugsmöglichkeiten sind in einem alphabetisch geordneten Kennblatt zusammengestellt. Auf diese Weise kann jede Einzelfrage rasch geklärt werden, ohne daß es eines langen Suchens in Registern und dgl. bedarf.

Heft 2: **Vermögen-, Erbschaft- und Schenkung-Steuerersparnisse** unter Berücksichtigung der Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungs- und Vermögensteuergesetz vom 2. Februar 1935 und der sonstigen Gesetze über Vermögensteuervorteile von Rechtsanwalt und Notar Dr. Conrad Böttcher, Berlin. 1935. Verlag Franz Vahlen, Berlin W. 9, Linkestraße 16. Preis 1,30 RM.

Wie habe ich meine Einkommensteuer-Erklärung abzugeben? Von Dieter Merk. Preis 1.— Mark. Verlag W. Stollfuß, Bonn. Postcheckkonto Köln 76 183.

Da die Einkommensteuer-Erklärung in den nächsten Tagen abzugeben ist, erscheint obige Schrift gerade zur rechten Zeit. Sie beantwortet klar und in leichtverständlicher Weise alle Fragen, die sich bei der Vorbereitung und Ausfüllung der Einkommensteuererklärung ergeben. Alles wichtige findet man hier zusammengestellt, was steuerpflichtig ist und was nicht; unter welche Einkommensgruppe die verschiedenen Einkünfte fallen; welche Einnahmen und Ausgaben zu berücksichtigen sind oder endlich welche Abzüge zulässig oder unzulässig sind, und wenn Bücher geführt werden oder nicht. In den letzten Kapiteln behandelt das Bändchen die Bewertung der Vermögensgegenstände, die Gewinnermittlung u. a.

Reichssteuertabellen. Verlag Wilh. Stollfuß in Bonn (Postcheckkonto Köln 76 183).

Vom 1. Januar an wird bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit die Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) erhoben. Die Lohnsteuer-Beträge, die der Arbeitgeber einzuziehen hat, sind in übersichtlichen Tabellen festgelegt. Uns liegen fünf sehr übersichtliche Tabellen (RM. 2.—) vor, die das sofortige Ablesen der gesetzlich festgelegten Steuerbeträge bei monatlicher, 14tägiger, wöchentlicher, täglicher und vierstündiger Lohnzahlung ermöglichen. Je 1 Tabelle zum Ablesen der Einkommensteuer (für veranlagte Steuerpflichtige) und der Bürgersteuer zu je 0,75 Mark liegen ebenfalls vor. Sämtliche Tabellen sind jedem Arbeitgeber und den Steuerpflichtigen unentbehrlich.

Steuerelbstberater für freie Berufe und Gewerbetreibende. Verfaßt von Steuerhelfer Dr. Wierich, Breslau. Verlag Karl Sebal, Wallmerod-Molsberg (Westerswalde). Preis RM. 0,70.

Das kleine Werk enthält in knapper, klarer Form eine Darstellung sämtlicher Steuern, wie sie der „Kleine Mann“, der Landarzt, der Kleinstadtpotheker, der Handwerksmeister, der Ladenbesitzer usw. gerade braucht. Insbesondere sind alle Befreiungs- und Vergünstigungsmöglichkeiten ausführlich behandelt und auch die nach der Reichsabgabenordnung bestehenden Verfahrenskünste, Buchführungspflichten u. dgl. unter Beschränkung auf das Wesentliche zusammengefaßt. Die Anschaffung des sehr preiswerten kleinen Werkes ist deshalb für die bevorstehenden 4 Steuererklärungen dringend zu empfehlen.

Wie habe ich meine Voranmeldungen und meine Umsatzsteuer-Erklärung abzugeben? Von Dieter Merk. Preis 1.— Mk. Verl. W. Stollfuß, Bonn, Postcheckkonto Köln 76 183.

Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des neuen Umsatzsteuer-Gesetzes hat der Verfasser in 10 Abschnitten alles dargelegt, was steuerpflichtig und was steuerfrei ist; wer die Steuer schuldet und wonach der Umsatz bemessen wird; wie hoch der Steuersatz und welche wesentlichen Änderungen das neue Gesetz gebracht hat. Sodann sind die wichtigen neuen Vorschriften über den **Vinnengroßhandel** übersichtlich dargestellt. Dieser leichtverständliche Ratgeber, ist wichtig für jeden Umsatzsteuerpflichtigen.

Zahlen zur Lage im oberchlesischen Industriegebiet. Im Auftrage der Kommunalen Interessengemeinschaft für das oberchlesische Industriegebiet, herausgegeben von Dr. F. Rompe, Geschäftsführer der Kommunalen Interessengemeinschaft. Jahrgang 1. Heft Nr. 1. Bentzen OS. 1. Vierteljahr 1935.

Die Kommunale Interessengemeinschaft für das oberchlesische Industriegebiet veröffentlicht ihr erstes statistisches Vierteljahreshaft. Die Vierteljahreshafte bilden eine Fortführung der Zeitschrift „Aus Verwaltung und Wirtschaft des oberchlesischen Industriegebietes“. Sie sind in erster Linie als Informationsmaterial für die kommunalen Verwaltungsstellen im Industriegebiet und für die behördlichen Aufsichtsstellen gedacht, sollen aber darüber hinaus auch Presse und Publikum über die gerade interessierenden kommunalpolitischen Fragen und über den Entwicklungsverlauf in Verwaltung und Wirtschaft unterrichten.

Die Steuerreform 1934. Systematische Darstellung der Reichsteuergesetze vom 16. Oktober 1934 einschließlich aller Durchführungsbestimmungen. Herausgegeben von den Mitgliedern der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie (Steuerabteilung) Rechtsanwalt Dr. Fr. Herrmann, Rechtsanwalt Dr. L. Meyer, Dr. O. Thiem, Dr. S. Goefke, Dr. B. Skrodzki. 1935. Verlag Franz Vahlen in Berlin W. 9, Linkestraße 16. 510 Seiten. Preis kart. 8,40 RM., geb. 9.— RM.

Das Werk „Die Steuerreform 1934“, dessen Verfasser sich bereits einen guten Namen im Schrifttum erworben haben, gibt in systematischer Darstellung eine eingehende, den praktischen Bedürfnissen der gewerblichen Wirtschaft entsprechende Einführung in die Vorschriften der Reichsteuergesetze vom 16. 10. 1934, die erst den Anfang eines nach nationalsozialistischen Grundfähen ausgerichteten Umbaus des deutschen Steuersystems bilden.

Die neuen Steuergesetze knüpfen an den bisherigen Rechtszustand an. Es ist daher besonderer Wert darauf gelegt, die häufig nicht ohne weiteres zu erkennenden Zusammenhänge zwischen altem und neuem Recht aufzuzeigen und die wesentlichen Neuerungen gegenüber dem bisherigen Recht herauszuarbeiten. Im Zusammenhang damit haben es die Verfasser im Interesse der praktischen Brauchbarkeit des Buches, vor allem als Hilfsmittel für die jetzt abzugebenden Steuererklärungen für erforderlich gehalten, besonders hervorzuheben, inwieweit die bisherige Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs, deren Grundsätze teilweise in die neuen Steuergesetze übernommen worden sind, noch Geltung beansprucht. In vielen Fällen, und zwar überall da, wo es zum Verständnis der Bestimmungen notwendig war, sind praktische Beispiele gebildet und die Vorschriften an ihnen erläutert. Die Reihenfolge der einzelnen Teile ergibt sich zwanglos daraus, daß das Steueranpassungsgesetz wichtige Grundsätze des Steuerrechts überhaupt neu aufstellt. Die Einkommensbesteuerung bildet auch heute noch mit die wichtigste Besteuerungsart für die Mehrzahl der Volksgenossen. Daran schließt sich die Darstellung des Körperschaftsteuergesetzes, Reichsbewertungsgesetzes und Vermögensteuergesetzes der neuen Vorschriften des Erbschaftsteuergesetzes sowie des Kapitalverkehrssteuer- und Umsatzsteuergesetzes an. Sämtliche bis Mitte Februar 1935 veröffentlichten Durchführungsverordnungen sind mit verarbeitet worden. Damit unterscheidet sich das vorliegende Werk besonders von den bisherigen zahlreichen Erläuterungsbüchern und sonstigen Veröffentlichungen.

Statistisches

Produktion und Absatz des westerschlesischen Bergbaues

I. Förderung bzw. Produktion

Jahr bzw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen t	arbeits- täglich t	je ver- fahrene Schicht der Gesamt- belegschaft t	im ganzen t	kalender- täglich t	je Kopf und Ar- beitsstag der Gesamt- belegschaft t	im ganzen t	arbeits- täglich t	je Kopf und Ar- beitsstag der Gesamt- belegschaft t
1930	17 960 854	59 830	1,434	1 369 968	3 753	2,410	267 796	894	4,705
1931	16 791 957	55 992	1,579	995 744	2 728	2,728	279 191	931	4,799
1932	15 277 487	50 449	1,678	867 424	2 370	2,399	276 118	911	5,147
1933	15 640 004	52 378	1,754	859 588	2 355	2,428	275 571	923	4,832
1934	17 391 747	58 225	1,764 ¹⁾	997 725	2 734	2,325 ¹⁾	253 591	849	4,162 ¹⁾
November "	1 629 048	67 877	1,804	96 993	3 233	2,665	25 789	1 075	5,168
Dezember "	1 519 311	66 057	1,791	96 196	3 103	2,560	22 557	981	4,694
Januar 1935	1 674 052	64 387	1,797 ¹⁾	102 540	3 308	2,734	22 859	879	4,206

¹⁾ Vorläufige Zahl.

II. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bzw. Monat	In der Provinz Oberschlesien t	Nach dem übrigen Deutschland t	Nach dem Ausland					Im ganzen t
			Tschecho- slowakei t	Deutlich- Österreich t	Ungarn t	übriges Ausland t	Summe Ausland t	
1930	4 978 681	10 736 423	709 855	340 149	154 839	95 333	1300 176	17 015 280
1931	4 332 231	9 961 850	673 484	310 217	33 107	204 246	1221 054	15 515 135
1932	3 755 464	9 341 546	663 082	218 909	1 105	149 554	1032 650	14 129 660
1933	3 828 516	9 664 630	608 359	137 805	1 215	200 131	947 510	14 440 656
1934	4 207 734	11 256 202	624 486	67 028	3 440	324 302	1019 256	16 483 192
November "	439 838	1 143 316	64 068	6 830	725	60 540	132 163	1 715 317
Dezember "	393 362	984 217	45 885	6 500	760	61 910	115 055	1 492 634
Januar 1935	424 491	948 583	58 427	3 859	390	34 216	96 892	1 469 966

2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bzw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Landfuhrwert		W a s s e r u m f a h r							
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleichw		im ganzen	
					in Cosel		in den übrigen Oberhäfen					
t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	
1930	14 514 029	85,30	2 501 251	14,70	1 531 052	9,00	104 296	0,61	5435	0,03	1640783	9,64
1931	13 432 399	86,58	2 082 736	13,42	1 567 876	10,11	20 975	0,13	4965	0,03	1593816	10,27
1932	12 527 890	88,66	1 601 770	11,34	1 334 122	9,44	22 695	0,16	4428	0,03	1361245	9,63
1933	12 976 121	89,86	1 464 535	10,14	1 181 979	8,17	4 865	0,03	6625	0,05	1193469	8,25
1934	14 885 180	90,31	1 598 012	9,69	1 713 555	10,40	7 290	0,04	3235	0,02	1724080	10,46
November	1 548 987	90,30	166 330	9,70	166 983	9,73	—	—	—	—	166983	9,73
Dezember	1 330 258	89,12	162 376	10,88	113 565	7,61	—	—	—	—	113565	7,61
Januar 1935	1 300 079	88,44	169 887	11,56	22 595	1,54	1 645	0,11	—	—	24240	1,65

3. Absatz an Roß

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Uebrigcs Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalzspur- bahn, Seli- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spur- bahn	Absatz an die DE Hütten- industrie
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	230 078	583 832	162 779	976 689	794 411	182 278	118 309	--	145 302
1931	175 764	614 138	179 123	969 025	818 811	150 214	143 045	—	81 914
1932	154 212	602 143	131 120	887 475	798 522	88 953	89 350	—	52 044
1933	178 152	653 451	98 340	929 943	818 597	111 346	113 201	—	81 318
1934	241 047	648 132	189 421	1 078 600	910 091	168 509	138 006	—	157 489
November "	19 926	61 982	26 465	108 373	96 731	11 642	15 228	—	10 062
Dezember "	20 324	57 750	27 771	105 845	92 826	13 019	15 377	—	10 334
Januar 1935	26 385	63 880	20 685	110 950	93 698	17 252	2 419	—	14 452

4. Absatz an Brifetts

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Uebrigcs Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalzspur- bahn, Seli- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spur- bahn	Eisenbahn- dienst- brifetts
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	13 681	250 642	2 394	266 717	261 637	5 080	—	—	193 006
1931	30 853	237 270	5 914	274 037	265 585	8 452	200	—	184 023
1932	28 441	230 674	6 431	265 546	253 360	12 186	—	—	174 594
1933	31 659	230 417	8 591	270 667	259 985	10 682	—	421	164 996
1934	37 157	203 398	5 551	246 106	239 160	6 946	—	—	118 688
November "	6 640	18 388	813	25 841	24 424	1 417	—	—	6 118
Dezember "	4 442	17 130	562	22 134	21 050	1 084	—	—	6 050
Januar 1935	5 612	15 462	635	21 709	19 698	2 011	—	—	6 485

III. Nebenprodukte der Roßsanstalten

Jahr bezw. Monat	Produktion				Abfaß			
	Rohreer u. Teerber- dichtungen	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roh- Naphthalin	Rohreer u. Teerber- dichtungen	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roh- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	61 698	21 427	20 003	58	62 426	21 547	22 891	152
1931	51 676	15 853	15 066	11	51 910	15 794	12 806	—
1932	44 826	14 561	14 757	15	44 829	14 537	21 056	30
1933	44 432	14 478	14 570	61	43 985	14 480	14 392	51
1934	51 831	17 275	16 845	51	51 838	17 317	14 493	51
November "	4 821	1 635	1 570	—	4 760	1 670	1 053	—
Dezember "	4 696	1 623	1 535	10	4 776	1 636	4 211	16
Januar 1935	5 048	1 710	1 611	—	5 038	1 719	3 428	—

IV. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	Steinkohlenaruben						Roßsanstalten				Brifettfabriken			
	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	davon		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	47 970	350	980	49 300	38 012	11 288	1 510	1	42	1 553	185	2	6	191
1931	42 202	301	766	43 269	33 091	10 178	974	2	24	1 000	188	—	6	194
1932	35 712	292	571	36 575	27 747	8 828	965	2	21	988	172	—	5	177
1933	35 270	345	480	36 095	27 324	8 771	958	—	12	970	187	—	4	191
1934	36 701	456	450	37 607	28 358	9 249	1 160	3	13	1 176	201	—	3	204
November "	37 785	477	455	38 717	29 411	9 306	1 194	5	14	1 213	205	—	3	208
Dezember "	38 092	447	463	39 002	29 679	9 323	1 193	5	14	1 212	206	—	3	209
Januar 1935	38 189	438	455	39 082	29 705	9 377	1 192	4	14	1 210	206	—	3	209

Gliederung des Absatzes an Steinkohlen, Koks und Bricketts West-Oberschlesiens nach Verbrauchergruppen im IV. Quartal 1934

Verbrauchergruppen	innerhalb des Deutschen Reiches						davon in der Provinz Oberschlesien					
	Steinkohle		Koks		Bricketts		Steinkohle		Koks		Bricketts	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
Platzhandel (d.h. ab Lagerplatz bediente Verbraucher in Hausbrand, Landwirtschaft, Kleingewerbe und sonst. Industrie) und Landwirtschaft	1 308 974	28,86	167 260	66,28	30 860	42,40	349 983	27,45	22 539	36,45	10 308	60,46
Marine- und Militärbedarf	9 104	0,20	1 014	0,40	175	0,24	35	0,00	—	—	35	0,20
Reichsbahn	653 752	14,42	11 587	4,59	19 101	26,25	75 498	5,92	2 921	4,72	2 420	14,19
Privatbahnen	27 647	0,61	43	0,02	110	0,15	1 505	0,12	13	0,02	—	—
Schifffahrt	74 288	1,64	32	0,01	40	0,05	3 549	0,28	—	—	—	—
Koksanstalten (zur Verkokung)	410 463	9,05	—	—	—	—	410 463	32,19	—	—	—	—
Brickettfabriken (zur Brickettierung)	80 121	1,77	—	—	—	—	76 311	5,98	—	—	—	—
Wasserwerke (einschl. Kanalisation)	13 198	0,29	148	0,06	100	0,14	2 745	0,22	73	0,12	—	—
Gaswerke	194 666	4,29	6 699	2,66	135	0,19	16 375	1,28	—	—	—	—
Elektrizitätswerke	279 408	6,16	225	0,09	135	0,19	56 299	4,41	33	0,05	20	0,12
Erzgewinnung, Eisen- und Metallerzeugung, sowie -verarbeitung	148 633	3,28	37 823	14,99	710	0,97	20 413	1,60	30 909	49,98	—	—
Chem. Industrie (einschl. Sprengstoffe, techn. Öle und Fette)	55 849	1,23	9 338	3,70	730	1,00	10 889	0,85	1 627	2,63	—	—
Glas u. Porzellan (einschließl. optische Industrie)	32 835	0,72	557	0,22	260	0,36	2 125	0,17	15	0,02	—	—
Stein, Ton, Chamotte, Ziegel, Mineralmühlen, Schmirgel, Eisenbahnbau, Zement, Kalk und Gips	302 322	6,67	6 128	2,43	610	0,84	88 014	6,90	740	1,20	25	0,15
Leder, Schuhe, Gerbereien, Gummi	14 554	0,32	130	0,05	1	0,00	665	0,05	—	—	—	—
Textilindustrie (einschl. Bleicherei und Färberei, Appretur usw.)	62 927	1,39	578	0,23	41	0,06	5 354	0,42	20	0,03	10	0,06
Papier und Zellstoff	199 689	4,40	321	0,13	51	0,07	70 760	5,55	86	0,14	15	0,09
Zuckerfabriken	238 106	5,25	2 761	1,09	155	0,21	18 883	1,48	770	1,25	—	—
Brennereien, Brauereien und Mälzereien	96 714	2,13	465	0,18	65	0,09	7 996	0,63	—	—	—	—
Sonstige Nahrungsmittel	75 655	1,67	852	0,34	80	0,11	7 509	0,59	117	0,19	—	—
Kali, Salzwerke, Salinen	3 955	0,09	—	—	35	0,05	40	0,00	—	—	—	—
Sonstige Industrie (einschl. Entwässerung, Hoch- und Tiefbau, Holzbe- und -verarbeitung, Expedition usw.)	252 335	5,56	6 394	2,53	19 384	26,63	49 830	3,91	1 981	3,20	4 217	24,73
Summe:	4 535 195	100,00	252 355	100,00	72 778	100,00	1 275 241	100,00	61 844	100,00	17 050	100,00

Gliederung des Absatzes an Steinkohlen, Koks und Brifetts West-Oberschlesiens nach Verbrauchergruppen im Jahre 1934.

Verbrauchergruppen	innerhalb des Deutschen Reiches						davon in der Provinz Oberschlesien					
	Steinkohle		Koks		Brifetts		Steinkohle		Koks		Brifetts	
	t	‰	t	‰	t	‰	t	‰	t	‰	t	‰
Platzhandel (d. i. ab Lagerplatz bediente Verbraucher in Hausbrand, Landwirtschaft, Kleingewerbe und sonst. Industrie) und Landwirtschaft	4 040 272	26,13	541 478	60,90	62 637	26,04	920 644	21,88	51 167	21,22	17 099	46,02
Marine- und Militärbedarf	38 347	0,25	9 523	1,07	1 510	0,63	86	0,00	14	0,01	385	1,04
Reichsbahn	2 500 171	16,17	42 194	4,75	118 708	49,35	307 359	7,31	9 503	3,94	7 553	20,33
Privatbahnen	110 582	0,72	147	0,02	489	0,20	5 092	0,12	26	0,01	—	—
Schifffahrt	242 257	1,57	136	0,01	195	0,08	12 512	0,30	15	0,01	—	—
Koksanstalten (zur Verkokung)	1 378 480	8,91	—	—	—	—	1 378 480	32,76	—	—	—	—
Brifettfabriken (zur Brifettierung)	276 412	1,79	—	—	—	—	252 977	6,01	—	—	—	—
Wasserwerke (einschl. Kanalisation)	74 511	0,48	575	0,06	180	0,08	9 692	0,23	142	0,06	—	—
Gaswerke	790 623	5,11	22 087	2,48	250	0,10	59 926	1,43	72	0,03	—	—
Elektrizitätswerke	944 998	6,11	4 625	0,52	387	0,16	165 072	3,92	3 818	1,58	32	0,09
Erzgewinnung, Eisen- und Metallerzeugung, sowie -verarbeitung	541 432	3,50	177 095	19,92	2 485	1,03	142 535	3,39	157 489	65,33	20	0,05
Chem. Industrie (einschl. Sprengstoffe, techn. Öle und Fette)	218 287	1,41	27 852	3,13	1 630	0,68	39 394	0,94	3 871	1,60	—	—
Glas und Porzellan (einschl. optische Industrie)	96 431	0,62	1 594	0,18	645	0,27	8 367	0,20	25	0,01	20	0,05
Stein, Ton, Chamotte, Ziegel, Mineralmühlen, Schmirgel, Eisenbahnbau, Zement, Kalk und Gips	1 271 905	8,22	24 730	2,78	1 987	0,83	373 814	8,88	2 282	0,95	245	0,66
Leder, Schuhe, Gerbereien, Gummi	51 965	0,34	440	0,05	36	0,01	2 665	0,06	15	0,01	—	—
Textilindustrie (einschl. Bleicherei und Färberei, Appretur usw.)	248 266	1,61	2 008	0,23	251	0,10	18 467	0,44	89	0,04	10	0,03
Papier und Zellstoff	698 053	4,51	1 062	0,12	171	0,07	244 214	5,80	213	0,09	45	0,12
Zuckerfabriken	440 616	2,85	5 708	0,64	575	0,24	40 023	0,95	1 420	0,59	15	0,04
Brennereien, Brauereien und Mälzereien	338 815	2,19	1 598	0,18	333	0,14	34 629	0,82	79	0,03	—	—
Sonstige Nahrungsmittel	259 889	1,68	2 537	0,29	903	0,38	23 269	0,55	242	0,10	35	0,09
Salz, Salzwerke, Salinen	7 677	0,05	18	0,00	35	0,01	60	0,00	—	—	—	—
Sonstige Industrie (einschl. Entwässerung, Hoch- und Tiefbau, Holzbe- und -verarbeitung, Expedition usw.)	893 947	5,78	23 792	2,67	47 148	19,60	168 457	4,01	10 565	4,39	11 698	31,48
Summe:	15 463 936	100,00	889 199	100,00	240 555	100,00	4 207 734	100,00	241 047	100,00	37 157	100,00

Verfahrenene und entgangene Schichten im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau im Dezember 1934

Arbeitergruppen	Verfahrenene Schichten		Durchschnittlich angelegte Arbeiter ¹⁾		Entgangene Schichten infolge							
	insgesamt	davon Schichten für Ueberarbeiten	insgesamt	in % von der Endsumme	Abfall mangels	betriebs- technischer Gründe	Krankheit		Fehlern	entschädigungs- pflichtigen Urlaub	Gesamt- zahl	auf 1 angeleg- ten Arbeiter
a) Hauer	151 352	7 460	7 207	18,29	—	1 360	10 336	3 756	4 532	3 169	19 397	2,69
b) Schlepper	135 541	6 121	6 552	16,63	—	1 199	10 640	3 536	5 291	2 013	19 143	2,92
c) Reparaturbauer	149 663	15 534	6 478	16,44	—	799	6 243	1 830	2 983	3 607	13 632	2,10
d) Sonstige Arbeiter	198 000	13 159	9 305	23,61	—	2 207	14 011	4 054	6 563	4 223	27 004	2,90
Summe bezw. Durch- schnitt: Unter Tage	634 556	42 274	29 542	74,97	—	5 565	41 230	13 176	19 369	13 012	79 176	2,68
a) Facharbeiter	80 610	10 206	3 367	8,55	—	229	2 276	499	1 096	2 596	6 197	1,84
b) Sonstige Arbeiter	125 047	9 773	5 583	14,17	—	718	4 880	1 030	3 142	3 264	12 004	2,15
c) Jugendl. männl. Ar- beiter v. 14-16 Jahren	8 827	89	444	1,13	—	56	484	122	372	362	1 274	2,87
d) Weibl. Arbeiter	9 950	412	466	1,18	—	91	470	31	167	304	1 032	2,21
Summe bezw. Durch- schnitt: über Tage	224 434	20 480	9 860	25,03	—	1 094	8 110	1 682	4 777	6 526	20 507	2,08
Summe bezw. Durch- schnitt aller Arbeiter- gruppen	858 990	62 754	39 402	100,00	—	6 659	49 340	14 858	24 146	19 538	99 683	2,53
dav. in Nebenbetrieben	10 863	1 810	435	1,10	—	—	228	14	301	227	756	1,74

im Jahre 1934

a) Hauer	1 751 450	21 518	6 833	18,00	126 468	4 486	87 455	38 460	19 847	71 601	309 857	45,35
b) Schlepper	1 549 345	12 938	6 147	16,19	128 553	6 189	92 283	34 464	31 375	40 141	298 541	48,57
c) Reparaturbauer	1 715 552	85 007	6 271	16,52	100 926	2 787	60 672	21 247	15 593	61 473	241 451	38,50
d) Sonstige Ar- beiter	2 330 542	42 035	9 074	23,90	179 185	8 860	122 654	40 138	39 789	69 437	419 925	46,28
Summe bezw. Durchschnitt: Unter Tage	7 346 889	161 498	28 325	74,61	535 132	22 322	363 064	134 309	106 604	242 652	1 269 774	44,83
a) Facharbeiter	928 240	61 319	3 253	8,57	46 725	1 478	22 368	6 938	5 185	28 353	104 109	32,00
b) Sonstige Arb.	1 473 862	52 035	5 483	14,44	98 709	2 891	52 775	13 283	19 937	40 687	214 999	39,21
c) Jugendl. männl. Arbeiter von 14-16 Jahren	115 646	264	450	1,19	7 923	313	5 340	1 600	4 102	1 358	19 036	42,30
d) Weibliche Ar- beiter	121 130	1 292	454	1,19	7 277	416	3 813	187	990	3 244	15 740	34,67
Summe bezw. Durchschnitt: über Tage	2 638 878	114 910	9 640	25,39	160 634	5 098	84 296	22 008	30 214	73 642	353 884	36,71
Summe bezw. Durchschnitt aller Arbeitergruppen	9 985 767	276 408	37 965	100,00	695 766	27 420	447 360	156 317	136 818	316 294	1 623 658	42,77
Davon in Neben- betrieben	124 665	13 771	416	1,10	4 872	—	3 118	1 079	2 095	3 067	13 152	31,62

¹⁾ Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

Im westerschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne im Dezember 1934

Arbeitergruppen	Leistungs- lohn ¹⁾ je verf. Schicht	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht	Bar- verdienst ³⁾ des Arbeiters	Wert der wirt- schaftlichen Beihilfen		Gesamteinkommen ⁴⁾		Versicherungs- beiträge je verf. Schicht	
				Deputat- tolie je vergütete Schicht	Urlaubsent- schädigung je Urlaubs- schicht	je vergütete Schicht	je durch- schnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeit- geber
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
a) Hauer	6,99	0,32	7,34	0,37	6,83	7,70	165	1,14	1,37
b) Schlepper	5,35	0,13	5,50	0,26	5,34	5,76	121	0,86	1,03
c) Reparaturhauer	5,93	0,26	6,34	0,34	5,87	6,67	158	0,98	1,19
d) Sonstige Arbeiter	4,45	0,18	4,67	0,31	4,47	4,98	108	0,75	0,91
Durchschnitt: Unter Tage	5,60	0,22	5,88	0,32	5,57	6,20	136	0,92	1,11
a) Facharbeiter	5,65	0,24	6,11	0,36	5,56	6,46	160	0,96	1,16
b) Sonstige Arbeiter	4,28	0,17	4,54	0,32	4,12	4,85	111	0,72	0,87
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,37	—	1,37	0,01	1,46	1,38	29	0,20	0,26
d) Weibliche Arbeiter	2,53	0,05	2,59	0,23	2,72	2,83	62	0,41	0,50
Durchschnitt aller Arbeiter- gruppen	5,33	0,21	5,62	0,32	5,20	5,93	132	0,88	1,06
Davon in Nebenbetrieben	4,80	0,21	5,33	0,41	4,57	5,73	146	0,83	0,86

im Jahre 1934

a) Hauer	6,96	0,30	7,29	0,25	6,90	7,53	2 016	1,17	1,42
b) Schlepper	5,33	0,12	5,46	0,16	5,31	5,61	1 457	0,87	1,06
c) Reparaturhauer	5,92	0,25	6,25	0,22	5,84	6,46	1 836	1,01	1,23
d) Sonstige Arbeiter	4,44	0,17	4,63	0,20	4,51	4,83	1 281	0,76	0,92
Durchschnitt: Unter Tage	5,57	0,21	5,82	0,21	5,67	6,02	1 619	0,94	1,14
a) Facharbeiter	5,64	0,23	6,01	0,22	5,54	6,22	1 834	0,96	1,17
b) Sonstige Arbeiter	4,26	0,17	4,48	0,19	4,29	4,67	1 294	0,72	0,88
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,35	—	1,35	—	1,43	1,35	353	0,20	0,25
d) Weibliche Arbeiter	2,57	0,05	2,63	0,11	2,68	2,74	754	0,42	0,51
Durchschnitt aller Arbeiter- gruppen	5,30	0,20	5,55	0,21	5,43	5,75	1 565	0,90	1,09
Davon in Nebenbetrieben	4,80	0,19	5,23	0,20	4,82	5,42	1 666	0,83	0,87

¹⁾ Der Leistungslohn ist der Gehingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten, aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

²⁾ Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

³⁾ Barverdienst ist der Leistungslohn zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

⁴⁾ Das Gesamteinkommen ist der Barverdienst zuzüglich des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.

Die Metallindustrie West-Oberschlesiens.

A. Hochofenwerke, Stahl- u. Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- u. Preßwerke, Eisen- u. Stahlgießereien

I. Produktion.

Jahr bezw. Monat	Roheisen			Roßstahl		Halbzeug zum Verlauf	Fertig- erzeugnisse der Walz- werke einschl. Schmiede- u. Preßwerke	Gußwaren zweiter Schmelzuna
	insgesamt	davon Gießerei- roheisen	Stahl- und Spießeisen einschl. Ferro- mangan	Rohblöcke	Stahlguß			
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	86 524	20 049	54 906	343 584	8 694	25 001	254 686	24 054
1931	59 159	—	50 687	301 730	6 377	16 185	231 486	16 505
1932	30 919	10 237	10 673	182 704	5 957	11 150	142 467	7 547
1933	53 244	17 737	26 510	205 098	5 246	13 750	161 129	15 202
1934	119 930	29 584	72 268	313 711	8 307	10 211	235 981	22 770
November	8 424	—	6 757	29 217	738	865	21 599	1 625
Dezember	8 221	3 551	4 670	29 281	719	1 301	19 018	1 524
Januar 1935	9 953	4 012	5 941	32 443	885	330	23 059	1 617

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofen- werke	Stahl- und Walzwerke	Eisen- und Stahlgießereien	Verfeinerungs- betriebe	Hilfs- und Nebenbetriebe	Summe: Eisenhütten	
	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	davon weibliche
1930	351	2 923	1 288	7 338	—	11 900	663
1931	176	2 416	908	6 182	—	9 682	569
1932	115	881	665	5 138	—	6 799	487
1933	168	1 076	814	3 308	2 191	7 557	550
1934	322	1 792	922	3 967	2 657	9 660	654
November	294	1 946	907	4 210	2 714	10 071	658
Dezember	307	1 955	890	4 181	2 779	10 112	658
Januar 1935	322	1 879	934	4 429	2 762	10 326	700

B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

I. Produktion (einschl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr bezw. Monat	Galmei t	Zinkblende t	Bleierz t	Schwefel- fließ t	Venbruch, Zinkstaub t	Zinkblech t	Blei: (Zinkblei) t
1930	21 389	197 752	26 154	10 674	15	7 291	65
1931	18 331	167 916	22 410	4 330	—	7 835	69
1932	15 230	112 415	17 968	2 162	—	7 944	54
1933	—	124 294	19 177	1 292	—	7 782	42
1934	240	149 127	23 724	4 504	—	11 426	46
November	—	12 684	1 963	919	—	982	6
Dezember	—	9 926	1 903	890	—	1 033	4
Januar 1935	—	12 087	2 318	995	—	792	7

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Zink- und Bleierzgruben						Zinkwalzwerke			
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt		männliche		weib- liche	Summe der Arbeiter
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	2 000	4	425	2 429	1 115	1 314	145	3	1	149
1931	1 583	3	371	1 957	860	1 097	169	1	1	171
1932	1 300	1	268	1 569	664	905	159	1	1	161
1933	1 419	—	291	1 710	726	984	144	1	1	146
1934	1 937	—	271	2 208	954	1 254	173	1	1	175
November	2 080	—	257	2 337	979	1 358	179	1	1	181
Dezember	2 077	—	255	2 332	976	1 356	178	1	1	180
Januar 1935	2 164	—	241	2 405	1 026	1 379	174	1	1	176

Die polnische Kohlenausfuhr.

(Nach „Przegląd Górniczo-Hutniczy“.)

Empfangsländer	Dezember 1934				Januar/Dezember 1934			
	Ober- schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- Polen t	Ober- schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- Polen t
1. Konventionsmärkte								
Deutsch-Österreich	92 127	13 175	40	105 342	863 154	144 293	225	1 007 672
Ungarn	160	—	—	160	7 970	660	—	8 630
Tschechoslowakei	18 939	3 902	255	23 096	294 553	49 340	2 835	346 728
Deutschland	74	—	—	74	1 558	—	—	1 558
Danzig	24 845	1 290	20	26 155	301 243	17 350	1 450	320 043
Jugoslawien	7 665	—	—	7 665	44 283	—	—	44 283
Summe 1	143 810	18 367	315	162 492	1 512 761	211 643	4 510	1 728 914
2. Nordische Staaten								
Schweden	134 618	49 607	—	184 225	1 682 369	572 925	—	2 255 294
Norwegen	80 060	7 775	—	87 835	408 455	18 025	—	426 480
Dänemark	46 386	10 070	—	56 456	387 766	139 345	—	527 111
Finnland	5 900	—	—	5 900	201 100	4 130	—	205 230
Lettland	—	—	—	—	9 732	—	—	9 732
Litauen	—	—	—	—	—	—	—	—
Estland	900	—	—	900	14 980	—	—	14 980
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—
Rußland	—	—	—	—	—	—	—	—
Island	—	—	—	—	27 740	5 590	—	33 330
Summe 2	267 864	67 452	—	335 316	2 732 142	740 015	—	3 472 157
3. übrige europ. Länder								
Spanien	—	—	—	—	7 000	—	—	7 000
Portugal	1 970	—	—	1 970	3 970	—	—	3 970
England	—	—	—	—	—	1 860	—	1 860
Malta	—	—	—	—	3 460	—	—	3 460
Frankreich	55 895	42 348	—	98 243	502 651	474 327	—	976 978
Italien	149 555	8 675	—	158 230	1 654 168	37 668	—	1 691 836
Rumänien	70	45	—	115	17 828	555	—	18 383
Schweiz	12 215	55	—	12 270	107 802	1 771	—	109 573
Holland	3 025	—	—	3 025	266 445	8 635	—	275 080
Belgien	49 737	910	—	50 647	485 552	20 380	—	505 932
Griechenland	3 962	—	—	3 962	88 031	—	—	88 031
Irland	96 915	2 970	—	99 885	801 437	13 375	—	814 812
Summe 3	373 344	55 003	—	428 347	3 938 344	558 571	—	4 496 915
4. Außereurop. Länder								
Australien	—	—	—	—	3 780	—	—	3 780
Brasilien	—	—	—	—	4 530	—	—	4 530
Afrika	855	—	—	855	17 575	—	—	17 575
Argentinien	8 750	—	—	8 570	43 360	—	—	43 360
Ägypten	5	—	—	5	53 102	—	—	53 102
Algerien	3 702	—	—	3 702	150 484	—	—	150 484
Syrien	—	—	—	—	—	—	—	—
Palästina	—	—	—	—	—	—	—	—
Asiatische Türkei	—	—	—	—	—	—	—	—
Ferner Osten	11 100	—	—	11 100	39 590	—	—	39 590
Summe 4	24 232	—	—	24 232	312 421	—	—	312 421
5. Bunkerkohlen	37 401	2 965	—	40 366	361 772	33 813	—	395 585
Insgesamt	846 651	143 787	315	990 753	8 857 440	1 544 042	4 510	10 405 992

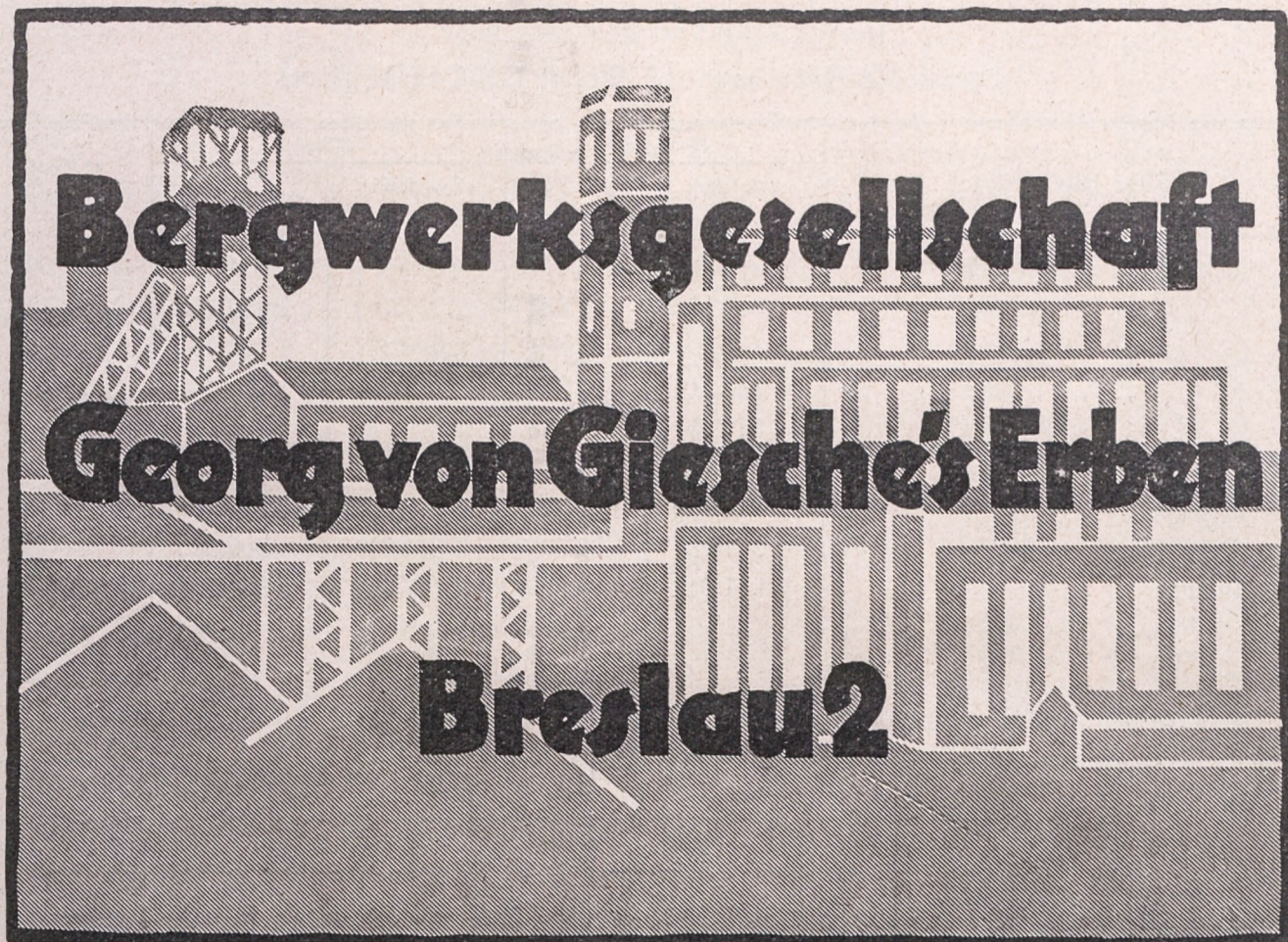
*) einschl. Silesiagrube in Teschen.

Steinkohlenförderung und Absatz Ost-Oberschlesiens

Jahr bezw. Monat	Förderung		Absatz		Gesamt- belegschaft
	insgesamt t	arbeitstäglich t	insgesamt t	davon Haupt- bahnverwand t	
Monatsdurchschnitt 1929	2 845 309	113 812	2 573 099	2 074 434	87 383
" 1930	2 347 133	93 885	2 095 002	1 680 079	82 520
" 1931	2 367 100	94 684	2 098 939	1 742 291	73 957
" 1932	1 762 949	70 754	1 579 767	1 311 465	59 385
" 1933	1 640 812	66 073	1 519 184	1 234 225	46 647
" 1934	1 809 859	72 880	1 644 496	1 326 831	46 061
November "	2 214 215	88 569	2 028 737	1 668 700	47 271
Dezember "	1 947 737	88 533	1 852 209	1 509 996	47 482
Januar 1935	1 971 044	75 809	1 747 858	1 366 934	46 906

Produktion und Absatz der Koksanstalten und Bricketfabriken Ost-Oberschlesiens

J a h r bezw. M o n a t	Koks					Bricketts				
	Produktion		Absatz		Beleg- schaft	Produktion		Absatz		Be- leg- schaft
	ins- gesamt	kalender- täglich	ins- gesamt	davon Haupt- bahnver- wand		ins- gesamt	arbeits- täglich	ins- gesamt	davon Haupt- bahnver- wand	
	t	t	t	t		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	154 845	5 091	152 515	105 388	2 804	29 342	1 174	29 644	29 489	261
" 1930	131 833	4 394	118 759	79 748	2 502	19 510	780	19 473	19 361	208
" 1931	112 855	3 711	113 209	81 298	2 263	24 973	999	24 937	24 736	199
" 1932	90 893	2 980	82 635	62 850	1 901	16 590	666	16 177	15 989	155
" 1933	97 582	3 208	93 369	62 927	1 884	15 693	632	16 017	15 808	140
" 1934	111 124	3 653	119 289	81 909	1 911	16 213	655	16 101	15 877	134
November "	117 059	3 902	150 580	115 757	1 879	20 858	834	21 357	20 742	164
Dezember "	120 448	3 885	130 372	95 603	1 854	20 382	971	20 983	20 549	165
Januar 1935	126 087	4 067	142 158	99 981	1 886	20 645	794	20 601	19 624	165



Fernsprecher:
Sammel-Nr. 2131

Didier-Werke A.-G. • Werk Gleiwitz

Telegr. - Adresse:
Didier-Werke Gleiwitz

Silika-Steine: Marke »Stella Spezial«, für alle Industrie- und Gasöfen

Schamottesteine: auch Sonderqualitäten nach neuesten Herstellungsverfahren D. R. P.

Hochfeuerfeste Edelmateriale: wie Magnesit-, Chromerz-, Korund-, Siliziumkarbidsteine u. a.
außerdem entsprechende Stampfmassen und Mörtel.

Preußengrube

Aktiengesellschaft

Telegramm - Anschrift: Preußengrube, Miechowitz

Fernsprech-Anschluß: Amt Beuthen OS. Sammel-Nr. 2841

liefert

Steinkohlen, Ziegelsteine